
AUFTRAG



GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

● **auftrag**

April 1988

Heft 172 — 28. Jahrgang

3	Ein neues Bild — ein neuer Inhalt?	<i>Redaktion</i>
6	Dem Werden	<i>Johannes Coflaka</i>
7	28. Woche der Begegnung	
	Gott zum Gruß...	<i>Helmut Fetzweis</i>
9	Der Begriff des „ <i>bonum commune</i> “...	<i>Herbert Schaller</i>
27	Moderne Technologien... Grundwerte	<i>Sigfried Granrath</i>
33	Das Unvermögen vor AIDS	<i>Wolfgang Altendorf</i>
37	Kirche	
	Die Bischofssynode 1987	<i>Willy Trost</i>
38	Albertus-Magnus-Kolleg — Königstein	<i>Karl Kindermann</i>
41	Ein Haus für KZ-Häftlinge	<i>Sabine Model</i>
44	Hilfe für Libanon	<i>Willy Trost</i>
46	Memorandum zum Millennium der Christianisierung Rußlands	<i>Wilhelm Hess</i>
48	Abkehr vom Glauben	<i>Ludwig Calmano</i>
51	Frieden	
	Die andere deutsche Armee	<i>Karl-Wilhelm Becker</i>
78	Das INF-Abkommen: ein Risiko für den Frieden?	<i>Norbert M. Schütz</i>
82	Sind unsere Soldaten potentielle Mörder?	<i>Karl-Wilhelm Becker</i>
87	Presse — Medien	
	Arbeitsgemeinschaft Kath. Presse — Rom	
88	Anleitung einen Vertrag zu halten	<i>Johannes Coflaka</i>
92	Aus der nahen und fernen Welt	
	Östereich — AKS	<i>Michael Haubl</i>
93	Dramatischer Gefangenenaustausch...	<i>Karl Breyer</i>
96	Das aktuelle Buch	

Ein neues Bild — ein neuer Inhalt?

Lieber Leser, liebe Leserinnen!

Wie Sie sehen, hat Auftrag einen neuen Mantel bekommen. Es ist Werk vieler Überlegungen und manch heißer Diskussion. Das Mitglied unserer Redaktion, Hauptmann Germer hat sich um die Neugestaltung besonders verdient gemacht. Damit Sie als Leser seinen Gedankengängen folgen können, sind seine hauptsächlichen Vorstellungen nachfolgend abgedruckt:

Zur Selbstbehauptung der GKS

In einer pluralistisch geprägten Gesellschaft, in der die Medien durch Wort, Schrift und Bild einen wesentlichen Faktor der Meinungsbildung darstellen, muß sich auch die GKS als katholischer Verband der kirchlichen Laienarbeit behaupten und darstellen.

Die GKS muß sich darum bemühen, daß sie

- im Gespräch bleibt
- sich stärker als bisher profiliert
- ihre Attraktivität Bw-intern steigert
- ihr Anliegen auch und gerade nach außen wirksam und nachhaltig vertritt
- bei jeder Gelegenheit ihr Image ausbaut und pflegt
- ihre Öffentlichkeitsarbeit professionalisiert.

Zur Selbstverwirklichung der GKS

Nicht nur die Informationsarbeit nach innen, bei der es vor allem um Sympathie- und Mitgliederwerbung geht, sondern auch die Öffentlichkeitsarbeit muß systematischer als bisher betrieben werden.

Neben dem persönlichen Engagement der einzelnen Mitglieder, die sowohl durch ihr Bekenntnis zur Kirche und ihrer Lehre als auch durch ihr Beispiel in Haltung und Pflichterfüllung in ihrer Rolle als Christ und Soldat überzeugen sollen, muß sich die Führung der GKS auf ein einheitliches PR-Konzept besinnen.

Dabei sollten werbepsychologische und graphische Grundsätze bedacht und in eine zeitlose Form „gegossen“ werden.

In diesem Zusammenhang gilt es

- von der bisherigen Farben- und Formenvielfalt wegzukommen und
- das Erscheinungsbild der GKS, vor allem seine optische Wirkung, zu vereinheitlichen
- ein Signet zu verwenden, das der GKS zu einer ihrem Selbstverständnis entsprechenden Identität verhilft, die sich auch in einem originellen Corporate Design ausdrückt
- mit geringen finanziellen Mitteln eine möglichst große Wirkung zu erreichen.

Zur Selbstdarstellung der GKS

Das Signet der GKS

Anforderungen an das Signet

Das „Markenzeichen“ der GKS soll drei Bedingungen erfüllen:

- von weitem erkennbar
- unverwechselbar und
- vielseitig verwendbar.

Beschreibung des Signets

Das Signet der GKS entsteht, wenn aus einem größeren Kreis vier gleich große, kleinere Kreise so gleichmäßig herausgeschnitten werden, daß ebenfalls vier gleich proportionierte Arme, die an ihren Enden leicht auseinanderstreben, ein KREUZ bilden.

Deutung des GKS-Kreuzes

1. Version: Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise „an der Basis“ sind in einen größeren Kreis, der wiederum symbolisch für die Gemeinschaft steht, eingefügt.

2. Version: Das Kreuz der Militärseelsorge wird mit dem Eisernen Kreuz der Bundeswehr „gekreuzt“. Auf diese Weise entsteht eine Synthese als Sinnbild für „Christ und Soldat“.

- Die Arme des Kreuzes gehen ineinander über; dort, wo Quer- und Längsbalken aufeinandertreffen, entstehen keine Ecken, sondern kreisrunde Verbindungen — wie beim Kreuz der Militärseelsorge.
- Die Enden der Kreuz-Balken streben auseinander — wie beim Eisernen Kreuz.

Die Farben der GKS — Kennfarben

Originelle Farbkombination

Soll sich die GKS von anderen Verbänden deutlich abheben (Profil), darf sie keine Farben wählen, die von anderen schon besetzt und damit vergriffen sind. Durch die Auswahl einer *selten* vorkommenden Farbkombination kann die GKS schnell identifiziert werden und ihre Originalität betonen. (Beispiel: Kolping)

Harmonische Kontrastfarben

Die GKS sollte bei der Herstellung von besonderen Druckerzeugnissen (z.B. Plakate, Aufkleber, Faltblätter, Umschlagseiten etc.) darauf achten, daß sich das Gedruckte deutlich vom Untergrund abhebt, also durch dunkle Druckfarben auf hellem Grund gute Lesbarkeit erreicht wird. Aus psychologischen Gründen, gerade im Hinblick auf Sympathiewerbung, bieten sich eher dezente, gedeckte Farben an. Grelle Farben wirken aufdringlich

und abstoßend. Um preisgünstige Drucke herstellen zu können, sollten nur zwei aufeinander abgestimmte Kontrastfarben ausgewählt werden:

- Schiefergrau als Grundfarbe/Druckträger
- Bordeauxrot als Druckfarbe.

Die Schrift als Gestaltungsmittel

Das Schriftbild, insbesondere der Schrifttyp, ist das eigentliche Gestaltungsmittel, das durch seinen optischen Eindruck eine nicht zu unterschätzende psychologische Wirkung zeigt. Dabei kommt dem stilistischen Element neben dem funktionalen, der Lesbarkeit, eine besondere Bedeutung zu.

Zum Signet passender Schrifttyp

Das GKS-Kreuz mit seinen auseinanderstrebenden Armen verlangt eine auf dieses Merkmal abgestimmte Schrift. Der Optima-Schrifttyp zeigt mit seinen andeutungsweise auseinanderstrebenden breiten und schmalen Bandzügen und durch die eleganten Rundungen, die mit den Enden der Buchstabenschäfte verschmelzen, die größte Artverwandtschaft zum GKS-Kreuz. Künftig werden also alle besonderen Druckerzeugnisse auf der (Front-) Seite, die als Blickfang dient, vom GKS-Kreuz beherrscht und ausschließlich mit dem Optima-Schrifttyp graphisch gestaltet.

Schrifttyp für fortlaufenden Text

Für fortlaufende Texte wie z.B. in Büchern und Broschüren sollte die im Handbuch der GKS verwendete Helvetica-mager-Schrift vorgesehen werden, die durch ihre sachlich-nüchterne Art gut lesbar ist und zeitlos-schlicht wirkt.

Für geschäftliche Schreiben wie z.B. für Protokolle und Ausarbeitungen können selbstverständlich alle gängigen (Schreibmaschinen-)Schriften benutzt werden.

Für Hervorhebungen sowie Bildunterschriften bietet sich die Helvetica-kursiv-Schrift an.

Die GKS mit neuem Gesicht

Auf der 26. Woche der Begegnung (Freising, April '86) wurde eine Bestandsaufnahme der Arbeit der GKS vorgelegt und gleichzeitig ein Programm für die Zukunft „Ziele und Wege der GKS“ vorgestellt. Diese einschneidende und richtungsweisende Publikation soll Impulse zur Reaktivierung bzw. Intensivierung der GKS-Arbeit geben und vom Bundesvorstand bis in die Kreise „durchschlagen“.

Um diese Absicht auch äußerlich zu unterstreichen, wäre es für die Sache der GKS erforderlich, wenn das hier vorgestellte Konzept angenommen und umgesetzt würde. Dabei sollte streng auf

- das einheitliche *Kennzeichen* = GKS-Kreuz
- einheitliche *Kennfarben* = Bordeauxrot auf Schiefer- bzw. Silbergrau

— einheitliche *Formate* = DIN-Größen

— einheitliche *Formulierungen* = Beschreibung des Selbstverständnisses, Leitsätze

geachtet werden. Mit diesem „Wurf“ könnte die GKS ihr Image heben und ein unverwechselbares Profil gewinnen.

Traditionell begründete Beziehungen zu früheren Zeichen und Symbolen ließen sich u. U. auch in dieses Konzept integrieren, jedoch sollten die Adressaten in der Öffentlichkeit nicht durch Kombinationen und „Verschnitte“ verwirrt werden; das Konzept würde dadurch entstellt und ad absurdum geführt!

Und nun haben Sie, die Leser, das Wort. Bedenken Sie die Vorgaben und schreiben Sie uns, was Sie von dem neuen Mantel halten.

Aber noch ein Hinweis, Sie werden es selbst feststellen, am Inhalt wird sich nichts ändern. Mit unserem ausgewogenen Konzept der Information — auch über die Kirchturmspitze hinweg — haben wir uns viele Freunde geschaffen. Wir wollen es behalten.

Ob wir dann einmal zu einer Änderung der Satz-Technik kommen, wird nicht nur eine Frage der „Schönheit“, sondern auch eine Frage des Geldes sein.

Wir müssen sparsam wirtschaften. Daher sind leider auch so verlockende Ideen wie Bebilderung etc. nicht möglich. Auch der Platz kostet Geld. So sind also Leerseiten oder zweispaltiger Satz teurer. Aus diesen wenigen Andeutungen sehen Sie, daß wir uns Gedanken machen. Da wir aber diese Zeitschrift nicht für uns produzieren, sondern für die GKS und damit für die meisten von Ihnen, unsere Leser, haben wir für jede Anregung ein offenes Ohr.

Ein ungetrübtes Leservergnügen wünscht Ihnen

Ihre Redaktion

Dem Werden

Birken im Frühlingskleid,
Blätter im Winde,
heitere Einsamkeit,
Knospengebinde.

Oben der Vogelzug,
unten die satten,
Winters genug,
hellgrünen Matten.

Kranz der Erinnerung,
getreulich bewacht,
hab' Windung um Windung
deiner gedacht.

Birken im Frühlingskleid,
Blätter im Winde,
heitere Einsamkeit,
Knospengebinde.

Johannes Cofalka

28. Woche der Begegnung

Gott zum Gruß, den Delegierten zur 28. Woche der Begegnung

„Grundwerte erfordern Grundhaltungen — Ihr sollt meine Zeugen sein“ — so lautet das Thema der diesjährigen Woche der Begegnung, die vom 24. April bis 29. April 1988 im Hause des Katholisch-Sozialen Instituts der Erzdiözese Köln in Bad Honnef stattfindet.

Wieder einmal kommen rund 120 Delegierte der Räte und der GKS zur Zentralen Versammlung zusammen, um in einer Woche Probleme des Alltags zu behandeln.

Neben Vorträgen zu Grundsatzfragen steht Gruppenarbeit und Information an hervorragender Stelle.

Zentrum des Lebens in dieser Woche aber ist das Wort und das Sakrament.

Im Glauben wollen wir uns dem Geheimnis nähern, das für die Menschen in der Erlösungstat Christi begonnen hat.

So steht die Heilige Messe am Anfang oder am Ende eines jeden Tages. Sie wird ergänzt durch die Vesper an einigen Nachmittagen.

Wenn man die stolze Reihe der Wochen der Besinnung und der Begegnung im Geiste verfolgt, so muß man dankbar sein, daß der Formalismus, der in manchen Vereinen und Verbänden schon zum Wesentlichen gehört, bei uns in Grenzen gehalten werden konnte.

Für uns steht im Mittelpunkt der Glaube an Wort und Leben unseres Erlösers. Sie sind uns im Glauben Grundlage und Richtschnur für das Leben und Handeln.

So sollte es auch in Zukunft bleiben. Denn dem Soldaten von heute werden mehr Entscheidungen abverlangt als zu jeder anderen Zeit.

Zunächst muß er sich — bereits in jungen Jahren — für seinen Beitrag zur Verteidigung entschließen.

Dazu muß er Vertrauen zu seinen Vorgesetzten und zu seiner politischen Leitung haben. Er muß wissen, was die, die über seinen Dienst befinden, denken und wollen, kurz er muß von der unbedingten Friedensbereitschaft der militärischen Führung und politischen Leitung überzeugt sein. Weiterhin muß er gewiß sein, daß sein Dienst friedenserhaltend ist und daß eine mögliche Verteidigung mit den ethischen Prinzipien seines Lebens übereinstimmt.

Wer aber kann ihm sagen, welche ethischen Prinzipien Werte von Dauer darstellen?

Wird nicht zuweilen behauptet, daß alles — auch sogenannte ewige Werte — wandelbar sei?

In dieser schwierigen Situation für den jungen Menschen, aber auch für jeden Vorgesetzten in jeder Verantwortungsebene, gibt uns unsere Kirche, durch die Militärseelsorge, aber auch durch die Einbindung in die Gemeinschaft der Glaubenden, Kraft und Entscheidungshilfe.

In diesem Institut in Honnef, das uns für unsere Tagung Herberge bietet, hat das Bemühen um den Menschen Tradition.

Am 18. Oktober 1947 von Joseph Kardinal Frings gegründet, gehört dieses Haus zu den Stätten, in denen versucht wird, „die Soziallehre der katholischen Kirche als einen integrierenden Bestandteil der christlichen Lehre vom Menschen“ verständlich zu machen. Unter diesem Aspekt kann man erkennen, daß auch wir mit unserem Wollen hier gut aufgehoben sind. Auch uns geht es um den Menschen, als dem von Gott als sein Ebenbild geschaffenen Wesen.

Gute, helfende und erbauende Tage

wünscht Ihnen

Ihr Helmut Fettweis

Der Begriff des „*bonum commune*“ (i.e. „Gemeinwohl“) in der katholischen Sozialethik und im Dienstauftrag des Soldaten der deutschen Bundeswehr

Heribert Schaller*

Vorbemerkungen

Auf den ersten Blick erscheint es seltsam, über den Begriff „Gemeinwohl“⁽¹⁾ eine Verbindung zwischen der katholischen Sozialethik und dem Dienstauftrag des Soldaten der deutschen Bundeswehr herstellen zu wollen.

Ziel der Arbeit soll es sein, die Bereiche der katholischen Sozialethik darzustellen, die für den Auftrag des Soldaten⁽²⁾ relevant sein können, und aus ihnen ethische Hilfen für und Forderungen an den militärischen Führer abzuleiten. Weiterhin sollen Grundlagen für den Auftrag des Soldaten dargestellt und aus sozialethischer⁽³⁾ Sicht interpretiert werden. Der erste Teil soll die theoretischen Grundlagen für die Interpretation des zweiten Teiles liefern. Die Arbeit wird als Teil des Dienstauftrages an den Soldaten verstanden. Der Bundesminister der Verteidigung sagte am 10. Juni 1985:⁽⁴⁾ „Der Auftrag, das Amt, das dem Offizier übertragen ist, verlangt den ganzen Menschen. Es fordert nicht nur Wissen und Können, sondern stellt ihn vor allem vor ethische Herausforderungen. Er kann und darf ihnen nicht ausweichen.“

Abgrenzung des Themas

Die Darstellung des Gemeinwohles und der Aussagen der Kirche zum Auftrag des Soldaten kann in dieser Arbeit nur exemplarisch geschehen und soll sich hauptsächlich an neueren Schriften — etwa seit Pius XII. — orientieren. Eine historische Ableitung des Begriffs „Gemeinwohl“ soll nicht geleistet werden, dennoch werden gelegentliche Rückgriffe auf ältere Aussagen unvermeidbar sein, um die heutigen Aussagen richtig verstehen zu können. Das Gedankengut des Gemeinwohles ist nicht nur eine christliche Konstruktion, auf andere philosophische Richtungen wird aber nicht eingegangen.⁽⁵⁾ Weiterhin ist es nicht Ziel der Arbeit, juristisch zu argumentieren, vielmehr sollen geschriebene Grundlagen des Auftrages aus sozialethischer Sicht betrachtet und diskutiert werden. Eine ideologie kritische Betrachtung soll ebenfalls nicht geleistet werden. Der Begriff „Gemeinwohl“ soll nur im Hinblick auf ein demokratisches Gesellschaftssystem und Menschenbild — mit unseren Werten und Normen — verstanden werden.⁽⁶⁾

Themenrelevante Betrachtung des Begriffs „Gemeinwohl“ in der modernen katholischen Sozialethik

Schon bei erster Betrachtung der Literatur wird deutlich, daß es keine allgemein verbindliche Definition des Begriffes gibt. So findet man unter anderem: „Das Gemeinwohl einer Gemeinschaft ist deren sein-sollende, ideale Ordnung, die irdische Vollendung, die anzustreben sie verpflichtet ist“,⁽⁷⁾ weiterhin: „Das Gemeinwohl ist gleichzeitig Wohl verschiedener, unter einer Autorität geeinter Menschen... Das Gemeinwohl ist das ‚Integrations-

* Heribert Schaller, Dipl.-Päd. ist Korvetten-Kapitän im FüM.

prinzip' (Wildmann) der Gesellschaft.⁸⁾ Bentham schreibt kurz, daß das Gemeinwohl „das größte Glück der größten Zahl“⁹⁾ ist.

Gemeinwohl ist ein umfassender Begriff, der ein dynamisches Prinzip beinhaltet und der mit dem Wohl des Menschen und dem der Gesellschaft zusammenhängt.

Gesellschaft und Gemeinschaft

Die beiden Begriffe werden häufig synonym gebraucht, dennoch ergeben sich schon in der Umgangssprache Unterschiede in der Semantik, denn niemand spricht von einer „Ehegesellschaft“, wohl aber sagt man „Reisegesellschaft“ und eben nicht „Reisegemeinschaft“. Nach Tönnies entsteht eine Gemeinschaft aufgrund des „Wesenswillens“, eine Gesellschaft aufgrund des „Kürwillens“.¹⁰⁾ Danach beinhaltet eine Gemeinschaft immer eine personale, gesinnungsmäßige Verbundenheit, sie ist persönlich-innerlich orientiert, wohingegen eine Gesellschaft eine zweckhafte Organisation darstellt, die eher sachlich-äußerlich ist. Danach ist die Gemeinschaft ethisch das höhere Gut. Wenn im weiteren von Gesellschaft die Rede sein wird, sollen die genannten Bemerkungen immer mit berücksichtigt werden.

Der Mensch als Sozial- und Individualwesen

Der Mensch ist als Person¹¹⁾ immer ein Individual- und Sozialwesen, er ist ein „nur in der gemeinsamen Wirklichkeit existieren könnendes Wesen“.¹²⁾ Obwohl — nach unserem Menschenbild — jeder Mensch primär ein substantielles, individuelles Wesen ist, braucht er dennoch die Gemeinschaft — an erster Stelle die Familie als Urzelle jeder Gemeinschaft —, da er aufgrund angeborener Instinkte allein kaum weder materiell noch psychisch überleben könnte. Darüber hinaus braucht er auch eine Gesellschaft, um gemeinsame Ziele und Werte zu organisieren und zu schützen. Der Mensch muß einen großen Teil seines sittlichen Empfindens durch den Sozialisationsprozeß erlernen¹³⁾ und eine geistige Verbundenheit zu anderen Menschen erkennen, die sich in Tugenden wie Nächstenliebe, Treue, Wahrhaftigkeit, Gerechtigkeit usw. manifestieren. Der Mensch befindet sich dauernd im Spannungsfeld verschiedener Anforderungen und Bedürfnisse, die entweder von ihm selber ausgehen oder von außen auf ihn einwirken, von verschiedenen Gemeinschaften oder von der Gesellschaft, etwa in Form von Gesetzen oder Aufträgen.

Gemeinwohl und Privatwohl

Es stellt sich die Frage, in welcher Beziehung die beiden Begriffe zueinander stehen, anders ausgedrückt, ob der Mensch für die Gemeinschaft da ist oder die Gemeinschaft für den Menschen. Grundsätzlich gibt es in der Ethik zwei Denkrichtungen.

Die Kommunitaristen, die den Primat des Gemeinwohles, und die Personalisten, die den Primat des Privatwohles vertreten. Der personalistische Ansatz entspricht eher unserer Auffassung „von Wert und Würde der Person und von der Unverletzlichkeit der Menschenrechte seitens der Gesellschaft und vor allem seitens des Staates“.¹⁴⁾

Für unsere Gesellschaftsordnung gilt, daß „beim Vergleich des objektiv-institutionellen Gemeinwohles der organisierten Gesellschaft mit dem persönlichen Wohl der Glieder der Gesellschaft (der Personen) kein Zweifel besteht, daß — im Zusammenhang mit der Frage nach den Rechten der Person — das Gemeinwohl auf das persönliche Wohl hingeeordnet ist und sich ihm unterordnet.“¹⁵⁾

Zur Verwirklichung des Gemeinwohles wird es demnach manchmal unabdingbar sein, die Personenrechte einzuschränken. Die Personenwürde kann und darf allerdings niemals aufgehoben werden. Bei richtiger Erkenntnis aller Menschen entfiel dieses Problem, denn letztendlich müssen die Ziele aller Menschen gleich sein, da sie sich aus dem Naturrecht ergeben und sich an diesem orientieren müssen. „Das Naturrechtsgesetz ist das natürliche Sittengesetz, dem Menschen kundgemacht durch die Vernunft, ihm bewußt durch das Gewissensgebot (tue nicht unrecht).“¹⁶⁾ Die Naturrechte sind unverletzlich, ihre Ausübung kann zwar behindert werden, die Rechte aber bleiben bestehen. Die Begründung für das Naturrecht ergibt sich aus der inneren Erfahrung, bestehend aus dem sittlich-rechtlichen Bewußtsein, das jedem Menschen die Fähigkeit gibt, zwischen Recht und Unrecht zu unterscheiden, und aus der äußeren Erfahrung, deren Gegenstand die Rechtsbräuche bilden. Das Naturrecht wird auch als präpositives Recht bezeichnet, aus dem sich das positive Recht (unsere Gesetze) ableiten. Dies sollte zumindest aus ethischer Sicht so sein, denn das präpositive Recht kann nicht gegen den Menschen gerichtet sein. Für es ist die Menschenwürde — im Sinne der Personenwürde unseres Grundgesetzes — als höchstes Gut anzusehen. Die Person ist der Träger der Menschenwürde, wobei alle Menschen gleich sind, da — theologisch gesehen — alle eine unsterbliche Seele haben. An dieser Menschenwürde wird sich das Gemeinwohl unseres Staates orientieren. Ein Ziel wird es dabei sein müssen, plurale Interessen in Einklang zu bringen und dabei die Rechte des einzelnen zum Wohle aller weitestgehend zu bewahren. Das Gemeinwohl wird aus höheren Werten abgeleitet und muß immer neu geschaffen und erhalten werden; dazu bedarf es Autoritäten.

Der Staat als Hüter des Gemeinwohles für die Gesellschaft

Einzelne Menschen (Kinder, Alte, Schwache) verfügen nicht a priori über die Fähigkeit, ihr Wohl zu bewirken und zu erhalten. Sie werden dies einer Autorität (Gesellschaft, Staat) übertragen, deren Aufgabe es ist, ein Gemeinwohl zu schaffen, das „der Inbegriff jener gesellschaftlichen Voraussetzungen ist, die den Menschen die volle Entfaltung ihrer Werte ermöglichen oder erleichtern.“¹⁷⁾ Aufgabe muß es also sein, eine soziale Gerechtigkeit zu schaffen, die sowohl inner- als auch zwischenstaatlich ausgelegt ist. Die soziale Gerechtigkeit stellt auch „Forderungen für das Zusammenleben der Völker auf... ganz abgesehen von jedem Vertrag.“¹⁸⁾ Zur Durchführung wird ein Recht — in Form von Gesetzen — zu schaffen sein, das sich am Naturrecht zu orientieren hat. Wenn das der Fall ist, wird jeder eine „Gewissensverpflichtung gegen die Gesetze aus der sozialen Natur des Menschen heraus“¹⁹⁾ erkennen und diese nicht nur aus Angst vor Strafe befolgen, sondern aus Einsicht.

Wenn das Recht nicht vom präpositiven Recht geprägt ist, muß man „Gott mehr gehorchen als den Menschen“. ²⁰⁾ Dies bedeutet, daß man ungerechte Gesetze nicht befolgen muß oder gar darf. Die Prüfung hat jeder Mensch mit seinem Gewissen vorzunehmen. Auf dieses Problem wird später noch einzugehen sein.

Zum Verhältnis von Staatsautorität und Individuum

Häufig hört man den Ruf nach dem Gesetzgeber und Appelle an die Verantwortlichkeit der Gesellschaft. Damit soll häufig die eigene Verantwortung auf Autoritäten abgewälzt werden. Nach dem Subsidiaritätsprinzip ²¹⁾ darf aber das, was der einzelne „mit eigener Kraft und durch eigene Tätigkeit“ ²²⁾ leisten kann, nicht der Gemeinschaft übertragen werden. Zunächst ist jeder selber gefordert, Verantwortung zu übernehmen und dabei ethische Grundsätze zu berücksichtigen, das heißt, weder individuelle noch Gruppenvorteile zu erlangen zu suchen. Dies wird aufgrund menschlicher Unzulänglichkeiten und verschiedenartiger Interessen nicht immer gelingen; Konflikte werden sich dann ergeben, wenn die persönliche Auffassung nicht mit Gesetzen, Anordnungen und Aufträgen in Einklang zu bringen ist. Als Entscheidungsgrundlage wird das Gewissen ²³⁾ dienen müssen. Dieses bedarf der Ausbildung, um die sich jeder selber bemühen muß. Hilfen dazu sind neben der Ethik auch die Humanwissenschaften, „die sich mit dem Konkreten im einzelmenschlichen bzw. sozialen Leben befassen, vor allem Psychologie und Soziologie“. ²⁴⁾ Ohne sein Gewissen wäre der Mensch nicht urteilsfähig, daher besteht eine moralische Verpflichtung, sich eine Urteilsfähigkeit durch Kenntnis zu schaffen. Eine weitere Hilfe zur Lösung von Konflikten, die durch Anordnungen hervorgerufen werden, bietet die Epikie, ²⁵⁾ die einen von der wörtlichen Befolgung gegebener Anweisung befreien kann, wenn man erkennt, daß diese — in Anwendung auf eine konkrete Situation — nicht im Sinne des Anweisungsgebers sein kann, oder wenn diese dem Gemeinwohl widerspricht. Dieser Punkt wird im zweiten Teil näher zu untersuchen sein. Die Epikie ist eine Verpflichtung, Gesetze nicht buchstabengetreu, sondern nach ihrem Sinn zu erfüllen. Dazu ist es notwendig, die Rechtmäßigkeit gegebener Anordnungen — nicht nur im Sinne des positiven —, sondern auch des präpositiven Rechtes — selber entscheiden zu können. Dies wird ohne genaue Kenntnis aller Faktoren, die zu der Anordnung geführt haben, nicht möglich sein.

Auf der anderen Seite kann der Satz, daß alles, was nicht ausdrücklich gesetzlich verboten ist, auch erlaubt ist, nicht grundsätzlich gelten, obwohl dies im Strafrecht so ist. Als Maßstab für die sittliche Rechtmäßigkeit eigener Handlungen und auch Unterlassungen muß das eigene Gewissen herangezogen werden.

Erkenntnisse für den Soldaten als Staatsbürger in Uniform

Der Soldat ist als Staatsbürger Teil der Gesellschaft im weiteren Sinne, gleichzeitig ist er als Angehöriger der Bundeswehr — vom Anspruch her — Teil einer Gesellschaft, die — im Sinne Tönnies — sowohl gesellschaftliche als auch gemeinschaftliche Prinzipien verkörpert. Die gesellschaftlichen Prinzipien sind in Form organisatorischer Strukturen sachlich

begründet und relativ leicht in Gesetze zu fassen. Die gemeinschaftlichen Prinzipien, in Form einer gesinnungsmäßigen Verbundenheit — und damit die Schaffung einer Homogenität —, sind gesetzlich nur schwer zu fassen und bedürfen einer angewandten Inneren Führung.

Der Soldat ist Teil einer Gemeinschaft, deren Zielsetzung und Aufgaben so komplex sind, wie dies wohl in keinem anderen Teil der Gesellschaft der Fall ist. Diese Aufgaben können leicht zu Gewissenskonflikten führen. Um den gestellten Auftrag zu erfüllen, bedarf es nicht nur technischer Fertigkeiten, sondern auch einer fundierten ethischen Motivation, die, insbesondere bei den immer größer werdenden Diskrepanzen gesellschaftlicher Vorstellungen und militärischer Forderungen, immer problematischer wird.

Der militärische Führer wird sich in immer stärkerem Maße auch mit den moralischen Fragen seines Berufes auseinandersetzen müssen, nicht nur, um im Kriege ein „moralisches Gerüst“ zu haben, an dem er seine Handlungen ausrichten kann, sondern auch, um seinen Untergebenen Vorbild zu sein und bei der Lösung ihrer Probleme helfen sowie die Position der Bundeswehr in der Öffentlichkeit glaubwürdig und ausgewogen vertreten zu können. Dazu bedarf es einer umfassenden Kenntnis der komplexen Thematik.

Der Soldat ist Teilhaber von Autorität und daher mitverantwortlich für das Gemeinwohl. Zwischen diesem, seinem persönlichen und dem Wohl seiner Untergebenen wird es im Kriege zu ernststen Problemen kommen können. Da es unmöglich ist, im voraus für alle Eventualitäten Lösungen zu finden, wird nur ein möglichst breit angelegtes Grundlagenwissen zu ausgewogenen und sinnvollen Entscheidungen führen können. Grundsätzlich muß davon ausgegangen werden, daß gegebene Befehle sittlich einwandfrei sind und dem Erhalt des Gemeinwohles dienen. Auch Soldaten sind nach dem Subsidiaritätsprinzip verpflichtet, selber eine sittliche Bewertung ihrer Handlungen vorzunehmen.²⁶⁾

Aus der Epikie ergibt sich die Forderung, im Sinne des Gemeinwohles zu handeln. Die Beurteilung, ob einzelne Aktionen noch mit diesem in Einklang zu bringen sind, wird äußerst schwierig werden und ernste Konflikte hervorbringen.

Als Leitsatz für Entscheidungen könnte hier der Wahlspruch des Zentrums Innere Führung dienen: „Gott gebe mir die Gelassenheit, Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann, den Mut, Dinge zu ändern, die ich ändern kann, und die Weisheit, das eine von dem anderen zu unterscheiden.“²⁷⁾

Mögliche Problemfelder für den Soldaten und die Erfüllung seines Auftrages sollen im nächsten Teil herausgearbeitet werden.

Das Gemeinwohl und der Dienstauftrag des Soldaten der deutschen Bundeswehr

Eine Stelle in einem Gesetzestext, aus der explizit und verbaliter hervorgeht, daß die Teilverantwortung des Staates für das Gemeinwohl im Dienstauftrag des Soldaten enthalten ist, habe ich nicht gefunden.²⁸⁾ Implizit jedoch kommt diese Teilverantwortlichkeit deutlich zum Ausdruck. Grundsätzlich ist die Bundesrepublik Deutschland — und sind damit

auch ihre Soldaten — verpflichtet, nach dem Gedankengut des Grundgesetzes zu handeln. Zu diesem sagen die deutschen Bischöfe u. a.: „Gleichzeitig sollte es eine öffentliche und feierliche Anerkennung der schon ‚in der Natur gegebenen, ewig gültigen, durch Christus neu gefestigten und vollendeten Gottesordnung‘ sein, ohne die für ein Volk auf Dauer ein glückhaftes und gesundes Leben unmöglich ist.“²⁹⁾

Die Verpflichtung zur Orientierung am Grundgesetz ergibt sich also aus juristischer und christlicher Sicht. Zwei grundlegende Aussagen für mein Thema scheinen mir „dem Frieden der Welt zu dienen“³⁰⁾ und die „Menschenwürde, Grundrechtsbindung der staatlichen Gewalt“³¹⁾ zu sein. Danach hat alle staatliche Gewalt den Auftrag, den Frieden zu bewahren und die Würde des Menschen zu schützen. Zum augenblicklichen Zeitpunkt ergeben sich aus diesen Forderungen keine ernsthaften Probleme, denn wir leben seit vierzig Jahren ohne äußere Gewaltanwendung, und die Menschenwürde³²⁾ wird bei uns weitestgehend beachtet.

Aus der Sicht der Staatslehre wird die Verwirklichung des Gemeinwohles — ähnlich wie in der Sozialethik — als „allgemeines Staatsprinzip“³³⁾ angesehen. Ob — und in welchem Grade — das Gemeinwohl konkret verwirklicht ist, läßt sich objektiv nicht bestimmen. Auch aus der Sicht der Staatslehre ist es als übergeordnetes Prinzip zu verstehen, an dem sich konkrete Handlungen des Staates orientieren sollten. Träger öffentlicher Autorität sind verpflichtet, diese „im Allgemeininteresse zum allgemeinen Besten zu gebrauchen“.³⁴⁾ Es stellt sich die Frage, welchen Beitrag der Soldat, als Teilhaber von Autorität und damit Macht, zum Gemeinwohl leisten soll. Andreas von Bülow sagt: „Auch um Sicherheit zu gewährleisten, muß ein Machtmittel vorhanden sein. . . Um illegale Gewaltanwendung zu unterbinden, muß der Staat das Monopol unmittelbarer Gewaltanwendung zur Durchsetzung des Rechts für sich in Anspruch nehmen. Nach innen hat er hierfür die Polizei. . . nach außen die Streitkräfte.“³⁵⁾ Ziel und Aufgabe des Soldaten ist es also, eine illegale Gewaltanwendung von außen zu unterbinden, um die Verwirklichung unserer demokratischen Prinzipien im Inneren — und damit eine der notwendigen Grundlagen zur Verwirklichung des Gemeinwohles — zu ermöglichen. Diese Aufgabe könnte den Einsatz militärischer Mittel — und damit Gewalt — notwendig machen. Einige mögliche Konflikte der Problematik eventueller Gewaltanwendung zur Durchsetzung des Rechtes sollen jetzt näher betrachtet werden.

Der Eid

Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit leisten folgenden Diensteid: „Ich schwöre, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen, (so wahr mir Gott helfe).“^{36, 37)} Aus christlicher Sicht ist ein Eid eine „Anrufung Gottes als Zeuge für die Wahrheit“.³⁸⁾ Im strengen Sinne gibt es daher nur einen religiösen Eid, der Begriff ist aber auf den weltlichen Bereich ausgedehnt worden.³⁹⁾ In beiden Fällen wird durch den Eid die eigene Aussage auf eine sittlich höhere und rechtlich verpflichtende Ebene gehoben. Eidnehmer und Eidgeber verpflichten sich durch den Zusatz „so wahr mir Gott helfe“, religiöse Prinzipien zu beachten.

Im strengen Sinne ist die Eidesfähigkeit — im Sinne der Verantwortung des Schwörenden — nur dann gegeben, wenn er in der Lage ist, „die Tragweite und den Sinn des Eides zu erfassen“. ⁴⁰⁾ Um dies zu realisieren, bedarf es einer grundsätzlich weiten Auseinandersetzung mit dem Eid. Die Kernpunkte scheinen mir die Begriffe „treu zu dienen“, „das Recht und die Freiheit“ und „tapfer zu verteidigen“ zu sein. ⁴¹⁾ „Treu zu dienen“ und „tapfer zu verteidigen“ bedeutet, seine Pflicht so gewissenhaft wie möglich zu tun und seinen Auftrag nach besten Kräften zu erfüllen. „Das Recht und die Freiheit“ sollen gegen bewaffnete Angriffe von außen geschützt werden. Im Zeitalter nuklearer Vernichtungswaffen kommt dieser Forderung eine besondere Bedeutung zu, denn es könnte sich einmal die Frage stellen, bis zu welchem Grade dies geschehen soll und ob es noch einen Sinn macht, alle verfügbaren Mittel eventuell zu nutzen. Ein strategischer Schlagabtausch würde die Welt vermutlich vernichten. Auf einer toten Welt wären Recht und Freiheit aber nicht mehr gegeben, denn es gäbe niemanden mehr, der sie innehalten könnte. Der Soldat muß sich daher zwangsläufig mit der Strategie und ihren möglichen Konsequenzen auseinandersetzen.

Die Zielsetzung der Nato-Strategie

Oberstes Ziel unserer Strategie ist die Erhaltung des Friedens in Freiheit. Dieses Ziel soll durch Abschreckung — also durch Verhinderung eines Krieges — erreicht werden. Frieden in Freiheit bedeutet aber auch, daß ein Frieden von uns nicht um jedem Preis akzeptiert werden kann. Sobald unsere Freiheit ernsthaft und substantiell angegriffen wird, werden wir uns verteidigen müssen. Wenn die Abschreckung versagt, befinden wir uns in einer bewaffneten Auseinandersetzung. Auch die Umschreibung dieses Zustandes mit dem Begriff „Verteidigungsfall“ ändert nichts an den dann herrschenden Zuständen, die kein Mensch in ihrer ganzen Tragweite im vorhinein ermessen kann. Es gibt sogar die These: „Der Begriff ‚Verteidigung‘ und seine Begriffsvarianten. . . sind irreführende, manipulative Begriffe, sie wecken Vorstellungen, Erwartungen, Hoffnungen, die von der künftigen Realität eines Krieges nicht gedeckt würden“. ⁴²⁾

Wir können im Jahre 1986 nicht auf historische Erfahrungen zurückgreifen, denn ein möglicher zukünftiger Krieg in Europa wäre mit historischen Maßstäben nicht meßbar.

Gedanken zu einem möglichen Krieg in unserem Teil Europas

Aus unserer heutigen Sicht ist ein Krieg in Europa nur als Folge einer großangelegten Aggression des Warschauer Paktes denkbar. Dieser Verteidigungskrieg würde von uns — und auch von unseren Alliierten — vermutlich primär auf deutschem Boden zu führen sein. Dies bedeutet, daß die physische Existenz unseres Volkes in jedem Fall, auch wenn der Krieg „nur“ konventionell geführt würde, auf dem Spiel stünde. Als Einflußgrößen sind dabei zu berücksichtigen:

- „Die waffentechnologische Entwicklung droht selbständig zu werden.
- Die besondere geopolitische Lage Europas.

- Die außergewöhnliche Situation unseres geteilten Volkes an der Nahtstelle zweier Gesellschaftssysteme.
- Die starke Aporie,⁴³⁾ einen Verteidigungswillen zu bejahen, der im Falle der Realisierung das zu verteidigende Gut zu vernichten droht.
- Das sogenannte „Gleichgewicht“ der Kräfte ist äußerst schwer zu definieren.
- Die Furcht vor dem nuklearen Inferno ist nach geopolitischer Lage jedes Landes stark verschieden.
- Eine gemeinsame Weltinnenpolitik erscheint dringend nötig, aber das System gegenseitiger Absprachen funktioniert nur sehr bedingt.⁴⁴⁾

Für uns Deutsche stellt sich die Frage besonders eindringlich, bis zu welcher Grenze wir uns an einem Krieg beteiligen dürfen. Es wird Aufgabe der politischen und militärischen Fachleute sein, diese Grenze konkret zu definieren.

Neuere Aussagen der katholischen Kirche zu Krieg und Frieden im Nuklearzeitalter

Die neuere katholische Auffassung geht unter gewissen Umständen vom Recht, Krieg zu führen, aus, mit der Zielsetzung, „das Gemeinwohl, also die Ordnung der Gerechtigkeit und des Friedens, notfalls mit den Mitteln der Gewalt zu schützen“.⁴⁵⁾ Die Kirche hat seit dem Zweiten Weltkrieg daran gearbeitet, jeweils neue waffentechnische Entwicklungen — insbesondere die Gesamtproblematik der Nuklearwaffen — in ihre Ethik mit einzubeziehen. Das II. Vatikanische Konzil sagt explizit, daß „die Frage des Krieges mit einer ganz neuen inneren Einstellung zu prüfen ist“.⁴⁶⁾ Jene höchsten kirchlichen Äußerungen, die für unsere heutige Situation direkt in Betracht kommen, beginnen mit Papst Pius XII., der die Lehre vom *bellum iustum*⁴⁷⁾ neu interpretiert hat. Er sagt:⁴⁸⁾

- „daß der Krieg Gegenstand sittlicher Beurteilung bleiben muß,
- daß er in der Gegenwart als Mittel zur Lösung zwischenstaatlicher Streitfragen überholt ist,
- daß der Angriffskrieg völkerrechtlich zu ächten ist,
- daß der „gerechte Grund“ für einen Krieg auf den Fall der Verteidigung von grundlegenden Rechtsgütern, sofern sie unmittelbar gewaltsam bedroht werden, zu konzentrieren ist“.⁴⁹⁾

Johannes XXIII. verkündete 1963 in seiner Enzyklika „*Pacem in terris*“, daß es in unserem Zeitalter der Vernunft widerstrebt, „den Krieg noch als das geeignete Mittel zur Wiederherstellung verletzter Rechte zu betrachten“.⁵⁰⁾ Er fordert noch entschiedener als Pius XII. die Schaffung einer Weltautorität zur Regelung von Konflikten, äußert sich aber nicht explizit zum Gebrauch von Waffen, sondern fordert lediglich ein Ende des Rüstungswettlaufes, ein Verbot der Atomwaffen und eine Schlichtung von Streitigkeiten durch Verträge und Verhandlungen.⁵¹⁾ Auch das II. Vatikanische Konzil beschäftigt sich in der Pastoralkonstitution „*Gaudium et spes*“ mit den Fragen des Friedens. Es wird gesagt, „daß man ei-

ner Regierung das Recht auf sittlich erlaubte Verteidigung nicht absprechen kann, wenn alle Möglichkeiten einer friedlichen Regelung erschöpft sind“.⁵²⁾ Der Besitz von Kernwaffen wird dabei vom Konzil nicht ausdrücklich verurteilt, die Frage, wie die Abschreckungsstrategie ethisch zu bewerten ist, wird offengelassen. Paul VI. und Johannes Paul II. haben immer wieder die Appelle ihrer Vorgänger gegen Rüstung und für den Frieden fortgesetzt.⁵³⁾

Ethisch verbindliche Richtlinien für den Soldaten

Die bisher getroffenen Feststellungen sind weit gefaßt und eher prinzipieller Natur. Es wird laufend betont, daß die Erhaltung des Friedens als oberstes Ziel anzusehen ist. Wir müssen uns auch mit dem Krieg auseinandersetzen und hierzu Aussagen suchen. Franz Klüber hat versucht, Äußerungen zur kirchlichen Kriegsethik seit Pius XII. zusammenzustellen und arbeitete folgende zentrale Aussagen heraus:⁵⁴⁾

- „Der Krieg ist nur erlaubt in Ausübung des Notwehrrechtes, als Verteidigungskrieg zur Abwehr eines schweren Unrechts (iusta et gravis causa).
- Der Verteidigungskrieg ist nur erlaubt als ultima ratio und darf nur geführt werden, wenn alle anderen Mittel zur Abwehr des Unrechts erschöpft sind.
- Der Verteidigungskrieg darf nur dann geführt werden, wenn eine begründete Wahrscheinlichkeit des Erfolges vorausgesetzt werden kann.
- Die einzusetzenden Mittel müssen dem Verteidigungszweck angemessen sein und dürfen keinen größeren Schaden stiften als durch den Verteidigungszweck gefordert.
- Die verwendeten Mittel müssen in sich sittlich einwandfrei sein. Dabei ist die ‚discriminatio‘ von ausschlaggebender Bedeutung, also die Fähigkeit, beim Waffeneinsatz zwischen kämpfendem Militär und Zivilbevölkerung zu unterscheiden.
- Der Verteidigungskrieg unterliegt dem Güterabwägungsprinzip: Er ist sittlich unerlaubt, wenn der durch ihn ausgelöste Schaden größer ist als jener, der dann entsteht, wenn das Unrecht geduldet wird.“

Auch diese Zusammenstellung kann nur als Richtlinie verstanden werden, denn wann ein „schweres Unrecht“ vorliegt, was eine „begründete Wahrscheinlichkeit des Erfolges“ ist, wann welche Mittel „angemessen“ sind, was „sittlich einwandfrei“ ist und wann ein konkretes „Unrecht geduldet“ werden muß, kann nur von Fall zu Fall letztlich entschieden werden. Hier sind Politiker und Militärfachleute gefordert, im Einzelfall mit ihrem Gewissen abzumachen, was noch sittlich vertretbar ist und was nicht. Es liegt auf der Hand, daß es bei der Komplexität möglicher Ereignisse kein „Rezeptbuch“ geben kann, aus dem konkrete Handlungsanweisungen zu entnehmen wären. Insbesondere das Güterabwägungsprinzip wird extreme Schwierigkeiten bereiten, denn es stellt sich die Frage, wer in einem Nuklearkrieg den Gesamtüberblick behalten kann und in der Lage ist zu beurteilen, bis zu welcher Grenze die vorhandenen Mittel eingesetzt werden dürfen. Der einzelne Soldat — außer jenen, die in höchsten Führungsebenen arbeiten — wird dazu kaum in der

Lage sein. Dennoch gilt für alle Soldaten, daß sie für ihre Handlungen und Nichthandlungen persönlich ethisch verantwortlich sind und diese vor ihrem eigenen Gewissen zu rechtfertigen haben. Die Entscheidung, wie lange einzelne militärische Aktionen sittlich noch vertretbar sind, muß letztlich jeder selber treffen. Dabei wird es zu ernststen Konflikten kommen, denn nur bei umfassender Kenntnis auch übergeordneter Gesichtspunkte ist die Entscheidung im Einzelfall möglich. Auf niedrigeren Ebenen wird man sich darauf beschränken müssen, selber keine offensichtlich verwerflichen Handlungen zu begehen und sich auf das sittliche Bewußtsein der höheren Befehlshaber zu verlassen. Die Ansicht allein, daß gegebene Befehle sittlich ungerechtfertigt sind, reicht nicht aus, um diese zu verweigern.

Mögliche Probleme mit der gültigen Nato-Strategie

Das militärstrategische Konzept der Nato ist primär auf Kriegsverhinderung hin ausgerichtet. Diese soll im Frieden durch glaubwürdige Abschreckung (pre-war-deterrence) erreicht werden. Im Kriege soll durch gesicherte Verteidigungsfähigkeit und Demonstration des untragbar großen Risikos für den Gegner die Abschreckung (intra-war-deterrence) wiederhergestellt und der Gegner zu Verhandlungen gezwungen werden. Dazu soll dem Gegner mit folgenden Reaktionsarten begegnet werden:⁵⁵⁾

- „Direktverteidigung (grenznah, auf der vom Gegner gewählten Stufe),
- Vorbedachte Eskalation (Ausweitung der Kampfhandlungen und/oder Einsatz nuklearer Waffen),
- Allgemeine nukleare Reaktion (als äußerste Reaktionsform)“.

Aufgrund der konventionellen Unterlegenheit gegenüber dem Warschauer Pakt in Europa muß sich die Nato bei einem Angriff horizontale (Verlagerung des Kampfes in andere Gebiete) und vertikale (Einsatz von Nuklearwaffen) Eskalationsoptionen vorbehalten, um die intra-war-deterrence sicherzustellen. Spätestens der Einsatz nuklearstrategischer Waffen könnte leicht das Ende der Welt von Menschenhand bedeuten. Ebenso könnten selektive Nuklearschläge ganze Städte vernichten. Diese Optionen sind aus ethischer Sicht klar abzulehnen, denn „jede Kriegshandlung, die auf die Vernichtung ganzer Städte oder weiter Gebiete und ihrer Bevölkerung unterschiedslos abstellt, ist ein Verbrechen gegen Gott und gegen den Menschen, das fest und entschieden zu verwerfen ist“.^{56, 57)}

Nach derzeitiger Auffassung gibt es zur gültigen Strategie der Nato keine Alternative. Der Soldat wird also gezwungen sein, den schweren Konflikt zwischen wirksamen militärischen Möglichkeiten einerseits und deren ethischer Verwerflichkeit andererseits weiterhin auszuhalten. Als Hoffnung bleibt dabei, daß durch das bewußte Mit-Aushalten jedes einzelnen der Frieden weiterhin erhalten bleibt. Dringende Pflicht bleibt es jedoch, durch Verhandlungen diesen Konflikt zu beseitigen.

Betrachtung der Nato-Strategie aus ethischer Sicht

„Er (d. h. der Stabsoffizier; Anm. d. Verf.) hat sich mit der Rolle und Bedeutung der nuklearen Komponente in der Strategie der Abschreckung auseinanderzusetzen und ist bereit, sich auch der damit verbundenen Frage nach den ethischen Grundlagen seines Handelns zu stellen.“⁵⁸⁾

Eine letztendliche Bewertung der Nato-Strategie — im Sinne einer endgültigen Bejahung oder Verneinung — ist von der katholischen Kirche nicht vorgenommen worden. Dies erscheint angesichts der Komplexität möglicher Ereignisse und der Bereitschaft, die Strategie flexibel zu handhaben und weiterzuentwickeln, auch nicht sinnvoll. Dennoch gibt es eine Vielzahl kirchlicher Stellungnahmen, die grundsätzlich in zwei Gruppen zu unterteilen sind. Einerseits ist die höchste katholische Lehre — also z. B. die Äußerungen der Päpste — andererseits sind die Ausführungen z. B. nationaler Bischofskonferenzen zu betrachten.⁵⁹⁾ Letztere sind im Regelfall weiter differenziert und können sich in Teilaspekten durchaus voneinander unterscheiden, da auch nationale Standpunkte einfließen können. Enzykliken sind im Regelfall übergreifender und allgemeiner formuliert. Da eine umfassende Darstellung und Diskussion aller Argumente unmöglich ist, soll im weiteren versucht werden, einige ausgewählte Aspekte der Strategie aus ethischer Sicht näher zu betrachten.

Zunächst beinhaltet unsere Strategie in gewissen Fällen auch die Androhung und eventuell Anwendung von Gewalt. Aus ethischer Sicht ist Gewaltanwendung gegen Menschen grundsätzlich ein Übel, da deren Freiheit in Mitleidenschaft gezogen wird. Gewaltanwendung kann sittlich nur dann erlaubt sein, wenn in der Realität die Wahl zwischen zwei Übeln, die gleichzeitig unvermeidbar sind, auftritt. Dann ist abzuwägen, welches das kleinere Übel ist. Dieses verhält sich dann gegenüber dem größeren gleichsam nach Art des Guten. Die Problematik besteht nun u. a. darin, das kleinere Übel zu definieren. Besonders erschwerend wirkt sich hier die Tatsache aus, daß verschiedene Begriffsebenen zueinander in Relation gesetzt werden müssen — z. B. Gewaltanwendung gegen Erhalt des Rechtes und der Freiheit. In dieser hochkomplexen Fragestellung gilt es nun, ein ethisch verantwortbares und praktisch sicheres Urteil zu fällen. Bei der Dynamik denkbarer Szenarien stellt sich die Frage, ob es überhaupt Menschen geben kann, die dazu in der Lage sein werden. Schon hier wird deutlich, daß es zum Frieden keine gleichwertige Alternative geben kann. Das Ziel unserer Strategie ist daher die Friedenssicherung durch Abschreckung. Das II. Vatikanische Konzil sagt dazu: „Viele halten dies (gemeint: die Abschreckung möglicher Gegner mit Kernwaffen) heute für das wirksamste Mittel, einen gewissen Frieden zwischen den Völkern zu sichern. — Wie immer man auch zu dieser Methode der Abschreckung stehen mag, die Menschen sollten überzeugt sein, daß der Rüstungswettlauf, zu dem nicht wenige ihre Zuflucht nehmen, kein sicherer Weg ist, den Frieden zu sichern, und daß das daraus sich ergebende sogenannte Gleichgewicht kein sicherer und wirklicher Friede ist.“⁶⁰⁾ Diese Aussage macht deutlich, daß auch unsere Strategie für die Zukunft weiterentwickelt werden muß.⁶¹⁾ Sicherlich ist diese Strategie — solange die Abschreckung funktioniert — als das kleinere Übel (z. B. im Vergleich zu einer Unterdrückung durch andere Staaten) anzusehen und von daher ethisch noch zu rechtfertigen. Papst

Johannes Paul II. sagt: „Unter den gegenwärtigen Bedingungen kann eine auf dem Gleichgewicht beruhende Abschreckung — natürlich nicht als ein Ziel an sich, sondern als ein Abschnitt auf dem Weg einer fortschreitenden Abrüstung — noch für moralisch annehmbar gehalten werden.“⁶²⁾ Wegweisend ist hier das Wort „noch“, das verdeutlicht, daß es ethisch nicht zu rechtfertigen wäre, die Strategie beizubehalten, ohne sich gleichzeitig um Abrüstung zu bemühen. Der römische Grundsatz: *Si vis pacem, para bellum*,⁶³⁾ kann also im Zeitalter nuklearer Waffen nicht mehr gelten. Als Zwischenbilanz läßt sich sagen, daß der Besitz von und die Drohung mit Nuklearwaffen ethisch noch zu rechtfertigen sind, solange sie dem Ziel dienen, den Frieden zu erhalten, und solange gleichzeitig versucht wird, auf dem Wege der Abrüstung weiter fortzuschreiten. Der eventuelle Einsatz nuklearer Waffen beinhaltet noch weit schwerwiegendere Probleme. Die amerikanischen Bischöfe schreiben dazu: „Wir können uns keine Situation vorstellen, in der die vorbedachte Einleitung nuklearer Kriegführung, und sei sie noch so begrenzt, moralisch gerechtfertigt werden könnte.“⁶⁴⁾ Auch den amerikanischen Bischöfen ist dabei die Problematik der konventionellen Unterlegenheit der Nato in Europa bewußt. Wie diese aber ohne den möglichen Ersteinsatz nuklearer Waffen seitens der Nato gelöst werden soll, bleibt weitestgehend offen, es wird lediglich die Schaffung eines „angemessenen alternativen Verteidigungskonzeptes“⁶⁵⁾ gefordert.

Eine Textstelle, aus der verbaliter hervorginge, daß auch die Päpste eine Verteidigung mit nuklearen Waffen kategorisch ablehnen, habe ich nicht gefunden. Das II. Vatikanische Konzil schreibt: „Jede Kriegshandlung, die auf die Vernichtung ganzer Städte oder weiter Gebiete und ihrer Bevölkerung unterschiedslos abstellt, ist ein Verbrechen gegen Gott und gegen den Menschen, das fest und entschieden zu verwerfen ist.“⁶⁶⁾ Die Interpretation dieser Aussage ist höchst schwierig. Eindeutig verboten ist danach der Waffeneinsatz gegen Städte, mit dem Ziel, die dort lebenden Menschen direkt zu treffen und zu vernichten, etwa in Form eines Vergeltungsschlages. Die Frage jedoch, wie Nuklearschläge gegen militärische Ziele in bewohnten Gebieten zu werten sind — wenn nicht die direkte Absicht besteht, die Menschen zu treffen, sondern diese als sogenannte „Kollateralschäden“ bei der Zerstörung militärischer Ziele auftreten —, wird direkt nicht behandelt. Meiner Ansicht nach kann dieses im Rahmen der „inter-war-deterrence“ bis zu einem gewissen Grade in Kauf genommen werden, wenn das Ziel die Wiederherstellung des Friedens (Schaffung des *status quo ante*) ist. Wo hier konkret die Grenze ist, kann im voraus nicht entschieden werden, sondern ist abhängig von den situationsbedingten Umständen. Zu diesen Umständen gehört als Voraussetzung der vom Gegner zu führende Angriff, dessen Form nicht vorhersehbar ist. Es bleibt zu bedenken, daß es für den Einsatz der nuklearen Komponente der Nato-Strategie keinen Automatismus gibt. Dies ist sogar integraler Bestandteil der Strategie selbst. Weiterhin sind die Auswirkungen von Nuklearschlägen und die Reaktionen des Gegners auf diese im vorhinein nicht abzuschätzen.

An der Bereitschaft der Nato, als *ultima ratio* — also nach Ausschöpfung wirklich aller anderen zur Verfügung stehenden Mittel — auch Nuklearwaffen einzusetzen, darf kein Zweifel aufkommen, da die gesamte Abschreckungsstrategie unvorhersehbar stark ge-

schwächt würde, wenn die andere Seite zu der Überzeugung gelangte, daß die Nato zwar noch zur Drohung mit, aber nicht mehr zum Einsatz von Nuklearwaffen bereit wäre.⁶⁷⁾

Diese „Logik des Absurden“⁶⁸⁾ gilt es m. E. so schnell wie möglich durch bessere Lösungen zu ersetzen.

Durch die technische Realisierung nuklearer Sprengköpfe mit — in ihren letztendlichen Auswirkungen nicht vorhersehbarem Zerstörungspotential — und die Entwicklung weitreichender Trägersysteme hat sich die Menschheit selbst ein Dilemma geschaffen, das es so schnell wie möglich zu beseitigen gilt.

Vermutlich ist die Technik schneller vorangeschritten als die ethische Bewertung derselben. Mit der Einführung nuklearer Waffen ist zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit die Möglichkeit geschaffen worden, alles Leben auf der Welt von Menschenhand zu vernichten. Es ist offenbar, daß es kein politisches Ziel geben kann, das diese Maßnahme rechtfertigen könnte.

Die wenigen Menschen, die die Verfügungsgewalt über solche Massenvernichtungsmittel haben, sind sich der Problematik bewußt, was die seit vielen Jahren andauernden Bemühungen zur Abrüstung beweisen. Beide Seiten haben erkannt, daß ein eventueller Nuklearkrieg nicht zu gewinnen wäre, daß es insgesamt nur Verlierer geben kann. Die vorhandenen Mittel sind jedoch eine Realität, mit der es — zumindest im Augenblick noch — zu leben gilt. Die damit verbundenen Probleme sind jedoch auf Dauer unerträglich und müssen dringend gelöst werden. Angesichts der großen gesellschaftlichen und ideologischen Unterschiede zwischen den beiden politischen Blöcken dieser Welt wird dies jedoch einige Zeit in Anspruch nehmen. Sie wird so lange dauern, bis für beide Seiten annehmbare Lösungen gefunden sind. Es wäre ethisch nicht zu rechtfertigen, einseitige Lösungen anzustreben, da es um das Wohl aller Menschen geht. Ebenso unverantwortlich wäre es, sich mit der heutigen Situation zufriedenzugeben, da das Konzept der gegenseitigen Abschreckung nicht als ein Ziel an sich angesehen werden kann. Die ethische Verantwortung gilt nicht nur für Handlungen, sondern auch für Nichthandlungen und Unterlassungen sowie die sich daraus möglicherweise ergebenden Konsequenzen. Bis tragfähige Lösungen gefunden sind, werden wir gezwungen sein, mit den bestehenden Gegebenheiten zu leben und zu hoffen, daß das derzeitige Konzept — und damit der Erhalt des Friedens zwischen den Blöcken — weiterhin wirksam sein wird.

Insgesamt kann festgestellt werden, daß es zum derzeitigen Zeitpunkt keine wirksame Alternative zum Konzept der gegenseitigen Abschreckung gibt. Das Gleichgewicht der Kräfte besteht im wesentlichen aufgrund der Tatsache, daß sich die gegenseitigen Potentiale aufheben. Dieses Gleichgewicht ist jedoch äußerst schwer kalkulierbar, seine Tragfähigkeit ist auf Dauer nicht abschätzbar. Es kann daher — und aus anderen Gründen — nicht als endgültige Lösung angesehen werden. Die Drohung, sich im Falle eines Angriffes letztendlich eventuell selbst mitzuvernichten, ist bis heute wirksam gewesen. Sie kann jedoch nicht bestehen bleiben, da sie absurd und auf Dauer ethisch nicht zu rechtfertigen ist. Der Zustand des Friedens zwischen den Blöcken — und damit die Erhaltung des Rechtes und

der Freiheit der westlichen Völker — rechtfertigt jedoch das Konzept auch ethisch noch für eine endliche Zeitspanne. Diese muß zur Findung anderer Lösungen genutzt werden.

Zur Beziehung des Begriffes „Gemeinwohl“ in der Sozialethik und im Dienstauftrag des Soldaten

Wie dargestellt, wird der Begriff „Gemeinwohl“ in verschiedenen Wissenschaften gebraucht, dennoch ergeben sich durchaus Gemeinsamkeiten in seiner Verwendung, etwa in dem Sinne, daß es sich um ein übergeordnetes Prinzip handelt. Der praepositive und positive Gebrauch des Begriffes „Gemeinwohl“ kann jedoch nicht völlig gleich sein, da er grundsätzlich sowohl jeweils auf den Ursprüngen und den sich daraus ergebenden Wirkungen beruht.

Es besteht die Möglichkeit, daß auch die Inhalte verschieden sein können; denn wie gezeigt, können die Begründungen praepositiv oder positiv sein.

Aus diesem Grunde kann von einer Univozität⁷⁰⁾ der Begriffe nicht gesprochen werden.

Der Begriff Metaphorik⁷¹⁾ trifft die Relation ebenfalls nicht, da es sich nicht um eine Verbildlichung handelt, die der Vorstellungsintensivierung dienen würde.

Die Beziehung des Begriffes „Gemeinwohl“ in der Sozialethik und im Dienstauftrag des Soldaten ist als *Analogie* zu sehen, was zunächst als Ähnlichkeit⁷²⁾ zu verstehen ist. Diese generelle Feststellung ist allerdings unpräzise, da es sehr verschiedene Stufen von Analogien gibt. Theologisch und philosophisch betrachtet, bedeutet die *analogia entis* die Verhältnismäßigkeit des Seins. Nach klassischer Lehre ist eine Analogie „ein Mittler zwischen gänzlicher Gleichheit (Univozität), die der Verschiedenheit von Gott und Kreatur nicht gerecht wird, und gänzlicher Verschiedenheit (Äquivozität), die jede Erkenntnis Gottes unmöglich macht.“⁷³⁾ Anders ausgedrückt, ist eine Analogie die „Eigenart eines Begriffes, der in der Anwendung auf verschiedene Seiende oder Seinsbereiche einen wesentlichen Sinnwandel erfährt, ohne jedoch die Einheit des Begriffsgehaltes zu verlieren.“⁷⁴⁾ Der Semantik des Begriffes „Gemeinwohl“ in der Sozialethik und im Dienstauftrag des Soldaten liegen nicht zwangsläufig identische Inhalte — im Sinne der genannten Univozität — zugrunde. Vielmehr werden Verhältnisse in Beziehung zueinander gesetzt. Aus diesem Grunde handelt es sich bei der Relation um eine „Proportionalitätenanalogie“,⁷⁵⁾ was säkularisiert, d. h. umgekehrt proportional, mit einer strukturellen Analogie zu vergleichen wäre.⁷⁶⁾

Die Verwirklichung des Gemeinwohles ist ein Ziel der Sozialethik wie auch der Gesellschaft. In der Gesellschaft werden sich bei uns gewählte Autoritäten um das Gemeinwohl aller bemühen. Aufgabe muß es für beide Bereiche sein, Lebensumstände zu schaffen, die es dem Menschen ermöglichen, sich als Individuum zu verwirklichen, ohne das Glück anderer zu beeinträchtigen und damit das Gemeinwohl aller — und so auch das Wohl des Individuums — zu verletzen.⁷⁷⁾

Der Begriff „Gemeinwohl“ ist ein umfassender. Er ist als Integrationsprinzip der Gesellschaft zu sehen mit dem Ziel, das größte Glück der größten Zahl zu realisieren. Die Ge-

meinschaft ist durch eine personale, gesinnungsmäßige Verbundenheit gekennzeichnet, die dem Wesen des Menschen als Individual- und Sozialwesen besonders entgegenkommt. Sie ist Teil der Gesellschaft, die nach unserem Verständnis u. a. den Auftrag hat, die — aufgrund der Unzulänglichkeiten des Menschen — entstehenden Probleme zwischen der Verwirklichung des Privat- und Gemeinwohles mit zu lösen. Ein Ziel unserer Gesellschaftsordnung ist es, dem Individuum soviel Freiheit wie möglich zu geben, auf der anderen Seite jedoch ein geregeltes Gemeinwesen zu schaffen, in dem alle glücklich sein können. Die dazu teilweise notwendigen Einschränkungen des einzelnen sind dabei so gering wie möglich zu halten und dürfen nur vorgenommen werden, wenn anderenfalls das Gemeinwohl verletzt würde. Nicht alle Menschen (etwa Kinder, Alte und Schwache) sind apriori dazu in der Lage, selber für ihr Wohl zu sorgen. Sie werden diese Aufgabe ganz oder teilweise an Autoritäten abtreten, die dann moralisch verpflichtet sind, für das Wohl dieser Menschen mitzusorgen. Bei der Komplexität einer modernen Gesellschaft läßt sich dabei eine Arbeitsteilung nicht vermeiden. Das größte Glück der größten Zahl läßt sich nur in Freiheit realisieren. Da diese bedroht werden kann, bedarf es einer Kraft, die diese sichert. Für die Sicherung nach außen hat unsere Gesellschaft die Bundeswehr, für deren Soldaten als oberstes Prinzip die Erhaltung des Friedens in Freiheit zu gelten hat, um die Verwirklichung des Gemeinwohles im Inneren zu ermöglichen. Dies kommt im Fahneneid zum Ausdruck, wenn der Soldat schwört, „das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“.

Der Bedrohung unserer Gesellschaft von außen soll durch militärische Stärke begegnet werden, die zum Ausdruck bringt, daß wir nicht gewillt sind, unsere Freiheit preiszugeben. Durch die technische Weiterentwicklung sind wir heute in der Lage, militärische Mittel herzustellen, die uns — zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit — in die Lage versetzen, diese in ihrer Gesamtheit vernichten zu können. Der totale Einsatz dieser Mittel macht in keinem Fall einen Sinn, da er der Apokalypse gleichkäme. Unser Dilemma ist der Besitz von Waffen, deren Anwendung nur in äußerst begrenztem Maße und nur in extremsten Situationen ethisch zu rechtfertigen wäre. Bisher mußten diese Mittel nicht angewendet werden, da auf beiden Seiten ein Gleichgewicht besteht, das zur Kompensation der Kräfte führt. Dieses Gleichgewicht besteht aufgrund des Besitzes militärischer Mittel und der Drohung, diese notfalls auch einzusetzen, wenn unsere Freiheit existentiell bedroht würde. Solange Besitz und Drohung den Frieden erhalten, sind sie als das kleinere Übel anzusehen und ethisch zu rechtfertigen. Aufgrund der dargestellten Problematik wird jedoch deutlich, daß dieser Zustand nicht von Dauer sein kann, da er die Menschheit und ihr aller Gemeinwohl überfordert. Wir sind gezwungen, mit etwas zu drohen, von dem wir wissen, daß seine Anwendung ethisch kaum zu rechtfertigen wäre. Diese Aporie gilt es zu beseitigen. Das kann nur auf dem Verhandlungswege geschehen. Als Hoffnung bleibt uns, durch Aushalten dieser Aporie den Frieden so lange zu sichern, bis eine für beide Seiten akzeptable Lösung gefunden ist, die dem Glück aller Menschen und ihrem Gemeinwohl gerechter wird.

Anmerkungen

- 1) Die Begriffe „bonum commune“ und „Gemeinwohl“ werden in der Arbeit synonym verwendet, da es nicht das Ziel ist, hier darzustellen, wie unterschiedlich die Bedeutung der Begriffe im Laufe der Jahrhunderte gesehen wurde.
- 2) Im weiteren Verlauf ist mit dem Begriff „Soldat“ immer der Soldat der deutschen Bundeswehr gemeint.
- 3) Im weiteren Verlauf ist mit „Sozialethik“ oder „Ethik“ immer die katholische Sozialethik/Ethik gemeint.
- 4) Dr. Manfred Wörner: Zur ethischen Herausforderung des Soldaten, a.a.O., S. 1.
- 5) Bei Konfuzius z.B. steht das „Wohlwollen“ an erster Stelle der vier Grundtugenden, vgl. Häring: Das Gesetz Christi, Band 3, a.a.O., S. 45.
- 6) Werte sind auch durch Weltanschauungen begründet. Zur Unterscheidung verschiedener Sozialdoktrinen vgl. Utz: Was ist katholische Soziallehre?, a.a.O., S. 3–5.
- 7) H.J. Wallraff in: Lexikon für Theologie und Kirche, Band 4, a.a.O., S. 658.
- 8) A. Beckel in: Katholisches Soziallexikon, a.a.O., S. 304.
- 9) Messner: Das Gemeinwohl, a.a.O., S. 13.
- 10) J. Höffner in: „Handbuch theologischer Grundbegriffe, Band 1, a.a.O., S. 462–468 und E. Welty in: Herders Sozialkatechismus, Band 1, a.a.O., S. 72–75.
- 11) Vgl. A. Guggenberger in: Handbuch theologischer Grundbegriffe, Band 2, a.a.O., S. 295–306; M. Rehm in: Lexikon für Theologie und Kirche, Band 8, a.a.O., S. 287–292; M. Müller und A. Halder in: Sacramentum Mundi, Band 3, a.a.O., S. 1115–1127.
- 12) M. Müller und A. Halder in: Sacramentum Mundi, Band 3, a.a.O., S. 1125.
- 13) Die Aussage, daß kulturelles Verhalten ausschließlich erlernt ist, wird von der modernen Verhaltensforschung bestritten. Diese geht davon aus, daß ein Teil davon genetisch determiniert, also angeboren ist; vgl. Lorenz: Die Rückseite des Spiegels, a.a.O., S. 212–222 und Dittfurth: Wir sind nicht nur von dieser Welt, a.a.O., S. 262 bis 275.
- 14) J.M. Dietz-Alegria in: Sacramentum Mundi, Band 2, a.a.O., S. 233; vgl. E. Welty in: Herders Sozialkatechismus, Band 1, a.a.O., S. 76–79.
- 15) J.M. Dietz-Alegria in: Sacramentum Mundi, Band 2, a.a.O., S. 235.
- 16) J. Messner in: Katholisches Soziallexikon, a.a.O., S. 737.
- 17) Enzyklika Mater et Magistra 65, vgl. Texte zur katholischen Soziallehre, a.a.O., S. 287.
- 18) Häring: Das Gesetz Christi, Band 3, a.a.O., S. 51.
- 19) Häring: Das Gesetz Christi, Band 1, a.a.O., S. 306.
- 20) Die Bibel: Apg. 5,29; a.a.O., S. 1232.
- 21) Das Subsidiaritätsprinzip ist eines der Sozialprinzipien der katholischen Soziallehre, und zwar das Prinzip der Verteilung aller gesellschaftlichen Zuständigkeiten nach dem Grundsatz der größtmöglichen Freiheit; vgl. A. Beckel in: Katholisches Soziallexikon, a.a.O., S. 1202–1208.
- 22) Enzyklika Quadragesimo Anno, vgl. A. Beckel in: Katholisches Soziallexikon, a.a.O., S. 1203.
- 23) Das Gewissen ist die Befähigung (Anlage) des Menschen zum sittlichen Urteil über sein eigenes Handeln; vgl. G. Ermecke in: Katholisches Soziallexikon, a.a.O., S. 365–367.
- 24) ebenda, S. 367.
- 25) Die Tugend der Epikie soll eine Hilfe bieten, wenn die persönliche ethische Einsicht in Widerspruch gerät zu den Ansprüchen des Ethos der Gesellschaft. Ziel ist es, den Sinn eines Gesetzes zu befolgen, wenn sich dessen Wortlaut — in einer konkreten Situation — nicht mit der Intention des Gesetzgebers deckt oder dem Gemeinwohl widerspricht. Epikie ist gleichsam eine höhere Richtschnur des menschlichen Handelns. Es wird eher auf die funktionale Interpretation des Gesetzes abgehoben. Sie beruht auf der Überlegung, daß der Mensch selbst das sittlich Rechte finden muß und dabei nicht einfach von der Rechtmäßigkeit der Gesetze ausgehen kann; vgl. W. Molinski in: Sacramentum Mundi, Band 1, a.a.O., S. 1064–1069.
- 26) Die Berufung auf einen Befehlsnotstand und die Aussage, man habe ja „nur“ Befehle ausgeführt, kann sittlich nicht grundsätzlich gelten. Selbst Adolf Eichmann hat während seines Prozesses argumentiert, er hätte ja nur Befehle ausgeführt. Dies befreit ihn in keiner Weise von seiner sittlichen Verantwortung und Schuld; vgl. Schmorak: Der Prozeß Eichmann, a.a.O., S. 202–204.
- 27) Der Satz wird dem Theologen F.C. Oetinger (1702–1782) zugeschrieben; vgl. Die Schule der Bundeswehr für Innere Führung, a.a.O., S. 53.
- 28) Aus den Polizeigesetzen der Länder, die letztlich auf dem „Allgemeinen Landrecht für die Preussischen Staaten“ aus dem Jahre 1855 basieren, ließe sich ableiten, daß die Staatsorgane zur Abwehr von Gefahr für die Bürger verantwortlich sind. Dies wäre jedoch eine rein juristische Hilfskonstruktion, die hier nicht weiter ausgeführt werden soll.

- 29) Hirtenwort der deutschen Bischöfe zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, vgl. Katholische Kirche im demokratischen Staat, a.a.O., S. 76.
- 30) Präambel zum GG, a.a.O., S. 5.
- 31) GG, Art. 1, a.a.O., S. 6.
- 32) Eine inhaltliche Ausfüllung des Begriffes „Menschenwürde“ würde den Rahmen dieser Arbeit bei weitem sprengen. M.E. können die Artikel 1–19 GG als wesentliche Bestandteile angesehen werden. Man kann die Menschenwürde aus dem Naturrecht ableiten, dies ist aber juristisch nicht verbindlich. Menschenwürde ist auch eine Frage der staatlichen Festlegung. In der Diskussion zwischen Ost und West wird häufig vom Westen behauptet, im Osten gäbe es eine geringere Achtung der Menschenwürde, weil es z.B. keine Meinungsfreiheit gäbe. Der Osten kontert dann häufig, daß bei uns das Recht auf Arbeit nicht verwirklicht sei. Inwieweit bei uns die wirkliche Gleichberechtigung aller Menschen (arme und reiche, männliche und weibliche) in der Praxis gegeben ist, soll hier nicht entschieden werden, dennoch scheint deutlich zu sein, daß sie noch nicht total verwirklicht ist.
- 33) Fülle: Mensch und Staat, a.a.O., S. 161.
- 34) Jouvenel: Über Souveränität, a.a.O., S. 131.
- 35) Buelow: Vom Umgang mit der Macht, a.a.O., S. 7.
- 36) GG und SG, a.a.O., S. 71.
- 37) Das feierliche Gelöbnis der Wehrpflichtigen wird dem Eid inhaltlich gleichgesetzt.
- 38) K. Peters in: Staatslexikon, Band 2, a.a.O., S. 1055.
- 39) Aus diesem Grunde kann gem. § 9 (1) SG der Passus „so wahr mir Gott helfe“ auch weggelassen werden.
- 40) K. Peters, in: Staatslexikon, a.a.O., S. 1057.
- 41) Auf die Problematik des Begriffes „Deutsches Volk“ (im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland) soll hier nicht näher eingegangen werden.
- 42) Anton-Andreas Guha: Die intellektuelle und moralische Unzulänglichkeit der Abschreckungsstrategie, in: Martin Niemöller, a.a.O., S. 48. Diese These stellt sicherlich eine Extremposition dar, in welcher der Begriff „Verteidigung“ ideologisiert wird. Verteidigung — in meinem Verständnis — beinhaltet sicherlich die Forderung nach ethisch gerechtfertigter Begründung derselben. Dabei ist das Ziel — Erhaltung des Rechts und der Freiheit — ebenso zu berücksichtigen wie die eventuell einzusetzenden Mittel. Verteidigung ist nicht als Euphemismus für Krieg zu sehen, der Begriff ist nicht als Verniedlichung zu verstehen. Aus diesem Grunde kann von Manipulation — im Sinne einer bewußten Irreführung — nicht die Rede sein.
- 43) Aporie: Unmöglichkeit, eine philosophische Frage zu lösen; allg. übertr.: Unmöglichkeit, eine richtige Entscheidung zu treffen oder eine passende Lösung zu finden. Vgl. Duden, Band 1, a.a.O., S. 121.
- 44) Hans von Keler, in: Christliche Ethik und Sicherheitspolitik, a.a.O., S. 220f.
- 45) R. Hauser, in: Frieden in Sicherheit, a.a.O., S. 37.
- 46) Stimmen der Weltkirchen, a.a.O., S. 55.
- 47) Zur Vertiefung der Problematik des gerechten Krieges — bei Augustinus, vgl. J. Rief, in: Frieden in Sicherheit, a.a.O., S. 25;
— bei Thomas von Aquin, vgl.: Verteidigung, Sicherheit und Frieden, a.a.O., S. 24f.
- 48) Verteidigung, Sicherheit und Frieden, a.a.O., S. 33.
- 49) ebenda, S. 34.
- 50) ebenda.
- 51) ebenda, S. 35.
- 52) ebenda.
- 53) ebenda, S. 35f.
- 54) Klüber, a.a.O., S. 9f.
- 55) Lernunterlagen, Grundlehrgang 2/83, a.a.O., Code G1B (IV.4.) und Code G1C (IV.5).
- 56) Gaudium et spes, AAS 58 (1966) 1025–1120; vgl. Dienst am Frieden, a.a.O., S. 63.
- 57) Auf die aktuelle sicherheitspolitische Diskussion im deutschen Bundestag über die Zusatzprotokolle zum Genfer Abkommen von 1949 — hier insbesondere der Artikel 51 (Protection of the civilian population) — sei nur hingewiesen. Es sei nur kurz vermerkt, daß die „discriminatio“ nicht nur ein ethisches, sondern auch ein völkerrechtliches Problem ersten Ranges ist. Vgl. New rules for the victims of armed conflicts, a.a.O., S. 196–318.
- 58) Das Bild des Stabsoffiziers, a.a.O., S. 7f.
- 59) Vgl. Stimmen der Weltkirche, a.a.O.
- 60) Gaudium et spes 81, vgl. Verteidigung, Sicherheit und Frieden, a.a.O., S. 35f.
- 61) Auf das Problem des Hungers in der „Dritten Welt“ sei an dieser Stelle nur hingewiesen. Durch Umverteilung der immensen weltweiten Rüstungsausgaben könnte hier in vielen Fällen wirksame Hilfe geleistet werden. In der Pastoralkonstitution Gaudium et spes heißt es dazu: „Der Rüstungswettlauf ist eine der schrecklichsten

Wunden der Menschheit, er schädigt unerträglich die Armen.“ AAS 58 (1966) 1025—1120; vgl. Dienst am Frieden, a.a.O., S. 64.

- 62) Papst Johannes Paul II., Botschaft UN—SGV 1982 (Anm. 14), 8.; vgl. Stimmen der Weltkirche, Nr. 19, a.a.O., S. 71.
- 63) Wenn Du den Frieden willst, (rüste) zum Krieg; vgl. Stimmen der Weltkirche, Nr. 19, a.a.O., S. 71.
- 64) Pastoralbrief der katholischen Bischofskonferenz der USA über Krieg und Frieden: Die Herausforderung des Friedens — Gottes Verheißung und unsere Antwort, in: Stimmen der Weltkirche, a.a.O., S. 63.
- 65) ebenda, S. 65.
- 66) s. Anmerkung 56).
- 67) Aus diesem Grunde ist die Äußerung der Französischen Bischofskonferenz: „Drohung bedeutet nicht Einsatz“ sehr problematisch; vgl. Den Frieden gewinnen, Dokument der Französischen Bischofskonferenz, in: Stimmen der Weltkirche, Nr. 19, a.a.O., S. 244f.
- 68) ebenda, S. 245.
- 69) Vgl. Anmerkung 63.
- 70) Univozität: Eindeutigkeit, Einnamigkeit. Vgl. Duden, Fremdwörterbuch, a.a.O., S. 739.
- 71) Metaphorik: Verbildlichung, Übertragung in eine Metapher. Vgl. Duden, Fremdwörterbuch, a.a.O., S. 442 und Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Band 16, a.a.O., S. 133.
- 72) Duden, Band 1, a.a.O., S. 112.
- 73) Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Band 2, a.a.O., S. 114f.
- 74) Lexikon für Theologie und Kirche, a.a.O., S. 468—473.
- 75) 3 verhält sich zu 9 wie 4 zu 12, nämlich im Verhältnis 1 zu 3; vgl. Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Band 2, a.a.O., S. 114. Dabei ist die Beziehung zwischen 3 und 9 eine gänzlich andere als zwischen 4 und 12. Die Zahlen stehen nicht direkt in Zusammenhang, dennoch ist das Verhältnis der Beziehungen gleich.
- 76) Von einer strukturellen Analogie spricht man, wenn „gewisse Beziehungen zwischen den Elementen eines Systems untereinander umkehrbar eindeutig solchen zwischen den Elementen eines anderen Systems entsprechen, ohne daß eine Entsprechung zwischen den Elementen selbst zu bestehen braucht“. Vgl. Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Band 2, a.a.O., S. 115.
- 77) Aus diesem Grunde liegt auch die Akademie der Wissenschaften der DDR falsch, wenn sie unter „Gemeinwohl“ schreibt: „Wird in der bürgerlichen Gesellschaft als Verschleierung der Klassegegensätze und als Argument gegen den Klassenkampf verwendet.“ Vgl. Handwörterbuch der deutschen Gegenwartssprache, a.a.O., S. 463.

(Literaturverzeichnis kann für wissenschaftliche Arbeiten bei der Redaktion angefordert werden.)

Moderne Technologien — ihre Verwendung unter Berücksichtigung der Grundwerte

Sigfried Granrath

Dieser Themenbereich läßt viele Betrachtungsweisen zu, so könnte man den Schwerpunkt auf die moralisch-ethischen Aspekte legen oder mehr den sozialen oder philosophischen Vergleich anstellen. Ich versuche folgenden Weg:

Zunächst untersuche ich einige technologische Gebiete nach sittlichen Grenzbereichen; dabei gilt es zu verdeutlichen, wo und wann die Technik in die Sphäre der Unbeherrschbarkeit vordringt und den Grenzbereich der Grundwerte überschreitet.

Sprechen wir von technischen Entwicklungen, so verbinden wir damit gleichfalls den technischen Fortschritt, von dem wir wiederum die Erfüllung der persönlichen Bedürfnisse erwarten. Es gilt also zu überprüfen, welche Auswirkungen auf die Umwelt erkennbar sind. Da die technologische Forschung ein Bestandteil des Wirtschaftssystems ist, werden ihre ethischen Grundwerte durchleuchtet. Schließlich muß bei der Erarbeitung der Grundwerte in der Technik das Phänomen der Endlichkeit der Technik angeschnitten werden. Es ist allerdings illusorisch zu glauben, daß daraus neue Grundwerte entwickelt werden können — da in unserer schnelllebigen Zeit fast nichts von Dauer ist, liegt gerade darin der Reiz, sich über Sinneswandel und Sinnfragen erneut und immer wieder Gedanken zu machen. Was liegt infolgedessen näher, als zu fragen, ob die bisherigen und bekannten Grundwerte nicht weiterhin ihre Gültigkeit besitzen und nur in Erinnerung gebracht werden müssen?

A. Neue Techniken im Grenzbereich der Grundwerte

Biotechnologie bezeichnet die industrielle Nutzung von natürlich vorkommenden oder genetisch manipulierten Mikroorganismen und Enzymen, die bestimmte Stoffe produzieren oder umwandeln. Dieses alles stößt ja noch nicht an den Grenzbereich, es ist auch niemandem anzulasten, daß in der Biotechnik über Bio-Chips nachgedacht wird, es wird nur dann bedenklich, wenn das medizinische Forschungsziel sein soll, Bio-Chips zu entwickeln, die Impulse des Gehirns aufnehmen können, um sie z.B. als Bewegungsbefehle an Muskeln und Glieder weiterzugeben. Somit könnten Implantate eingesetzt werden, die zur Manipulation des menschlichen Bewegungsapparates führen, um z.B. größere oder ausdauerndere sportliche oder arbeitsphysiologische Leistungen zu erbringen.

Nach den Erfahrungen der „Ölkrise“ und den „Umweltkatastrophen“ wurde die Energietechnik mehr und mehr in den Mittelpunkt der Kritik gerückt. Mit der Energietechnik verbinden wir meistens die Wärme- und Stromversorgung und hierbei insbesondere die Kernenergie. Heute wird nach Techniken geforscht, die den Lebensraum des Menschen erhalten, aber auch die sparsame Nutzung der vorhandenen Rohstoffe sichern sollen. Lassen sich diese Anforderungen erfüllen? „Grundlegend ist die Frage des *Bedürfnisses*, womit die nach dem Recht auf Befriedigung oder der Pflicht zum Verzicht verbunden ist. Es folgt

die Frage nach dem *Fortschritt*, als wirtschaftlichem Wachstum wie als Perfektionierung der Technik, und dessen Grenzen, unter dem Gesichtspunkt seiner humanen Bedeutung. Eine eigene Frage, wenngleich damit verbunden, ist die nach der *Ökologie* und der neuen ökologischen Ethik. So wie die vorhergehenden führt sie über die spezielle Energieproblematik hinaus, aber diese wird ja durch allgemeinere Zusammenhänge erst zum Kristallisationspunkt globaler Existenzentwürfe. Schließlich ist speziell anlässlich des Streites um die Nuklearenergie die Frage des *Risikos* zu behandeln — denn eine befürwortete Stellungnahme zu Bedürfnis, Fortschritt und Ökologie schließt noch nicht eine solche zur Atomkraftnutzung ein.“⁽¹⁾

Das militärtechnische Potential hat wie noch nie zuvor in der Geschichte so deutlich auf eine Selbstvernichtung der Menschheit hingewiesen wie in unseren heutigen Tagen, und dieses ist das vorrangigste Problem in der Sicherheitspolitik. „Zugleich wissen wir um den ethischen Grundsatz, daß es nicht in jedem einzelnen Fall ein unbedingtes Verteidigungsrecht gibt. Sowohl der Rang der zu schützenden Güter als auch die konkreten Chancen des Gelingens der Verteidigung verdienen Beachtung bei ihrer konkreten Bestimmung.“ „Jede Kriegshandlung, die auf die Vernichtung ganzer Städte oder weiter Gebiete und ihrer Bevölkerung unterschiedslos abstellt, ist ein Verbrechen gegen Gott und gegen den Menschen, das fest und entschieden zu verwerfen ist (Gaudium et spes, Nr. 80).“

Wie auch schon an den vorangegangenen Beispielen kann ich aus dem Bereich der Medizintechnik nur einige Teile hervorheben, die den Grenzbereich besonders deutlich machen. Seit Menschengedenken hat es in der Medizin Entwicklungen gegeben, die der Menschheit Schaden, aber auch Gewinn verheißen haben. Betrachtet man jedoch die medizinisch-technischen Möglichkeiten, die Experimente der Kunstherzverpflanzungen, der inhumanen Intensivmedizin, der „Sterbehilfen“, der Gentechnologie und ihrer Manipulationen, der künstlichen Befruchtungs- und Embryoplantationen, so stößt man unwillkürlich an die moralisch-ethischen und menschlichen Grenzbereiche.

Darum ist in der Medizin die höchste moralische Forderung die Einhaltung der Menschenwürde. „Dies ist von besonderer Bedeutung, wenn der Mensch selbst immer mehr Gegenstand der Forschung und Objekt von Humantechniken wird.“⁽²⁾

Mit der Produktion der Heimcomputer nahm die Computertechnik ihren Einzug in den privaten und familiären Raum. Diese Technik hat den Menschen mehr und mehr erobert, und ohne Zweifel hat sie den Grenzbereich überschritten. „Selbst die perfektsten von Menschen programmierten und installierten Informationssysteme müssen unvollkommen bleiben, zumal es ihnen an Phantasie und Flexibilität gebricht. Gleichwohl lauert die Gefahr, daß der Mißbrauch zu programmieren ist. Die gesellschaftliche Schlüsselfrage muß deshalb lauten: Wachsen Verständnis und Moral mit der Computerisierung?“⁽³⁾

Mit diesen Feststellungen soll nun keineswegs die Technik in die Ecke des Unsittlichen gerückt werden. Es gibt auch Technologien, ohne die unser Leben beschwerlich und vielleicht unmöglich wäre. Es sollte lediglich erkennbar gemacht werden, aber auch in Erinnerung gebracht werden, daß die Technik nicht über den Menschen herrschen darf.

B. Auswirkungen auf die Umwelt

Der Optimismus und Fortschrittsglaube früherer Generationen und Jahre schwinden zunehmend oder werden zumindest immer härteren Belastungsproben ausgesetzt. Dies hat viele Gründe: „Ein immer größer werdender Teil unserer Wohnbevölkerung kommt persönlich oder über den Dritten mit dem Problem der Arbeitslosigkeit in Berührung, viele Arbeitnehmer sehen mit Bangen den für sie fast unübersehbaren Auswirkungen des technologischen Wandels entgegen, immer mehr Menschen werden sich der möglichen Konsequenzen eines dritten und mit Atomwaffen geführten Weltkrieges bewußt, fast täglich werden uns in den Medien das Nebeneinander von Wohlstand und Hunger vorgeführt, oder vielen Menschen werden immer stärker die umweltzerstörenden Auswirkungen bestimmter moderner Produktionen und Konsumtionen sichtbar.“⁽⁴⁾

Es erscheint folgerichtig, daß durch den technologischen Fortschritt und den gesteigerten Bedürfnisanforderungen eine Art Weltveränderung stattfindet.

Insbesondere wird die Herausforderung zur Erhaltung der Natur einen stärkeren Nachdruck erhalten, wir werden uns im klaren darüber werden müssen, wie wir mit der — uns zur Verfügung gestellten — Natur umzugehen gedenken.

Durch neue moderne Produktionsanlagen ist auch der Arbeitsmarkt betroffen, und in dieser Situation sollte der grundlegende Sinn der Arbeit nicht vergessen werden. Es steht ohne Zweifel fest, daß in allen Bereichen unserer Gesellschaft die Wirtschaft allgegenwärtig ist. Darum müssen wir unsere Frage dahingehend vertiefen, den Sinn der Wirtschaft zu erkennen. „Der Sinn der Wirtschaft liegt weder — rein formalistisch — im bloßen Handeln nach ökologischem Rationalprinzip noch in der Technokratie, noch in der bloßen Rentabilität, noch im größtmöglichen Glück einer größtmöglichen Menschenzahl. Auch wäre es irrig, die Wirtschaft als Befriedigung von Nachfrage durch Bereitstellung eines entsprechenden Angebots zu definieren; denn dann entspräche die Deckung sinnloser oder schädlicher Bedürfnisse dem Sachziel der Wirtschaft. Das Sachziel der Wirtschaft besteht vielmehr in der dauernden und gesicherten Schaffung jener materiellen Voraussetzungen, die dem einzelnen und den Sozialgebilden die menschenwürdige Entfaltung ermöglichen.“⁽⁵⁾ Für den Staat ist die Forschungs- und Technologieförderung eine Aufwendung für die Wirtschaft zur Förderung der Grundlagenforschung und technologischen Entwicklung. Deshalb ist es von großem Interesse diese Ausgaben zu erhöhen, mit dem Ziel, die Wirtschaft zu unterstützen. Die Sicherung der Zukunft ist eine grundlegende Forderung an die Wissenschaft; Forschung und Wirtschaft dürfen aber nicht — auf Grund dieser Zielvorgabe — alle menschenwürdigen Prinzipien außer acht lassen. „Es müssen also Bedingungen geschaffen werden, die es dem Menschen ermöglichen, Wohlbefinden und Freude zu empfinden, und die ihn von der Sucht nach Maximierung des ‚Vergnügens‘ befreien.“⁽⁶⁾

In vielen Fällen wird davon ausgegangen, daß die Wissenschaft und Forschung wertfrei seien, insbesondere die Naturwissenschaft ging als eine Wissenschaft hervor, die im Sinne der neuzeitlichen Naturwissenschaft zum Vorbild aller wissenschaftlichen Exaktheit wurde. „Man hört häufig die Frage, was denn die philosophische Ethik eigentlich mit Natur-

wissenschaft zu tun habe. Ist das nicht der Versuch einer Einflußnahme von außen, das Überstülpen einer ethischen Dimension über die wertfreie respektive wertneutrale Naturwissenschaft? Diese Auffassung ist zwar weit verbreitet, aber sie ist unhaltbar. Naturwissenschaft und ihre Anwendung in der Technik sind spezialisierte Handlungsweisen von Menschen. Sie stehen als diese jederzeit unter ethischen Kriterien, sind also prinzipiell nicht wertfrei oder wertneutral, sondern in der Regel ausgesprochen wertvoll.“⁷⁾

C. Die Endlichkeit der Technik

Mit einem Phänomen der Technik scheinen viele Technikenthusiasten nicht fertig zu werden, und dieses ist die Tatsache der Endlichkeit, d. h., eine einmal abgeschlossene Entwicklung kann nicht wieder rückgängig gemacht werden. Anders ausgedrückt, kann ich einen technologischen Erfolg als verwirklicht bezeichnen, mit „verwirklicht“, also der Wirklichkeitsform oder wenn ein Geschehen oder Sein als Tatsache hingestellt wird, dann gibt es keine Möglichkeit mehr, diese Tatsache als ungeschehen hinzustellen. Obwohl zwischenzeitlich eine Folgenabschätzung im Rahmen der Fortschrittskontrolle durchgeführt werden kann, scheint noch nicht die Einsicht zu bestehen, bei einer tendenziös negativen Vorhersage den wissenschaftlich-technischen Vorgang abzurechnen.

Als es darum ging, die Grundlage des Alterns zu erforschen, um etwa den Prozeß des Alterns zu verlängern, brach der Mediziner und Endokrinologe W. Donner Deuckle alle Forschungen über das Altern ab. Obwohl er anscheinend kurz davor stand, das „Todeshormon“ rein zu gewinnen — mehr noch: einen Weg zu finden, wie dessen Wirkung zu hemmen sei. Als er gefragt wurde, warum er diesen Prozeß abgebrochen habe, sagte er: „...aus moralischen Gründen. Ich glaube nicht, daß die Welt reif ist für eine derartige Entdeckung.“⁽⁸⁾

Aber sehen Sie sich einmal andere Berichte über Forschungsergebnisse an, da ist nur die Rede von Leistung, Marktanforderung, Handlungsbedarf, Kostendruck, Präzision. Aber ich frage, wo ist auch nur einmal der Mensch erwähnt? Natürlich nicht, werden einige sagen, denn schließlich handelt es sich um ein Produkt, und was hat das mit der Endlichkeit der Technik zu tun?

Meine Antwort lautet: Diese technischen Entwicklungen werden nicht zurückgestellt, weil sie die Menschheit gefährden, nein, sie werden aus wirtschaftlichen und nutzbringenden Gründen erhalten und damit gerechtfertigt, daß sie schließlich die Welt humanisieren. Diese Art des technischen Denkens hat zur Folge, „daß jeder das eigene Spezialgebiet für das wichtigste von allen hält, was wiederum zu einer gefährlichen Verschiebung des Wirklichkeitsbewußtseins führt. Wirklich ist für jeden Menschen das, womit er in täglicher Wechselwirkung steht, womit er sich in seiner Tagesarbeit auseinandersetzen muß. Die allermeisten Menschen aber haben dabei nur mit Nicht-Lebendigem und meist mit vom Menschen selbst hergestellten Dingen zu tun und bekommen dadurch eine übertriebene Vorstellung davon, was für Menschen machbar ist. Sie haben den nötigen Respekt vor allem verloren, was der Mensch nicht zu machen vermag; sie haben verlernt, mit le-

benden Dingen umzugehen, mit der Gemeinschaft der Lebewesen, in der und von der wir Menschen leben“.⁹⁾

D. Angst vor der Zukunft

Mehr denn je erhalten wir auf die Frage nach der Zukunft die Antwort: „Ich habe Angst vor der Zukunft.“ In dieser Antwort liegen zwei tiefere Grundlagen, es ist nicht nur die natürliche Angst vor dem Ungewissen, nein, es ist zum ersten die Angst vor dem unerwarteten Ergebnis und zum zweiten ist es die Angst vor der Zeit. Das, was wir uns noch gar nicht vorstellen können, von Wissenschaftlern wird es bereits geplant und getestet.

Wir werden uns heute dieser und anderer utopischer Wirklichkeiten der Zukunft bewußt, und deshalb müssen wir uns und den Wissenschaftlern ein gehöriges Maß an Verantwortung und Selbsteinschätzung auferlegen. Wir haben gelernt, daß Verantwortung nicht teilbar ist, daraus läßt sich schlußfolgern, daß die gesamte Menschheit diese Weltverantwortung mittragen muß.

„Damit stellt sich die Frage, wie weit wir für die Zukunft im moralischen Sinne Verantwortung haben. Gewiß kann das nicht unbegrenzt sein, sondern nur soweit, als unser Wissen reicht und unsere Handlungen voraussehbare Folgen haben.“¹⁰⁾ Daher „muß der technische Fortschritt vor allem dem Menschen und der Menschlichkeit dienen, unerwünschte Folgen vermeiden und einen breiten Grundkonsens in der Gesellschaft finden. Schon bei der Entwicklung neuer Techniken müssen Strategien festgelegt werden, wie eine offene Information der Betroffenen erfolgen kann, um Ängste und irrationale Reaktionen von vornherein auszuschließen.“¹¹⁾

E. Schlußfolgerung

Bereits im ersten Teil bin ich auf die sittlichen Grenzbereiche der neuen Techniken eingegangen. Immer wieder wird in den Abschnitten von Grundwerten und Werterkenntnissen gesprochen. Das Grundverhalten des Menschen wird neue Wertmaßstäbe erhalten, und immer wieder stoßen wir dabei auf die Kombination von Mensch und Natur und deren sittlichen Grundwerten. Es gibt Normen für das menschliche Handeln, die sich nicht aus schriftlich festgelegten Gesetzen ableiten lassen. Diese Einhaltung des Naturrechts ist nicht nur eine christliche Lebensanforderung, sondern liegt in der Tatsache des menschlichen Seins, nämlich in der Schöpfung; in ihr sind alle Elemente der Grundwerte enthalten. Wertwandel und -trends haben auf beiden Seiten, bei den Technologen und dem Verbraucher, zu neuen Ansätzen geführt. Wir brauchen aber keine neuen Wertmaßstäbe, denn diese haben sich seit zwei Jahrhunderten nicht geändert, was wir aber brauchen, ist die Rückerinnerung an die gültigen und bewährten sittlichen Grundlagen. „Was es hier klarzumachen gilt, ist die sittliche Tatsache, daß die Wirklichkeit der Schöpfung ehrfurchtsgebietende Werte enthält und potentiell dauernd noch höhere zu erzeugen imstande ist. Wir brauchen auf unserer Suche nach dem Sinn der Welt nicht ins Über- und Außernatürliche abzuschweifen.“¹²⁾

Die Erfüllung der persönlichen Bedürfnisse darf demnach nicht im Konsumverhalten ihren Niederschlag finden. Es muß die Erkenntnis wachsen, daß es nicht nur eine materielle Erfüllung gibt. Wenn ich in diesem Zusammenhang von „Maß“ spreche, so will ich damit andeuten, daß es in vieler Hinsicht, vor allem im technisch-wissenschaftlichen Bereich aufwärts geht — in vieler Hinsicht, im Bereich des Humanen, des Menschlichen, geht es jedoch abwärts. Grundwerte und sittliche Maßstäbe sind uns durch die Gebote Gottes vorgegeben; wir sind demnach verpflichtet, die Schöpfung zu erhalten, und als Verwalter dieser Welt müssen wir nach den Naturgesetzen handeln. Auf unsere Frage nach den Grundwerten der modernen Technik bedeutet dieses schlicht und einfach: „Der Einsatz erfahrungswissenschaftlicher Erkenntnisse und technologisches Können müssen sich daran messen lassen, wieweit sie zur Verbesserung menschlicher Lebensbedingungen und zur Vermehrung menschlicher Daseinschancen und damit zur Entfaltung menschlichem Personseins beitragen. Die Technik ist des Menschen wegen da und nicht der Mensch der Technik wegen.“¹³⁾

Quellennachweis

- 1) Wolfgang Kluxen, Moralische Aspekte der Energie- und Umweltfrage, Handbuch der christl. Ethik, Bd. 3, Herder, Freiburg-Basel-Wien, 1982, Seite 383.
- 2) Ansprachen von Papst Johannes Paul II., Hrsg.: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn, 1980, Seite 31.
- 3) Dieter Balkhausen, Elektronik-Angst, Econ Verlag, Düsseldorf und Wien, o.J., Seite 251.
- 4) Paul Klemmer, Ökologische Wirtschaft — eine Alternative?, in: Kirche u. Gesellschaft, Nr. 110, Verlag J.P. Bachem, Köln, 1984, Seite 3.
- 5) Erich Fromm, Haben oder Sein, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, 1976, Seite 173.
- 6) ???
- 7) Reinhard Löw, Menschen aus dem Labor, in: Kirche und Gesellschaft, Nr. 127, Verlag J.P. Bachem, Köln, 1986, Seite 5.
- 8) Albert Rosenfeld, Warum sind wir nicht unsterblich?, in: GEO, Nr. 11, Nov. 1986.
- 9) Konrad Lorenz, Der Abbau des Menschlichen, R. Piper, München, 1986, 4. Aufl., Seite 210/211.
- 10) Wolfgang Kluxen, a.a.O., Seite 400.
- 11) Sicherung der Zukunft durch neue Technologien — Konsequenzen für Wirtschaft u. Bundeswehr, 15. gesellschaftswissenschaftliches Symposium, Deutscher Bundeswehr-Verband, Nov. 1985, Bonn, Seite 4.
- 12) Konrad Lorenz, a.a.O., Seite 271.
- 13) Wilhelm Korff, Technik-Ökologie-Ethik, in: Kirche u. Gesellschaft, Nr. 91, Verlag J.P. Bachem, Köln, 1982, Seite 4.

Das Unvermögen vor AIDS

Eine Herausforderung ganz ungewöhnlicher Dimension — Sie wurde bisher nicht verkräftet

Wolfgang Altendorf

Die Hoffnung auf eine durch fortschreitende Zivilisation seuchenfreie Existenz hat sich nicht erfüllt. Zwar sind die Aussichten, selbst die Seuche AIDS dereinst medizinisch in den Griff zu bekommen, durchaus realistisch einzuschätzen. Bislang jedoch zeichnet sich kein erfolversprechender Weg dazu ab. Was anfänglich wie eine Variation der „Legionärskrankheit“ erschien, verblüffend zwar im urplötzlichen Auftauchen, aber mit den Mitteln moderner Wissenschaft zu meistern, hat sich bald als ungewöhnlich gefährliche und bislang mit den herkömmlichen Methoden nicht zu beherrschende Krankheit erwiesen.

1983 durch Robert Gallo nachgewiesen

Dabei handelt es sich beim AIDS-Virus nicht um eine, sagen wir, mit Hilfe der Evolution oder gar durch Mutation entstandene „Neuerscheinung“. Er war schon immer da und wartete lediglich auf seine Stunde — gewiß über Jahrtausende hinweg. Erst 1983 wies ihn der Amerikaner Robert Gallo nach. Die relativ rasche Identifizierung, bezogen auf den Augenblick des Erkennens der neuen Krankheit bis zur Entdeckung des HI-Virus, ließ die Hoffnung aufkeimen, daß auch rasch ein Mittel zu seiner Bekämpfung bereitstünde. Das wird, wie wir heute wissen, nicht der Fall sein. Anders ausgedrückt: Vorerst müssen wir, was die medizinische Bekämpfung anlangt, mit AIDS leben. Bisher ist das nur miserabel gelungen.

AIDS paßt nicht zum Selbstverständnis modernistischer Emanzipation

„Das Unvermögen vor AIDS“ beruht auf einer Eigenart: Diese Seuche paßt nicht in das empanzierte, freiheitlich-ungebundene Bild der auch technologisch so ungemein rasch voranschreitenden Zeit. Ganz und gar nicht paßt sie in die forcierte menschliche Kommunikation mit dem anvisierten Endziel: für alle Menschen, gegenwärtig für mehr Menschen, eine Art Paradies auf Erden, vordringlich mit der Erfüllung längst nicht mehr geheimer Wünsche, bei denen auch die Sexualität eine dominierende Rolle spielt. Kurz: AIDS paßt nicht zum modernen Selbstverständnis dessen, was als Ausdruck ungebundener persönlicher Freiheit gilt.

Übers Ziel hinausschießender Handlungsbedarf

Die Versuche, die Ausbreitung des AIDS-Virus abzustoppen, führten zu kuriosen Tabu-übertretungen, etwa in der Propagierung der Kondome, über die man davor nicht sprach, geschweige denn ihre plastische Anwendung per Bildschirm demonstrierte. Man pries sie, voreilig wie stets, wenn sich Verantwortlichkeit total überfordert fühlt und entschiedenen Handlungsbedarf erspürt, als das einzige Mittel, mit heiler Haut aus intimen Beziehungen

davonzukommen. Auf die Idee, die Treue in der partnerschaftlichen Beziehung als wirklich einzig sicheres Mittel gegen die Seuche entsprechend ebenso oder gar ausschließlich lauthals propagandistisch anzupreisen, auf diese einfache Idee kam man nicht einmal. Es erschien und erscheint nicht „im Zuge der Zeit“ zu liegen. Bezeichnend dabei: Das Ergebnis einer Umfrage, wonach mehr als 70 % der Befragten angaben, wegen AIDS keineswegs ihr Verhalten zu ändern, wirkte „alarmierend“. Die Tatsache, daß diese Mehrheit es gar nicht nötig haben könnte, ihr Leben anders zu gestalten, weil dazu nun für sie wirklich keine Veranlassung besteht, kam den Umfragern nicht einmal in den Kopf.

In christlicher Ehe

Offenbar glaubt man allen Ernstes, daß sich jeder von uns jener ungebundenen Freiheit wie selbstverständlich bedient, die so vehement forciert wird. Daß jedoch die Mehrheit der Menschen auch bei uns in partnerschaftlicher Treue, in der Ehe, der christlichen etwa, verbunden sind, erscheint selbst einer christlichen Partei und ihren Funktionären unwahrscheinlich. Dennoch ist es so. Und das ist die größte Hoffnung vor einer sonst ganz und gar unweigerlichen Katastrophe.

Im Bereich der „heißen Eisen“

Heute hat man einiges herausgefunden, etwa daß die Ansteckung außerhalb wechselnder intimer Beziehung kaum zu fürchten sei, auf jeden Fall gibt es keine stichhaltigen Beweise für Übertragungen jenseits der unmittelbaren Intimkontakte. Ärzte, Zahnärzte, medizinisches Personal wissen sich zudem durch vorbeugende hygienische Manipulationen vor der Ansteckung zu schützen. Dennoch bleibt das Thema im Bereich der „heißen Eisen“. Die Frage, wie verhält man sich in der Praxis, also in der realen Konfrontation mit AIDS, ist längst nicht ausdiskutiert; die Theorien gehen an der brisanten Realität vorbei. Welche Richtung auch immer die Entwicklung einschlägt — das gesamte gesellschaftliche Leben wird Reaktionen zu spüren bekommen, Einflüsse, auf die es sich einstellen muß. Das Thema „bleibt auf dem Tisch“, solange die Krankheit nicht prophylaktisch oder therapeutisch verhindert oder ausgeheilt werden kann.

Ein „intelligenter“ Virus

Dabei unterscheidet sich dieser Virus erheblich von anderen, ebenso die zweite Version, die nun aufgetaucht ist und wahrscheinlich nicht die letzte Variante sein wird. Er gilt als ein „intelligenter“ Virus, der sich gerade deshalb der Bekämpfung entzieht, weil er mit Schutzimpfung oder ähnlichem nicht zu packen ist. Er ist auch insofern untypisch, als er ganz offenbar und „gezielt“ eine Verhaltensweise nutzt, die von einer jahrhundertelangen Gepflogenheit beträchtlich abweicht — so, als habe er nur „auf seine Stunde gewartet“. Aber gerade das deutet ja auf die Chance, sich seiner durch eigenes Verhalten zu erwehren. Daß er dennoch bedrohlich bleibt, zeigen die Übertragungen durch Bluttransfusionen, etwa bei Blutern. Und die erwähnte 2. Version des Virus beginnt man erst jetzt im Spen-derblut aufzuspüren.

Probleme in Wirtschaft und Handel

Die Versicherungswirtschaft, beispielsweise, die einen erklecklichen Anteil am Sozialprodukt erwirtschaftet, wird über kurz oder lang sicherlich massiv aus ihrer noch geübten Reserve gegenüber AIDS heraustreten; auch die Krankenkassen. Schon erörtern Personalabteilungen von Unternehmen die Fragestellung nach AIDS oder nicht AIDS vor der Neueinstellung — mit dem entsprechenden emotionalen Engagement dafür oder dagegen. Und wie muß reagiert werden, wenn in der überhitzten Atmosphäre die Konfrontation mit einem unstreitigen „AIDS-Fall“ im Betriebsbereich Handlungen (welche!) herausfordert? Wie weit, beispielsweise, geht hier die Fürsorgepflicht des Betriebes, ja, wird sie gerade hier erst ihre eigentliche Bewährungsprobe bestehen müssen? Geburtenschwund, Abtreibung, AIDS — wie soll man das — mit Blick auf die Zukunft — überhaupt verkraften?

Konfrontation der Ärzte

Noch spielt sich die Konfrontation mit AIDS vorwiegend im hausärztlichen oder klinischen Bereich ab. Aber gerade da spiegelt sich bereits das Unvermögen, Hilfe und höchst konträres, dazu noch überhitztes Für und Wider mit der Folge der Diskriminierung zu koordinieren. Der Hausarzt, ihm untrüglich erscheinende Anzeichen registrierend, schickt den Patienten in die Klinik, die Klinik ihn wieder zurück zum Hausarzt mit der entsprechenden auf AIDS-Wahrscheinlichkeit hindeutenden Medikation, ohne das Übel beim Namen zu nennen oder sich mit der Durchführung und dem Ergebnis einer Blutuntersuchung zu befassen. Bald werden sich auch Betriebsärzte ähnlich konfrontiert sehen.

Ethische Problematik

All dies erinnert an Berichte über die Seuchen vergangener Jahrhunderte, an Pest, Cholera und andere, wo sich ähnliches in den ersten Wochen vor der massiven Ausbreitung abspielte: Vertuschung, Geheimhaltung, Abwiegelung, geheime Mittelchen — bis die Seuche voll zum Ausbruch kam und man sich an sie gewöhnt hatte mit allen verzweiflungsvollen Bildern, die ihr charakteristisch waren. Bei AIDS ist typisch, daß dies alles weitaus länger dauert. Die Periode des Herunterspielens mag uns jahrelang beschäftigen mit allen ethischen Problemen, die sich heute bereits abzeichnen. Die unterschwellige Wirkung kann da nicht ausbleiben, ein Abklingen beispielsweise des optimistischen Schwunges, der für eine freie Gesellschaft unerlässlich ist.

Im Ausland — Schutz durch Ehefrau

Besonders gefährdet erscheinen jene betrieblichen Mitarbeiter, die notwendig ins „exotische Ausland“ geschickt werden, um dort die Interessen ihrer Firma wahrzunehmen. Meist sind es hochqualifizierte Betriebsangehörige mit einem gerüttelten Maß technisch-organisatorischer Erfahrung, auf die eine Firma kaum ohne spürbare Einbußen verzichten kann. Daß man dieses Problem doch als gravierend einschätzt, zeigt: schon werden medi-

zinische Experten beauftragt, einen Verhaltenskatalog aufzustellen, der die Gefahr der Infektion, mit Rücksicht auf empfindliche Reaktionen wichtiger ausländischer Geschäftspartner, dennoch wirksam verringert. Auch hier stellte sich rasch heraus: Am sichersten erweist sich die Treue. Der Vorschlag, keinen Auslandsexperten mehr ohne Ehefrau loszuschicken, wird erörtert und zielt in diese Richtung. Sie bewahrt nämlich nicht nur vor Versuchungen; sie ist auch eine plausible Begründung, augenzwinkernd-amouröse Einladungen auf eine solide gesellschaftliche Ebene anzuheben.

Stellvertretend für uns alle

AIDS schneidet tief in die empfindlichen Strukturen der modernen Industriegesellschaft ein. So müssen alle Prognosen diese Krankheit kalkulieren. Das verlangt zudem die realistische Offenlegung zumindest aller verfügbaren statistischen Daten. Betroffen nämlich sind nicht nur die unmittelbar von ihr Geschlagenen. Sie leiden stellvertretend für uns alle, die wir der Lockerung überkommener Werte im Bewußtsein demokratischer Verantwortung mehr oder weniger zustimmten oder ihnen nicht wirksam widersprachen. Was bedenklich stimmt, ist das Maß der Uneinsichtigkeit vor den Wurzeln dieser Katastrophe. Die unmittelbare Konfrontation mit AIDS kann jeden von uns und täglich treffen. Darauf sollten wir uns ernsthaft und verantwortlich vorzubereiten suchen.

Kirche

Die Bischofssynode 1987

Reaktionen in der Bundesrepublik

Willy Trost

Für einen Teilnehmer der Bischofssynode kaum begreiflich ist die Reaktion der Gläubigen auf die Synode und ihre zum Abschluß veröffentlichte Botschaft an die Kirche. Die Bischofssynode erzeugte „Null-Stimmung“, Katholiken waren „enttäuscht“, die Presse schließlich war verärgert und hat auch vielleicht deshalb die Bischofssynode nicht immer besonders freundlich geschildert. Woran liegt es, warum diese Reaktion? Die Pressearbeit in Rom hätte sicherlich besser sein können. Tagelang erhielten die Pressevertreter keinerlei Informationen, weil offensichtlich die fast 300 — zur Verschwiegenheit verpflichteten — Teilnehmer recht wenig und vor allem nichts Konkretes zu den Synode-Arbeiten sagten. Manche Presseorgane waren darauf angewiesen, wenige Informationen zu einem möglichst umfassenden Bild zusammenzufügen, und dabei entstanden auch gelegentlich falsche Darstellungen. Über zwei Jahre hat die Kirche die Synode vorbereitet und viele Vorschläge und Vorstellungen dazu erarbeitet. Um nicht allzulange auf Informationen über diese Synode warten zu müssen, wurde erstmalig eine Botschaft, „Nuntius“, an das Volk Gottes, an die Kirche gerichtet, um sie vorab über die angesprochenen Probleme zu informieren und insbesondere den Dank und die Verbundenheit der Synode mit allen Gläubigen auszudrücken. Diese Botschaft ist von vielen leider als das Ergebnis der Bischofssynode gewertet worden. Das wirkliche Ergebnis wird aber selbstverständlich erst vorliegen, wenn der Papst das abschließende Dokument gebilligt hat und es zur Veröffentlichung freigegeben worden ist.

Einige sehr wenige scharfe negative Äußerungen von Bischöfen über die Synode beweisen aber keineswegs, was 290 Teilnehmer der Synode denken und fühlen. Das Problem ist selbstverständlich: Eine Bischofssynode ist keine öffentliche Vollversammlung. Dies macht auch die Medienarbeit insgesamt problematisch. Bei jeder Würdigung der Arbeit einer Synode ist auch die Weltkirchensicht zu bedenken. Jede Teilkirche — z. B. auch die deutsche — ist nur ein sehr kleiner Teil der Gesamtkirche, und die spezifisch deutschen Probleme finden in der Weltkirche kaum Widerhall. Als ein Beispiel dazu kann auch die gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland in Würzburg gelten, deren Ergebnis kaum zu vermitteln war. Wieso hat man dann höhere Erwartungen an eine Bischofssynode der Weltkirche?

Besprechen und kritisieren läßt sich auch bei einer Bischofssynode nur das Ergebnis. Dieses gilt es abzuwarten, dann kann darüber gesprochen werden. Einzelstimmen und Kritiken von Teilnehmern reichen nicht aus, um ein Gesamtbild der Beratungen zur Lage der Kirche und ihrer Laien in der Kirche und der Welt zu entwerfen. Warum eigentlich suchen wir beständig nach Problemen und Mißerfolgen? Wo ist unser Vertrauen auf den

Herrn der Kirche und die Freude über die frohe Botschaft? Warum glauben wir nicht mehr an die Kraft des Heiligen Geistes und vertrauen darauf, daß auch die eigenen Vorstellungen in der geeigneten Form zum Tragen kommen?

Bei allen negativen oder kritischen Äußerungen wird übersehen, welche großen positiven Ergebnisse bereits erkennbar sind, wenn man sie denn sehen will. Zum ersten Mal haben 60 Laien aus 48 Ländern aus allen Kulturkreisen nicht nur als Zuhörer, sondern als aktiv Mitarbeitende und Mitgestaltende teilgenommen. Diese Vertreter aus allen Ständen haben mitgearbeitet und mitgewirkt und das Ergebnis mitgeprägt durch eigene Beiträge, eigene Arbeitsgruppen, ihre Mitarbeit in den Sprachgruppen und den vielhundertfachen Diskussionen in den Pausen, in den Wandelgängen und in der sogenannten Freizeit. Es hat sich ein neues Verständnis gezeigt für die gemeinsame Aufgabe des Gottesvolkes in dieser Welt. Die außerordentliche Aufgeschlossenheit der Bischöfe gegenüber den Problemen, die in erster Linie die Laien in der Welt zu bewältigen haben, um den Auftrag der Kirche in der Welt zu erfüllen, ist überall bemerkbar. Dieses neue Verständnis, das füreinander und für die Gemeinsamkeiten aufgebrochen ist, ist eines der hervorstechendsten Ergebnisse der Bischofssynode.

Wie oft wurde in der Vorbereitungszeit die Befürchtung geäußert, daß diese Synode vielleicht doch hinter das II. Vatikanische Konzil zurückgehen würde. Das Gegenteil ist spürbar und auch hörbar geworden, schon unabhängig von dem zu erwartenden Abschlußdokument. Die Aufgabe und die Stellung der Laien und der gemeinsame Auftrag des Volkes Gottes ist nicht nur bekräftigt, sondern weiterentwickelt worden.

Es wurde nicht nur über die Einheit des Volkes Gottes gesprochen, sondern wir als Teilnehmer haben sie gespürt und verstanden. Es gibt Unterschiede in den Aufgaben in unserer Kirche, aber das Ziel und die Sendung ist für alle gleich. Es geht darum, sich gegenseitig zu ergänzen, im Sinne der Einheit. Das Ganze braucht jedes Einzelteil. Je besser die einzelnen Glieder die Aufgaben erfüllen, um so größer ist ihr Beitrag für das Gemein- und Gesamtwohl. Die Weltkirche besteht aus Teilkirchen, von denen aber keine ohne die Weltkirche leben und sich entwickeln kann. Es gibt gemeinsame Fragen zum Verständnis der Geschlechter — Männer und Frauen — und ihrer Aufgaben in der Kirche. Das Volk Gottes muß sich insgesamt seiner Gemeinsamkeiten bewußt sein. Wir alle haben die große, gemeinsame Aufgabe der Heiligung dieser Welt, und dafür gilt es zu arbeiten und vertrauensvoll zu beten.

Albertus-Magnus-Kolleg / Haus der Begegnung Königstein e. V.

Freunde Königsteins!

Stellen Sie sich vor: Ein kleines Städtchen in der Mark Brandenburg in der DDR. Jahrhundertlang hat es hier kaum Katholiken gegeben. Erst nach 1945 wurde das anders: Vertriebene aus dem Osten, insbesondere Sudetendeutsche, wurden angesiedelt. Viele Jahre blieben sie ohne eigenen Gottesdienstraum, und die zuständige Pfarrkirche liegt 15 Kilome-

ter entfernt. Vor 20 Jahren war es dann soweit: Ein bescheidenes Hinterhofgebäude durfte als Kapelle und Gemeinderaum ausgebaut werden. Seitdem feiern die Katholiken dort jeden Sonntag ihren Gottesdienst. Der Ort liegt an einem See inmitten der märkischen Wälder. In der Ferienzeit sind auch viele Urlauber bei den Gottesdiensten.

Aber jetzt ist der Bestand von Kapelle und Gemeinderaum aufs höchste gefährdet. Das Dach muß erneuert werden, es regnet durch, die Wände müssen saniert werden. Aktive Gemeindemitglieder wollen in der Freizeit bei der Reparatur helfen, aber es fehlen dringend Materialien, Bauholz, Bleche, Holzschutzmittel — sie stehen nur für westliche Währung zur Verfügung. Auch können die Räume im Winter nicht mehr beheizt werden. Der Gasofen ist ausgefallen und nicht mehr zu reparieren. Ein anderer muß her — auch dafür braucht es Devisen. Man bittet uns zu helfen. Wir haben versprochen, diese dringende Bitte an unsere Wohltäter weiterzugeben. Benötigt werden DM 12 500. Damit könnte das beschafft werden, was für die Sanierung notwendig ist. Bitte, helfen Sie diesen Glaubensbrüdern mit Ihrer Spende!

Sicher werden Sie sich gewundert haben, daß wir uns in diesem Jahr nur einmal mit einem Brief an Sie wenden. Der Grund: Wir wollten nicht zweimal um Ihre Spende bitten. Wir hoffen jedoch, daß Sie uns besonders großzügig unterstützen und es verstehen werden, wenn wir Ihnen noch ein zweites Hilfsprojekt für die Katholiken in der DDR vorstellen. Dabei handelt es sich um eines der ganz wenigen kirchlichen Kindererholungsheime: das katholische „Kinderkurheim St. Otto“ in Zinnowitz an der Ostsee. Das Heim hat Platz für 300 Kinder. Besonders jenen Kleinen, die aus den Industriegebieten kommen, wird hier die Möglichkeit geboten, in der heilenden Luft der Ostsee Erholung zu finden. Aber sie finden auch seelische Erholung in diesem kirchlichen Heim, das von einem Priester geleitet wird: Morgen- und Abendgebet, Tischgebet und Gottesdienst begleiten die Kinder durch den Tag.

300 Kinder haben einen gesunden Appetit — und dazu gehört eine funktionsfähige Küche. Die Kücheneinrichtung ist aber 40 Jahre alt, sie muß dringend erneuert werden. Hierfür bittet man uns dringend um Unterstützung. DM 18 000 werden gebraucht, um Abhilfe zu schaffen. Dürfen wir auch diese Bitte, die uns von der Ostsee erreicht, an Sie weitergeben? Die Kinder und Erzieherinnen werden es Ihnen besonders danken.

Königstein, d. h. unser Albertus-Magnus-Kolleg/Haus der Begegnung, ist und bleibt auch in Zukunft das Zentrum katholischer Ost- und Vertriebenenarbeit. Ein Beweis dafür war auch der Erfolg unseres diesjährigen 37. Internationalen Königsteiner Kongresses „Kirche in Not“. Dieser Kongreß zeigte, wie trotz jahrzehntelanger Unterdrückung und Verfolgung Christen im Osten ihrem Glauben die Treue bewahrt haben. Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl schrieb in seiner Botschaft an diesen Kongreß: Die Christen im Osten „sollten für die Menschen der freien Welt Ermutigung und Mahnung sein. Sie fordern uns zur Solidarität mit allen auf, die wegen ihres Glaubens verfolgt werden.“ Wie auf dem Kongreß, so informieren wir auch in unseren Veröffentlichungen offen und ehrlich über die Lage der Glaubensbrüder im Osten.

In diesem Anliegen wissen wir uns mit Ihnen einig, liebe Freunde Königsteins. Aber auch diese Informationstätigkeit, die von unseren Bischöfen als so wichtig erachtet wird, verlangt finanzielle Mittel. Auch hier sind wir auf Spenden unserer Wohltäter angewiesen. Ohne Ihre Unterstützung könnten wir all dies nicht leisten. Bitte, halten Sie uns die Treue! Unterstützen Sie uns auch weiter bei dieser materiellen und geistigen Hilfe für die Kirche im Osten.

In der Woche des Advents und am heiligen Weihnachtsfest werden wir beim täglichen Meßopfer, vor allem in der Christmette, in besonderem Maße für unsere Wohltäter beten. Dazu kommt das Gebet aller jener, denen im Osten Ihre Hilfe zugute kommt.

Wir wünschen Ihnen eine besinnliche Adventszeit, ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes, vom Frieden des Herrn erfülltes Neues Jahr.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr

Pfarrer Karl Kindermann

— Geistlicher Direktor —

Unsere Konten:

Königsteiner Volksbank Nr. 409405 (BLZ 500 925 00)

Postgiroamt Frankfurt/Main Kto.-Nr. 794-600 (BLZ 500 100 60)

Naussauische Sparkasse Königstein Nr. 270002102 (BLZ 510 500 15).

Ein Haus für KZ-Häftlinge als neue wichtige Lebensetappe

Sabine Model

„Es hat lange gedauert, und der Weg bis zum heutigen Tag war nicht immer ohne Hindernisse, doch nun stehen wir hier auf festem Boden und können feststellen: Das Heim ist fertig!“ Dankbarkeit und Freude schwebten in diesen Worten mit, die der Präsident des Maximilian-Kolbe-Werkes, Dr. Bernhard Vogel, am 20. September 1987 in seiner Begrüßungsansprache in der polnischen Kleinstadt Wegierska Górka formulierte.

Grund dafür waren die Einweihungsfeierlichkeiten eines Altenheimes ganz besonderer, ja bisher einmaliger Art. Hier soll nämlich ausschließlich ehemaligen polnischen KZ-Häftlingen deutscher Konzentrationslager nicht nur Unterbringung gewährt, sondern Heimat und — im wahrsten Sinne des Wortes — ein „Haus zum ruhigen Alter“ geboten werden.

Ermöglicht wurde dieses Heim durch die Initiative des Maximilian-Kolbe-Werkes, das denn auch mit einer Delegation in den Kurort der Woiwodschaft Bielsko-Biala gereist war, um an der offiziellen Übergabe teilzunehmen. In den Beskiden gelegen, gehört das Altenheim zur Erzdiözese Krakau, die Trägerin des Hauses ist. Das Haus mit dem klangvollen polnischen Namen „Dom Spokojnej Starości“ war ursprünglich als Ferienhaus für Ausländer konzipiert. Diese Grundplanung ergab eine Belegungskapazität von 24 Plätzen. Wer hier Aufnahme findet, darüber entscheidet — in Absprache mit dem Kanzler (Generalvikar) der Erzdiözese Krakau — eine Kommission ehemaliger polnischer KZ-Häftlinge.

14 ältere Menschen zwischen 63 und 80 Jahren waren bis Anfang September 1987 angereist, um das einladende Haus mit wohnlichen Einzel- und Doppelzimmern zu beziehen. Es sind in der Hauptsache alleinstehende Frauen und Männer, die unter schlechten Wohnverhältnissen gelebt hatten. Ein Ehepaar — die beide die Qualen des Lagerlebens erlitten hatten — konnte ein Doppelzimmer beziehen.

Die Einweihungsfeier begann mit einem Gottesdienst. Bischof Górny aus Krakau wußte, wovon er in seiner Festpredigt sprach: „Hier beginnt für die leidgeprüften Bewohner eine neue wichtige Lebensetappe.“ Er kam zu dem Resümee: „Zwischen den dunklen Wolken der heutigen Welt ist die Tätigkeit des Maximilian-Kolbe-Werkes ein heller Sonnenstrahl.“ Und Jozef M., selbst Auschwitzhäftling und Sprecher seiner Leidensgefährten, bezeichnete die Zweckbestimmung dieses Hauses als eine „weitere Station auf dem langwierigen Weg wechselseitiger Annäherung“. Gleichsam für die Initiatoren und die künftigen Bewohner dieses Heimes gab er die Losung aus: „Gehe auf die Sonne zu, und die Schatten bleiben hinter dir.“

Und diesen Weg möchten ganz offensichtlich viele ehemalige polnische KZ-Häftlinge gehen. Allein 140 Anträge zur Aufnahme im „Haus zum ruhigen Alter St. Maximilian Kolbe“ liegen schon jetzt vor, und täglich kommen neue hinzu. Doch die Wahl fällt ausgesprochen schwer. Die Angaben in den Anträgen können keinen umfassenden Aufschluß geben. Und so kommt es, daß plötzlich Menschen bunt zusammengewürfelt unter einem Dach zur Ruhe kommen sollen. Eine Situation eigentlich wie in jedem Altenheim. Den-

noch unverkennbar unter erschwerten Bedingungen. Das, was die Heimbewohner letztlich miteinander verbindet, sind nun einmal ihre Lagererlebnisse. Auschwitz, Flossenbürg, Ravensbrück, Grüneberg, Sachsenhausen, Dachau, Oranienburg, Groß-Rosen, Mauthausen, Bergen-Belsen und Buchenwald heißen die Verbindungsglieder. Schreckensbilder, die sich in die Seelen eingebrannt haben. Der eine erträgt seine erlebten Leiden nur schweigend, ein anderer durch wiederholtes Erzählen. Wie sich das auf das angestrebte harmonische Miteinander auswirkt, muß sich zeigen. Da alte Menschen ohnehin zunehmend in und von der Vergangenheit leben, dürfte dieser Lebensabschnitt für die ehemaligen KZ-Häftlinge verstärkt mit psychischen Belastungen durchsetzt sein. Da bedarf es einer guten und geschickten psychischen Betreuung, die einiges davon auffangen kann. Wir haben die Hoffnung, daß „mit Gottes Hilfe dieses Werk gut geführt wird“. Positive Vorzeichen dafür sind gesetzt. Das Haus konnte in die leitenden Hände von drei Salvatorianer-Schwestern übergeben werden.

Kazimierz T., mit seinen 63 Jahren derzeit jüngster Heimbewohner, denkt nicht gerne an seine Lagererlebnisse zurück. Er versucht zu vergessen. Aber auch ihm will das nur teilweise gelingen. Wie auch, wenn drei Brüder, eine Schwester und ein Vetter die Hitlerhölle nicht überlebten? Wenn mit 15 Jahren seine Kindheit jäh zu Ende war? „Zu Ostern 1941 wurde ich verhaftet und ins Gefängnis in Cieszyn (Teschen) gebracht. Nach wenigen Tagen kam ich ohne gerichtliche Verhandlung ins Gefängnis nach Kattowitz, nach einigen Monaten in die Todeszelle, die sogenannte ‚1‘ im Polizeiersatzgefängnis nach Myslowice. Alle Häftlinge wurden geschlagen, litten Hunger, wurden psychisch und physisch gefoltert von den Verbrechern in deutscher Uniform, zu der sie eine Gürtelschnalle trugen mit der Aufschrift ‚Gott mit uns‘.

Der Rest der menschlichen Würde wurde uns dort brutal genommen. Und das geschah alles nach einem teuflischen System. Es bestand darin, daß wir mit der bestehenden Ordnung nicht vertraut gemacht wurden. Jeder ‚neue Zugang‘ trat, vom grellen Licht des Scheinwerfers geblendet, an das Tor der Todeszelle ‚1‘ heran. Wir wurden mit dem Ochsenziemer auf den Rücken geschlagen und hörten den Befehl ‚Hände hoch‘. Wer nicht deutsch verstand, befand sich schon in Todesgefahr. Keiner der Neuhinzugekommenen wußte, daß er sich vor dem Posten in Achtungstellung melden mußte. Durch die Schläge wurden wir belehrt. Wir sollten die Formel sagen: ‚Häftling Nummer . . . Zelle 1‘, ‚Pole‘ und zum Schluß Name und Vorname. Jeder, der in Zelle 1 eintrat, stolperte, vom Scheinwerferlicht geblendet, über eine speziell angefertigte hohe Schwelle und fiel zu Boden. Dafür bekam er wieder Schläge. Wenn er sich zu langsam aufrichtete, trat man ihm in den Unterleib. Hielt er die Hände nach unten, schlug ihn der Aufseher so lange, bis er sie wieder hochhielt oder bis er in Ohnmacht fiel.

Die tragischsten Momente aber erlebte ich im KZ Groß-Rosen. Das war für mich schwere Zwangsarbeit im Steinbruch und sadistisches Gemetzel. Jeden Tag sah ich die Stapel von menschlichen Skeletten. Mir wurde übel vom Geruch verbrannter Leichen, und in der Nacht hörte ich Kinder weinen. In diesem Lager bin ich zusammengebrochen und zweifelte an der Barmherzigkeit Gottes. Ich lebe nur noch dank eines Franziskaners, der sich

meiner angenommen hatte. Dank ihm ging ich nicht an die Hochspannungsleitung; ich griff auch nicht den Posten an — er hätte mich ohne Zögern erschossen. . . .“

Ja, Kazimierz T. lebt. Er bezieht seit seinem 46. Lebensjahr Invalidenrente. Denn auch das verbindet ihn mit den ehemaligen Lagerinsassen: Koronarerkrankungen mit massiver Infarktgefährdung als Folge des im Konzentrationslager verbreiteten Fleckfiebers sowie das KZ-Syndrom. Hinzu kommen bei Kazimierz T. ein Zwölffingerdarmgeschwür, eine vegetative Neurose und eine Zuckerkrankheit.

„Seit dem sog. ‚Slupki‘, d.h. dem Hängen mit auf dem Rücken gefesselten Händen während der Gestapoverhöre“, schreibt er, „habe ich einen seelischen Schock, und meine rechte Hand ist unbeholfen. Ich habe kein Gefühl in ihr — und für einen Geigenspieler bedeutet das den musischen Tod. . . .“

Seine Betroffenheit und zugleich seine Verbundenheit brachte Herr Dr. Vogel in seiner Begrüßungsansprache zum Ausdruck: „Sie, die ehemaligen Häftlinge, stehen unseren Herzen heute am nächsten. Wie oft mögen Sie an der Weisheit und an der Güte Gottes gezweifelt haben, als Ihr Vaterland von den Nationalsozialisten überfallen und erobert wurde, als Sie selbst verhaftet und ins Lager gebracht wurden. Was Sie erleiden mußten, ist unvorstellbar. Darum möchte ich Ihnen sagen: Die Mitglieder und Freunde des Maximilian-Kolbe-Werkes denken an Sie und Ihre Kameraden und empfinden Hochachtung vor Ihrem schweren Schicksal. Wir sind dankbar für das heutige Zusammensein und versprechen Ihnen, alles, was in unserer Macht steht, zu tun, um Verbrechen, wie Sie an Ihnen begangen worden sind, nie wieder geschehen zu lassen. Wir wollen dafür sorgen, daß das, was geschehen ist, nicht vergessen wird. Aber wir wollen versuchen, gemeinsam eine bessere Zukunft zu bauen. Wir haben die Initiative ergriffen, um aktiv zu Verständigung und Versöhnung zwischen unseren beiden Völkern beizutragen. Und dieses Heim soll nichts anderes als ein kleines Zeichen der Solidarität mit den Opfern des nationalsozialistischen Regimes sein. Für uns Deutsche ist die Arbeit des Maximilian-Kolbe-Werkes eine Arbeit für den Frieden. Wir empfinden sie nicht als Verdienst. Daß wir sie tun dürfen, ist für uns ein Geschenk. Und dafür danken wir.“

Postgiroamt Karlsruhe, Kto-Nummer 164896-756 (BLZ 660 10075)

Darlehnskasse im Bistum Münster, Kto-Nummer 3034900 (BLZ 400 602 65)

Pax-Bank Mainz, Kto-Nummer 4001500010 (BLZ 551 601 95)

Deutsche Bank Freiburg, Kto-Nummer 2313575 (BLZ 680 700 30)

oder Spendenkonto GKS

Hilfe für den Libanon

Patenschaften für Kinder

Willy Trost

In der Deutschen Tagespost wird häufiger auf die Lage der Christen im Libanon eingegangen. Frau Reinmüller berichtete am 19.12.1987 von einem Gespräch mit Bischof Bassim, der als Apostolischer Vikar verantwortlich ist für alle römisch-katholischen Christen im Libanon einschließlich aller Orden und Institutionen.

Bischof Bassim reist durch Europa, um auf die katastrophale Not der Christen im Libanon aufmerksam zu machen. Er sorgt sich insbesondere um die Kranken und ihre Versorgung in den hochverschuldeten katholischen Krankenhäusern des Libanon und um die Kinder.

Der Bischof, von Geburt maronitischer Christ und seit seiner Priesterweihe Karmelit, erzählt von seiner täglichen Arbeit. Ihm unterstehen über zwanzig Waisenhäuser mit dreitausend Kindern. „Manchmal haben die Kinder nicht einmal für den Winter Schuhe oder Pullover. Wir helfen immer da, wo es am nötigsten ist. Egal ob das Kind Katholik, Maronit oder Muslim ist. Wir achten die Religionsfreiheit und helfen jedem.“ Heute zerfällt der Libanon in zwei Teile: eine von fremden Truppen besetzte Zone und ein freies Gebiet. Aus der besetzten Zone wurden die meisten Christen vertrieben: Etwa eine halbe Million haben ihren Grundbesitz, ihre Häuser, ihr ganzes Hab und Gut verloren. Dem Bischof unterstehen vierzig Dispensarien — Sozialstationen, in denen die Kranken für ein symbolisches Entgelt, das etwa einem deutschen Pfennig entspricht, behandelt werden. Große Sorge bereitet Bischof Bassim die Ausbildung der Kinder. Häufig fehlen die notwendigen Schulbücher. Die Eltern sind oft nicht in der Lage, die Schule zu bezahlen, da sie zu wenig verdienen oder überhaupt keine Arbeit finden. Bischof Bassim hofft darauf, daß die Zahl der Patenschaften für bedürftige Schüler sich weiter erhöhen wird.

Am 5.1.1988 berichtet Frau Trommler in der Deutschen Tagespost über die Not der Kinder im Libanon.

Die Kinder haben keinen Frieden erlebt, kein geordnetes Staatswesen, kein Leben in Unbeschwertheit. Auf dem Land in den Heimatdörfern spüren sie die Feindseligkeit derer, die sie umlagern. Bei der Vertreibung werden sie jäh aus dem Vertrauten herausgerissen, viele erleben den Tod ihrer Väter und Brüder, manche die Schändung der Mütter und Schwestern. Endlich am Zufluchtsort angekommen, sind sie vom Schrecken gezeichnet. Und jetzt trifft sie Armut und Ungewißheit. Der vielleicht einmal wohlhabende Vater kann nur schwer die Familie ernähren. Zuerst die Arbeitslosigkeit, nun eine maßlose Inflation — das hat das ganze Vermögen aufgeessen. Die Kinder zur Schule zu schicken ist bald nicht mehr möglich. Hatten vor dem Krieg die libanesischen Eltern noch viel Geld in die Ausbildung ihrer Kinder gesteckt, mehr als die meisten Eltern im Westen, sind jetzt Schulgeld und Bücher für fast alle Familien unbezahlbar.

Im christlichen Ost-Beirut finden die Flüchtlinge nicht einmal eine Wohnung. Sie hausen, zu mehreren Familien zusammengedrängt, in Räumen ohne Fensterglas, in Kellern oder haben überhaupt kein Dach über dem Kopf. Die Christen sind auf Hilfe von außen angewiesen, auf unsere Hilfe. Vom zerrütteten libanesischen Staat ist nichts zu erwarten. Und gäbe es die christlichen Orden nicht, wäre im Libanon schon alles zusammengebrochen. Ja, der Krieg hat schon so weit geführt, daß es am Lebensnotwendigen mangelt, an Essen und Kleidung, an Medikamenten, Strom und Wasser. Doch wenn nun die Kinder nicht mehr die Schule besuchen, bedeutet das den Untergang. Denn auch wenn endlich Frieden einkehrt: Wie soll sich das Land dann wieder erholen, wenn seine Kinder kaum mehr können als lesen und schreiben oder gar als Analphabeten heranwachsen?

Mit einer Spende von DM 360,— kann man einem libanesischen Kind für ein Jahr Schulgeld, Bücher, Kleidung, Essen und Medikamente sichern. Wenn wir unseren Reichtum teilen, können wir diesen Kindern und der ganzen Familie die größte Hilfe geben und Freude bereiten. Lebenslaufdaten der Kinder können über den Verfasser abgefragt werden.

Spenden können auf das Konto „Kinderhilfe Libanon“ Nr. 4001800014, Pax Bank Mainz, Bankleitzahl 55160195, überwiesen werden. Unter Verantwortung des Apostolischen Vikars der Lateiner in Beirut, Bischof Bassim, leiten Schwestern im Kloster der Karmelitinern in Harissa das Geld an die Bedürftigen weiter. Die Spenden kommen direkt an.

Memorandum zum Millennium der Christianisierung Rußlands

Wilhelm Hess

1988 wird der 1000. Jahrestag der Christianisierung Rußlands gefeiert werden. Die Russische Orthodoxe Kirche bereitet feierliche Veranstaltungen in der UdSSR vor und erwartet viele Christen aus dem Ausland, welche die Festfreude mit ihr teilen sollen. Sie lenkt die Aufmerksamkeit der ausländischen Öffentlichkeit schon heute auf dieses Ereignis. Erste einführende Begegnungen hatte sie mit evangelischen und katholischen Christen in der Bundesrepublik Deutschland. Weitere werden folgen.

Orthodoxe Christen in der ukrainischen und russischen Diaspora werden ebenfalls das Jubiläum der Taufe der Kiewer Rusj begehen.

Die Tausendjahrfeier verdient ehrfurchtsvolle Beachtung innerhalb und außerhalb der Sowjetunion. Die Christianisierung der Slawen am Dnjepr und von dort ausgreifend auf ganz Rußland hat höchste Bedeutung. Unter dem byzantinischen Doppelkreuz der Ostkirche wuchsen die Russen zu einer großen Nation zusammen, behaupteten sich gegen fremde Eindringlinge, gestalteten ihre Gesellschaft, errichteten mit ihrer Kultur eine der tragenden Säulen der europäischen Zivilisation. Sie entwickelten eine Kultur des Herzens, die die Kultur des Verstandes ihrer Nachbarn im Westen ergänzt.

Das Feuer härtester innerer und äußerer Prüfungen hat die Glaubenskraft der Christen in Rußland während eines Jahrtausends gestählt. Ihre Gottesinbrunst hat auch die grausamen Verheerungen ungebrochen überstanden, denen sie in und nach der bolschewistischen Revolution ausgesetzt war.

Der Sowjetstaat, „eine umgekehrte Theokratie“, erhebt einen atheistischen Ausschließlichkeitsanspruch und agitiert gegen jede Religion. Formal garantiert die Verfassung von 1977 zwar Gewissens- und Religionsfreiheit. Kirche und Staat sind getrennt. Dennoch müssen alle Religionsgemeinschaften, die in einem Bethaus Gott verehren wollen, vom Rat für Kirchliche Angelegenheiten, einem staatlichen Amt, das dem Ministerrat der UdSSR untersteht, eine Genehmigung haben. Diese Genehmigung wird häufig verweigert. Sie berechtigt lediglich zur Benutzung eines Bethauses, sie schließt aber karitative oder katechetische Tätigkeit aus. Kulthandlungen außerhalb des Bethauses verletzen die öffentliche Ordnung. Nur den Eltern steht es zu, ihre Kinder religiös zu erziehen, allein sie dürfen dies nur im „Geist des Moralkodex' der Erbauer des Kommunismus“ tun. Sie können sonst die elterliche Gewalt über ihre Kinder verlieren. Jugendarbeit in der Gemeinde ist verboten, Halbwüchsigen wird der Zutritt zu Kirchen verwehrt. Bücher, die „nicht zur Ausrüstung des Kults erforderlich“ sind, darf die Gemeinde nicht besitzen. Die schmale Nische, in der die Gläubigen ihren Glauben ausüben dürfen, wird über die gesetzlichen Einschränkungen hinaus durch die Willkür örtlicher Partei- und Staatsfunktionäre noch weiter zusammengedrückt. Wer die Behinderungen beklagt oder tadelt, wird als Klebiker zwangspensioniert, oder er wird wegen „Verbreitung wissentlich falscher Behauptungen zur Verleumdung des sowjetischen Staates und seiner Gesellschaftsordnung“ zu

langer Haft verurteilt. Kinder werden ob des Glaubens ihrer Eltern in der Schule gehänselt und später im Beruf benachteiligt. Menschen in verantwortlicher Stellung müssen, wenn sie als Kirchgänger entdeckt werden, zumindest um ihr Fortkommen bangen. Die Gängelung trifft Orthodoxe, Katholiken, Evangelische, Baptisten und andere Religionsgemeinschaften. Nach zuverlässigen Angaben befanden sich Ende Mai 1987 296 Gewissensgefangene aller Konfessionen in Gefängnissen, Lagern und psychiatrischen Sonderkliniken.

Christus hat geboten, dem Cäsar zu geben, was des Cäsars ist, und Gott, was Gottes ist. Dieses Gebot zu befolgen ist den Christen in Rußland seit jeher ungemein schwer gemacht worden. Wir Deutsche wissen aus eigener frischer Erfahrung, wie hoch der Preis für christliche Standhaftigkeit sein kann. Die Russische Orthodoxe Kirche hat es in der bedrängten Lage verstanden, sich durch patriotische Gesinnung daheim und durch ihre kräftige Unterstützung der amtlichen Friedenspropaganda im Ausland von der Staatsmacht einen bescheidenen Freiraum zu erkaufen. Der Sowjetstaat hat es trotz seiner unversöhnlichen Religionsfeindschaft für angezeigt gehalten, der Russischen Orthodoxen Kirche die weihevollen Feier des Millenniums zu gestatten. Welche Absichten er auch damit verfolgt — daß es 70 Jahre nach der Revolution immer noch über 50 Millionen Russen gibt, die aus diesem Ereignis dankbare Erhebung und frischen Mut schöpfen dürfen, muß mit Befriedigung erfüllen. Darüber dürfen wir aber nicht vergessen, daß den Gläubigen dort häufig das Martyrium des Schweigens oder der Notlüge auferlegt ist: Sie müssen, um ihre enge gefährdete Kulturfreiheit zu schützen, verschweigen oder ableugnen, was ihnen verwehrt oder zugemutet wird.

Die Glaubensstärke der Christen in der glaubensfeindlichen sowjetischen Umwelt kann den Menschen in unserem glaubensfreien, aber freien Lande ein Beispiel sein und verdient zumindest unsere Solidarität. Solidarität können wir zeigen, indem wir von der sowjetischen Partei- und Staatsführung zu der Tausendjahrfeier das für die Gläubigen in der UdSSR fordern, was sie selbst nicht fordern dürfen. Solche Forderungen sind:

- *die tatsächliche Trennung von Staat und Kirche*, d. h. das Ende der religiösen Gängelung durch den staatlichen Rat für Kirchliche Angelegenheiten;
- *ein freieres Religionsgesetz*, das dem proklamierten neuen Denken entspricht;
- *das Ende der beruflichen und gesellschaftlichen Benachteiligung der Gläubigen* durch Staat und Gesellschaft;
- *die Freiheit für die wegen ihres Glaubens Eingekerkerten und Verbannten.*

Wie lange noch wollen wir über den „Auszug aus der Kirche“ klagen und darüber jammern, wir hätten die „Tore der Kirche weit aufgetan, aber die Menschen wären hinausgegangen, statt hereinzukommen“?

Wir müssen endlich etwas tun.

Straßenmission. Warum eigentlich glauben die großen Kirchen, sie hätten es nicht nötig, auch auf die Straße zu gehen? Wenn die Menschen nicht mehr zu uns in die Kirche kommen, dann müssen wir dahin gehen, wo sie sind.

„Geh-Hin-Kirche“ hat Herr Kardinal Höffner das einmal genannt. Gehet hin in alle Welt... lautet der Auftrag Christi. Wir befolgen es, ja, indem wir einige Missionare in die Missionen schicken. Aber: „Diese Welt“ beginnt nicht erst in Afrika, sondern schon „vor der eigenen Haustür“. (K.-A. Odin: Eine Generation Bischöfe tritt ab, FAZ, 11.1.88)

„Wir dürfen uns nicht in unsere Kirchen zurückziehen. Raus aus den vier Wänden, heißt der Auftrag.“ (D. Drewes: Raus aus dem Getto! Weltbild, 18.12.87)

Bischöfe, Priester, Gläubige: wir sollten auch auf die Straßen gehen und die Menschen zu unseren Gottesdiensten einladen. So schwer ist das gar nicht. Selbst habe ich erst am Samstag — 23.1. — bei uns im Schnee in der Fußgängerzone gestanden und für die „Aktion Lebensrecht für alle“ Reklame gemacht.

Die Menschen fühlen sich von uns im Stich gelassen. „Niemand kümmert sich um mich“, so kann man hören.

Aber: „Die Pfarrer gehen auf die Straße“. So heißt es in einer Zeitungsüberschrift in der „Taunus-Zeitung“ am 28.10.87. Die Mun-Sekte will sich in einer Nachbargemeinde niederlassen.

Da geht es auf einmal. Warum aber nur gegen, warum nicht auch einmal für?

Mission ist ein wesentlicher Bestandteil der Kirche, und ein grundsätzlicher Auftrag dazu.

Mein Vorschlag: Da wir selbst mit Straßenmission noch wenig Erfahrung haben — Wie werden die Passanten reagieren auf diese ganz neue Präsenz von uns als Kirche? —, sollten wir in der Fastenzeit einmal auf die Straße gehen und mit Gottesdienstordnungen zu unseren Ostergottesdiensten einladen. Das wäre ein guter Beginn.

Gebet. Dies hätte ich eigentlich an die erste Stelle setzen müssen. Ein Gebet für uns als Kirche sollte beginnen, es müßte allerdings eine Art „Sturmgebet“ werden. Als in unserer Pfarrei im Jahre 1973 das Rosenkranzgebet aufgegeben wurde, brauchte man drei Jahre, bis wir es wieder einführen konnten als „Gebet für die Priester und um Priesternachwuchs“. Jetzt halten wir die Rosenkranzandacht in diesem Anliegen schon wieder seit 1976.

Die Zeit drängt. Bereits seit zehn Jahren versuche ich, andere zum Mitmachen anzuregen zu den verschiedenen Vorschlägen. Es kommt kaum vor, daß ich jemand überzeugen kann. Groß ist die Kleingläubigkeit, und es glaubt kaum jemand wirklich, daß sich der Berg auch ins Tal stürzen würde. . . Und trotzdem ist es so.

Aber die Zeit drängt. Wir haben nicht mehr viel Zeit. Alles hat seine Zeit. Ist der Zeitpunkt dann überschritten, dann gibt es kein Zurück mehr. Mit anderen Worten: Warten wir noch länger und unternehmen nichts, dann wird sich der Abfall steigern. Wir werden nichts mehr eindämmen können. Die Frage wird dann bleiben: Warum bist du nicht der Hüter deines Bruders gewesen?

„Empfang im Dom“. Herrn Stadtdekan Greef ist es zu verdanken, nach französischem Vorbild den „Empfang im Dom“ auch im Frankfurter Dom eingerichtet zu haben.

Wir sind 6 Helfer dabei, alles Rentner. Zweistundenweise sind wir dann im Dom und geben Auskunft, wenn wir gefragt werden, oder beginnen Gespräche mit den Besuchern. Ich bin am Mittwoch, 27. 1. um 15 Uhr wieder dran.

Auf der einen Seite verlassen die Menschen in Scharen die Kirche, andererseits kommen sie freiwillig wieder in Scharen zu uns in die großen Dome und in andere bedeutende und bekannte Kirchen. Diese Möglichkeit sollten wir doch benutzen, ihnen auch etwas von uns mitzugeben, ihnen einen religiösen Anstoß zu vermitteln. Domus Dei, domus orationis est!

Kommunionhelfer. Mit den Kommunionhelfern haben wir als Kirche eine „Truppe“, in der alle Schichten vertreten sind. Wir sind uns noch gar nicht bewußt geworden, was sie darstellen. Es sind alles engagierte und gläubige Menschen. Nur: Die Kommunionhelfer wurden ins Leben gerufen, und dann hat man sie sich selbst überlassen. Meist gibt es keine Schulung und Vertiefung, sie kommen höchstens zusammen, um ihre Termine einzutragen. Mir ist es nach Jahren vergeblichen Mühens gelungen, daß für unsere beiden benachbarten Bezirke — Hochaunus und Maintaunus — Einkehrtage für Kommunionhelfer gehalten wurden. Alles war überrascht, bei den bisher zwei Treffen nahmen jedesmal 150 Helfer teil.

Es besteht also unter den Kommunionhelfern ein Bedarf nach solchen Einkehrtagen.

Nun könnte man die Kommunionhelfer, die noch mehr wollen, in einer Bruderschaft zusammenfassen, eventuell auch in einer schon bestehenden. Dazu würde sich die Johannesbruderschaft anbieten.

Mit diesen Vorschlägen will ich es bewenden lassen.

Zum Schluß möchte ich Ihnen noch ein Erlebnis anvertrauen, aus dem Sie ersehen werden, daß ich gar nicht anders kann, als so aufzutreten.

Ich habe bisher drei Herzinfarkte erlitten, und für mich ist es ein Wunder, daß ich überhaupt noch lebe. Eine Herz-(Bypass-)Operation durch tüchtige Ärzte hat mich gerettet. Und jetzt: In der Morgenfrühe des 5. November 1985 kam ich in einer Intensivstation der

Frankfurter Uni-Klinik nach langer Narkose (20 Stunden) wieder zu mir. Ich bekam meine Sachen wieder, darunter auch das Taschenbuch der Aktion 365, 365× Gottes Wort.

Die Tageslesung für den 5.11.85 war folgende:

Ez. 36,26: Ich nehme das Herz von Stein aus eurer Brust und gebe euch ein Herz von Fleisch.

Mit frohem Gruß

Frieden

Die andere deutsche Armee

Auftrag und Legitimation der Nationalen Volksarmee

Karl-Wilhelm Becker

Der Beginn der „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa — KVAE“ am 17. Januar 1984 in Stockholm und die Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen über die Reduzierung strategischer Nuklearsysteme — START — und Mittelstreckenraketen haben eine militärische und politische Entspannung zwischen Ost und West geschaffen. Hierbei wurde die Konferenz von Stockholm zu einem neuen Ansatz der Rüstungskontrolle durch Vertrauensbildung. Der Besuch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik Erich Honecker vom 7. bis 11. September 1987 macht deutlich, wie weit die Entspannung in Europa und zwischen den beiden deutschen Staaten gediehen ist. Daher war es fast selbstverständlich, daß zwei Stabsoffiziere der Nationalen Volksarmee — NVA genannt — als Beobachter an den Manövern der Bundeswehr im Jahre 1987 zum ersten Mal teilnahmen. Hierbei handelte es sich um Oberst Helmut Rielicke, den Stabschef des Stabes des Militärbezirks Leipzig, und Oberst Johannes Teschner als Vertreter des Ministeriums für Nationale Verteidigung — MFNV — der DDR.

Zunächst muß man die Feststellung treffen, daß die NVA preußisch in der Form und kommunistisch im Inhalt ist. Wenn man auf dem Landwege zwischen dem Bundesgebiet und West-Berlin am Transitverkehr teilnimmt, der durch das Gebiet der DDR führt, oder zu Besuch in den anderen deutschen Staat fährt, macht man wahrscheinlich erstmalig die Bekanntschaft mit den anderen deutschen Soldaten. Sie sind es, die Wache stehen an der Grenze zur DDR, auf den Wachtürmen, die den Kontrollstellen vorgelagert sind und die an den Kontrollstellen selbst die Reisenden zur Erledigung der Paßformalitäten „in Empfang nehmen“. Für die Älteren von uns, die noch in der Wehrmacht bis 1945 gedient haben, sind diese Uniformen und Rangabzeichen etwas Bekanntes — aus einer längst vergangenen Zeit. Den Jüngeren sagen aber — in einer Zeit, in der zumindest in Westeuropa die Kontrollen an den Grenzen mehr und mehr abgebaut werden — das Feldgrau der Waffenröcke, die Breecheshosen der Offiziere und die Litzen und Sterne auf den Schulterstücken recht wenig.

Diese Soldaten, die an dieser Grenze Wache stehen, sind jedoch keine „normalen“ Waffenträger. Ihre grüne Waffenfarbe, die das Mützenband, die Borten und Ärmelstreifen haben, weisen sie als Angehörige der „Grenztruppen der DDR“ aus. Sie sind eine Spezialeinheit des Verteidigungsministeriums und diesem voll und ganz unterstellt. Sie haben nicht nur die Grenzübergangsstellen unter ihrer Kontrolle, sondern sie bewachen auch die knapp 1400 km lange Grenze zwischen beiden deutschen Staaten, die mit ihren Metallgitterzäunen, Betonspermmauern, Wachtürmen, Bunkern, elektrischen und akustischen Si-

gnaleinrichtungen sowie Hundelaufanlagen auch im Zeichen von Glasnost eine der undurchdringlichsten und unmenschlichsten Grenzen in unserer Welt ist. Denjenigen, die die DDR nicht nur im Transit durchqueren, sondern das Land besuchen, kommen die Uniformen der Armee nicht mehr aus den Augen. Die Soldaten der NVA sind unübersehbar in der ganzen Republik, da das ständige Tragen der Uniform Pflicht ist.

Allgemein ist der Wissensstand über die Nationale Volksarmee in der Bundesrepublik und in Westeuropa nicht sehr groß. Im deutschen Sprachraum gibt es nur wenige Veröffentlichungen, die sich mit der anderen deutschen Armee befassen und auseinandersetzen. Nur in militärischen Fachkreisen wird sie mit Interesse wahrgenommen und analysiert. Diese allgemein bestehende Wissenslücke möchte der Verfasser mit dieser Arbeit schließen helfen. Nur einen Monat nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht am Ende des Zweiten Weltkrieges übernahmen die vier alliierten Großmächte — die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion — am 5. Juni 1945 die Regierungsgewalt. Die Oberbefehlshaber ihrer Armeen in dem von ihnen besetzten Land unterzeichneten an diesem Tag die „Erklärung über das Kontrollverfahren in Deutschland“. In Berlin wurde ein Allierter Kontrollrat aus Vertretern der vier Besatzungsmächte gebildet, der nur einstimmige Entscheidungen treffen konnte. Deutschland wurde in Besatzungszonen aufgeteilt. Durch das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 wurden rund 25 Prozent seines Staatsgebietes in den Grenzen von 1937 polnischer bzw. sowjetischer Verwaltung unterstellt. Die östlich der Oder-Neiße-Grenze gelegenen Provinzen Schlesien, Ost-Brandenburg, Pommern und der größte Teil Ostpreußens wurde von Polen, der nördliche Teil von der Sowjetunion verwaltet. Die Festlegung der endgültigen deutschen Grenze sollte nach diesem Abkommen einer Friedenskonferenz — zu der es 42 Jahre nach dem Potsdamer Abkommen bis heute nicht gekommen ist — vorbehalten bleiben. Die Alliierten gewannen den Krieg — verloren aber den Frieden. Gleichzeitig wurde die völlige Entwaffnung, Entnazifizierung und Demokratisierung des deutschen Volkes befohlen.

Es kam jedoch — für alle Beteiligten völlig überraschend — ganz anders, wie wir heute zurückschauend feststellen können. Beide deutschen Staaten wurden so schnell wie möglich wiederbewaffnet. Schon 1946 wurden im Rahmen der Innenverwaltung der damaligen sowjetischen Besatzung eine kasernierte deutsche Grenzpolizei — Vorläufer der Grenztruppen der DDR im Rahmen der NVA — und wenig später die kasernierte Bereitschaftspolizei gebildet. Das waren die militärischen Kader, die später der NVA eine solide Grundlage boten. Bereits im Jahre 1950 hatte die DDR schon 39 Bereitschaften, 12 Waffenschulen, 12 Offiziersschulen und 5 Sonderschulen mit einer Gesamtpersonalstärke von 70 000 Mann aufgestellt. Die Grenzpolizei hatte einen Personalbestand von 18 000 Mann, die der vorstehend genannten Zahl hinzugerechnet werden müssen. Mehr als bezeichnend für die damalige Situation in Westdeutschland war das im Dezember 1949 erlassene Gesetz Nr. 16 der Alliierten Hohen Kommission, das unter Androhung schwerer Strafen jede Tätigkeit verbot, „die sich unmittelbar oder mittelbar damit befaßt, die Theorie, die Grundgesetze oder die Technik des Krieges zu lehren, oder die darauf abzielt, irgendwelche kriegerische Betätigung vorzubereiten oder das Wiederaufleben des Militarismus zu fördern“.

Im Jahre 1950 — fünf Jahre nach der Kapitulation und nach der Zerschlagung der deutschen Wehrmacht und der völligen Entwaffnung des deutschen Volkes — führten die Überlegungen des Westens, ob die Bundesrepublik Deutschland auch wieder militärisch bewaffnet werden solle, zu einer ersten Entscheidung. Nach dem kommunistischen Überfall in Korea am 25. Juni 1950 und angesichts der fortschreitenden Aufrüstung in der DDR stimmte die New Yorker Außenministerkonferenz im September 1950 einem Beschluß zu, der die Aufstellung kasernierter Polizeikräfte mit einer Gesamtstärke von 30 000 Mann vorsah. Am 16. März 1951 verkündete der Bundespräsident das Gesetz über den Bundesgrenzschutz und die Einrichtung von Bundesgrenzschutzbehörden. Vorgesehen waren 10 000 Mann. Die Bundesländer stimmten nur zögernd der Aufstellung einer ländereigenen Bereitschaftspolizei von insgesamt 10 000 Mann zu. So begann die Wiederaufrüstung in beiden Teilen Deutschlands.

In der DDR wurde der Aufbau der Streitkräfte ab 1952 offen, wenn auch noch unter der Tarnbezeichnung Kasernierte Volkspolizei — KVP — nach militärischen Erfordernissen fortgesetzt. Nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953, bei dem die KVP die in sie gesetzten Hoffnungen als SED-Parteitruppe nicht erfüllte, wurden in einer großen Säuberungsaktion 12 000 Mann aller Dienstgrade als „unzuverlässige Elemente“ entlassen. Die Überwachung durch sowjetische „Berater“ wurde vorübergehend verstärkt. Der nächste organisatorische Schritt erfolgte im September 1953. Aus verschiedenen Behörden wurde eine zentrale Kommandobehörde im Rahmen des Ministeriums des Inneren mit der Bezeichnung Ministerium des Inneren/Kasernierte Volkspolizei — MDI/KVP — geschaffen. Am 18. Januar 1956 verabschiedete die Volkskammer der DDR das Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee und des Ministeriums für Nationale Verteidigung. Propagandistisch wurde dieser „spontane“ Akt als angebliche Demonstration auf die in der Bundesrepublik Deutschland geführten Diskussionen über die Notwendigkeit eines deutschen Beitrages im Rahmen einer westlichen Verteidigungsorganisation der Öffentlichkeit vorgestellt. In Wirklichkeit waren jedoch die ersten großen Aufbauphasen der DDR-Streitkräfte zu Beginn des Jahres 1956 bereits abgeschlossen. Ihre Gesamtstärken betrugen insgesamt 120 000 Mann. In der Bundesrepublik begann man zur gleichen Zeit damit, die ersten 1 000 Freiwilligen für die Aufstellung einer Bundeswehr einzuberufen. Diesen Umstand sollte man auch zur heutigen Zeit immer wieder in Erinnerung rufen, wenn nicht immer sehr sachlich über Rüstung und Aufrüstung in der Bundesrepublik diskutiert und gestritten wird.

Das Ministerium für Nationale Verteidigung — MfNA — wurde aus dem bisherigen Oberkommando der KVP gebildet. Seine Leitung übernahm damals der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats, Generaloberst Willi Stoph, dem als Chef des Hauptstabes des Ministeriums für Nationale Verteidigung — wie bisher in der KVP — Generalleutnant Vincenz Müller — ehemals Generalleutnant der deutschen Wehrmacht und Mitglied des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ — und als stellvertretender Stabschef Generalmajor Bernhard Bechler — ehemaliger Major der deutschen Wehrmacht und ebenfalls Mitglied des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ — zur Seite standen. So standen auf bei-

den Seiten ehemalige Soldaten der deutschen Wehrmacht beim Wiederaufbau der beiden deutschen Streitkräfte an der Wiege der zwei deutschen Armeen.

In der DDR wurde als Uniform der NVA die Uniform der früheren deutschen Wehrmacht eingeführt. Der Stahlhelm war neu — aber auch eine Weiterentwicklung des alten Stahlhelms durch das Rüstungsamt des Heeres im Zweiten Weltkrieg, der bereits damals an die Wirkungen der neuen Waffen angepaßt werden sollte. Mit dieser Uniform sollte nach innen und außen der nationale Charakter der NVA im Sinne der Anerkennungs- und Souveränitätspolitik hervorgehoben werden. Von der Bevölkerung erhofften sich die SED-Funktionäre offensichtlich durch die zur Schau gestellte Fortführung deutscher Militärtraditionen Zustimmung zu den bisher unpopulären Streitkräften. Eine verpaßte Gelegenheit für die Bundeswehr, die es sich in Sachen Tradition bis heute noch außerordentlich schwer macht. In der DDR war und ist man — um mit Konrad Adenauer zu sprechen — gar nicht „pingelig“, wenn es um Geschichte und Tradition bei der NVA geht.

Das Gesetz zur Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik — Verteidigungsgesetz — setzte die Militarisierung der DDR fort und bestätigte die Notstandsvollmachten des Nationalen Verteidigungsrates und des Staatsrates. „Im Falle der Gefahr oder Auslösung eines Angriffs gegen die Deutsche Demokratische Republik oder in Erfüllung internationaler Bündnisverpflichtungen“ kann der Staatsrat den Verteidigungszustand — nach § 4 Abs. 1 — erklären. Da zum Beispiel die Sperrmaßnahmen vom 13. August 1961 mit einem angeblich vom Westen vorbereiteten Angriff gegen die DDR — was eine völlig unwahre Behauptung darstellt — begründet wurden und auch der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 angeblich von westlichen Provokateuren ausgelöst worden war, bietet die Formel „im Falle der Gefahr oder eines Angriffs“ auch die Möglichkeit eines Einschreitens gegen innere Unruhen. Der Staatsrat kann für die Dauer des Verteidigungszustandes „die Rechte der Bürger und die Rechtspflege in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der Verteidigung der Republik abweichend von der Verfassung regeln“ — so im § 4 Abs. 3 des Verteidigungsgesetzes. Als 17 Jahre später — am 13. Oktober 1978 — ein neues Verteidigungsgesetz erlassen wurde, brachte es im Prinzip nichts Neues, verstärkte jedoch die bereits im Gesetz von 1961 vorhandene entschiedene Militarisierungstendenz von Staat und Gesellschaft. Das Wehrpflichtgesetz vom 24. Januar 1962 wurde am 25. März 1982 durch das Gesetz über den Wehrdienst in der Deutschen Demokratischen Republik umfassend neu geregelt. Es bekräftigt die Pflicht jeden Bürgers zum Wehrdienst in der NVA, der aber auch in den anderen bewaffneten Organen oder im Luftschutz — Zivilverteidigung — abgeleistet werden kann. Alle Bürger der Deutschen Demokratischen Republik haben unabhängig von der allgemeinen Wehrpflicht das Recht, auf Grund ihrer freien Entscheidung Wehrdienst zu leisten. Für weibliche Bürger gelten in diesen Fällen die Festlegungen für die männlichen Bürger entsprechend.

Wehrdienst- und Kriegsdienstverweigerer gibt es im Sprachgebrauch der DDR nicht. Das Wehrdienstgesetz vom 25. März 1982 enthält auch keine Bestimmung über einen waffenlosen Wehersatzdienst oder Wehrdienst, wie er gegenwärtig noch in den Baueinheiten der NVA möglich ist. Allerdings ist die Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates

vom 7. September 1964 über die Baueinheiten durch das neue Gesetz nicht aufgehoben worden. Der Nationale Verteidigungsrat kann Sonderregelungen „für Besonderheiten dieses Dienstes, die einzelnen Regelungen dieses Gesetzes nicht entsprechen“, erlassen. Während der Wehrersatzdienst im Ministerium für Staatssicherheit, bei der Volks- und Transportpolizei dem Grundwehrdienst in der NVA vergleichbar ist, zeigt der Dienst in den Baueinheiten Abweichungen. Die „Bausoldaten“ sind Wehrpflichtige, die aus „religiösen Anschauungen oder aus ähnlichen Gründen“ den Wehrdienst mit der Waffe ablehnen. Status und Funktion der Bausoldaten werden deutlich, wenn man die wesentlichen Bestimmungen über die Baueinheiten betrachtet.

Der Dienst in den Baueinheiten ist — ebenso wie der Dienst im Ministerium für Staatssicherheit, in den VP-Bereitschaften und den Kompanien der Transportpolizei — Wehrersatzdienst im Sinne des § 25 des Wehrpflichtgesetzes von 1964: Sie werden herangezogen für den Bau militärischer Anlagen, die Beseitigung von Übungsschäden und zum Katastropheneinsatz. Der Dienst erfolgt ohne Waffe. Die Angehörigen der Baueinheiten tragen den Dienstgrad „Bausoldat“; sie leisten keinen Fahneid, sondern legen ein Gelöbnis ab. Ihre Vorgesetzten sind „bewährte Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere der Nationalen Volksarmee“. Sie tragen Uniformen mit der „Waffenfarbe Oliv“ und zusätzlich besondere Kennzeichen. Neben der Arbeitsleistung werden sie auf nachstehend aufgeführten Gebieten ausgebildet: staatspolitische Schulung, Schulung über gesetzliche und militärische Bestimmungen, Exerzierausbildung ohne Waffe, militärische Körperertüchtigung, Pionierdienst und spezialfachliche Ausbildung, Schutzausbildung und Ausbildung in erster Hilfe. Für die Bausoldaten gelten die gleichen gesetzlichen und militärischen Bestimmungen wie für die Soldaten des Grundwehrdienstes, soweit sie nicht in dieser Verordnung ausdrücklich anders festgelegt sind. Daß die Angehörigen der Baueinheiten für militärische Zwecke genutzt werden, beweist der Text ihres gesetzlich vorgeschriebenen Gelöbnisses, in dem es u. a. heißt: „Ich gelobe: als Angehöriger der Baueinheiten durch gute Arbeitsleistungen aktiv dazu beizutragen, daß die Nationale Volksarmee an der Seite der Sowjetarmee und der Armeen der mit uns verbündeten sozialistischen Länder den sozialistischen Staat gegen alle Feinde verteidigen und den Sieg erringen kann.“

Alle DDR-Bürger, die aus religiösen oder anderen Motiven jeden militärischen Dienst verweigern, werden mit Haftstrafen belegt, deren Dauer im allgemeinen die des Grundwehrdienstes — 18 Monate — übersteigt. Ein von christlicher Seite vorgeschlagener „Sozialer Friedensdienst“ wurde bisher nicht zugelassen, für einen zivilen Wehrersatzdienst, wie ihn auch die den Kirchen verbundenen Jugendlichen unter dem Friedenszeichen „Schwerter zu Pflugscharen“ fordern, fehlt es aber auch in der Bevölkerung an der hierfür erforderlichen Basis. Wehrpflichtige, die den Wehrdienst mit der Waffe ablehnen, haben im Zivilleben erhebliche Nachteile zu erwarten. So wird ihnen der Zugang zum Studium an einer Hoch- und Fachschule oder eine qualifizierte Berufsausbildung gänzlich untersagt oder sehr erheblich erschwert.

Während die Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit in der Bundeswehr einen Diensteid zu schwören haben, bekennen sich die Soldaten, die auf Grund der Wehrpflicht Wehrdienst

leisten, zu ihren Pflichten durch ein Gelöbnis. Der Eid lautet: „Ich schwöre, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen, so wahr mir Gott helfe.“ Der Eid kann auch ohne die Worte „so wahr mir Gott helfe“ geleistet werden. Gestattet ein Bundesgesetz den Mitgliedern einer Religionsgesellschaft, an Stelle des Wortes „ich schwöre“ andere Beteuerungsformeln zu gebrauchen, so kann das Mitglied einer solchen Religionsgemeinschaft diese Beteuerungsformeln sprechen. Im feierlichen Gelöbnis heißt es: „Ich gelobe, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.“ Warum hier keine Vereidigung stattfindet — im Gegensatz zur DDR. —, ist aus heutiger Sicht wahrscheinlich nicht mehr genau zu erklären.

In der Deutschen Demokratischen Republik gibt es auch heute noch — in einer alten preußischen Tradition — den Fahneneid. Er lautet: „Ich schwöre: Der deutschen Demokratischen Republik, meinem Vaterland, allzeit treu zu dienen und sie auf Befehl der Arbeiter- und Bauern-Regierung gegen jeden Feind zu schützen. Ich schwöre: An der Seite der Sowjetarmee und der Armeen der mit uns verbündeten sozialistischen Länder als Soldat der Nationalen Volksarmee jederzeit bereit zu sein, den Sozialismus gegen alle Feinde zu verteidigen und mein Leben zur Erringung des Sieges einzusetzen. Ich schwöre: Ein ehrlicher, tapferer und wachsamer Soldat zu sein, den militärischen Vorgesetzten unbedingten Gehorsam zu leisten, die Befehle mit aller Entschlossenheit zu erfüllen und die militärischen und staatlichen Geheimnisse immer streng zu wahren. Ich schwöre: Die militärischen Kenntnisse gewissenhaft zu erwerben, die militärischen Vorschriften zu erfüllen und immer und überall die Ehre unserer Republik und ihrer Nationalen Volksarmee zu wahren. Sollte ich jemals diesen meinen feierlichen Fahneneid verletzen, so möge mich die harte Strafe der Gesetze unserer Republik und die Verachtung des werktätigen Volkes treffen.“

Die Nationale Volksarmee — NVA — ist nicht in Armeekorps, sondern — sowjetischem Beispiel folgend — in Militärbezirke gegliedert, wobei das Ministerium für Nationale Verteidigung mit seinem Hauptstab den Militärbezirk I bildet. Die Landstreitkräfte — das Heer — sind in die Militärbezirke III — Leipzig — und V — Neubrandenburg aufgeteilt. Diese beiden Militärbezirke verfügen über je zwei Motorisierte Schützendivisionen und eine Panzerdivision sowie Unterstützungstruppen. Die Landstreitkräfte gehören im Rahmen des Warschauer Pakts zusammen mit der „Gruppe sowjetischer Streitkräfte in Deutschland“ — GSSD — zur „Ersten strategischen Staffel“ der sozialistisch-kommunistischen Bündnis-Armeen. Am 1. September 1983 wurde mit der vierjährigen Hochschulausbildung von Offiziersschülern begonnen. Sie schließt nunmehr mit der Ernennung zum Leutnant und mit der Verleihung eines Diploms ab. Damit wurde — so die NVA — der wichtigste Schritt getan, die Erziehung, Ausbildung und Forschung an den Offiziershochschulen entsprechend den neuen Maßstäben zu qualifizieren. Im weiteren konzentrieren die Offiziershochschulen der DDR ihre Bemühungen darauf, das erforderliche hohe Niveau von kommunistischer Erziehung, theoretischer Bildung und praktischer militärischer Befähigung zu gewährleisten und der Einheit dieser Bestandteile des Ausbildungs-

prozesses umfassend und so effektiv wie möglich Rechnung zu tragen. Der Inhalt der ingenieurtechnischen Grundlagenausbildung sowie der militärwissenschaftlichen, gesellschaftswissenschaftlichen, militärtechnischen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Ausbildung wurde erweitert. Als Ziel der Ausbildung und Erziehung ist zu erreichen, daß die künftigen Offiziere den Aufgaben der achtziger und neunziger Jahre gewachsen sind. Sie bekommen dazu den notwendigen Bildungsvorlauf und werden auf die erweiterten Einsatzmöglichkeiten in der Truppe vorbereitet.

Ebenfalls am 1. September 1983 begann die Ausbildung von Politoffizieren an den Offiziershochschulen der Teilstreitkräfte. Nunmehr erhalten die künftigen Politoffiziere eine mehrjährige fachspezifische Ausbildung, um als Stellvertreter des Kommandeurs für politische Arbeit in einer Kompanie, in einer Staffel, auf einem Schiff oder an anderer verantwortlicher Stelle als hauptamtlicher Parteifunktionär zu wirken. Etwa die Hälfte der Ausbildungszeit steht für die gesellschaftswissenschaftliche Ausbildung zur Verfügung. Selbstverständlich erlernen die zukünftigen Politoffiziere zugleich gründlich das „Militärische Handwerk“ ihrer Waffengattung. Etwas ähnliches führte ein Erlaß vom 22. Dezember 1943 in der deutschen Wehrmacht mit dem Nationalsozialistischen Führungsoffizier — NSFO — ein. Dieser — ein Unikum in der deutschen Militärgeschichte — war ebenfalls erster Gehilfe und ständiger Berater des jeweiligen Kommandeurs.

Erstmalig bewarben sich 1983 auch weibliche Offiziersschüler und nahmen 1984 das Studium an einigen Studienrichtungen auf. Sie hatten sich in der Überzeugung zu diesem Schritt entschlossen, daß Frauen auch als Offiziere der NVA einen gewichtigen persönlichen Beitrag zur sozialistischen Landesverteidigung leisten können. Sie waren fest entschlossen, dafür den Beweis mit vorbildlichen Leistungen anzutreten. Es gehört eigentlich zum Selbstverständnis — auch im Rahmen der Gleichberechtigung — daß auch in allen westlichen Demokratien Frauen als Soldaten und Offiziere in den Streitkräften ihres jeweiligen Landes dienen können. Sogar die neutrale Schweiz hat einen weiblichen General. Daher ist es mehr als merkwürdig, daß gerade in unserem demokratischen Staat, der ja ganz besonders für die Gleichberechtigung der Frau eintritt, dieser Dienst in der Bundeswehr so außerordentlich konträr diskutiert und sogar befehdet wird. Auch hier sollten Staat und Gesellschaft für mehr Gleichberechtigung sorgen.

Die Offiziere der NVA werden an den nachstehend aufgeführten Hochschulen ausgebildet: Offiziershochschule der Landstreitkräfte der NVA „Ernst Thälmann“ in Löbau, Offiziershochschule der LSK/LV der NVA „Franz Mehring“ in Kamenz, Offiziershochschule der Volksmarine der NVA „Karl Liebknecht“ in Stralsund, Militärmedizinische Sektion der Ernst-Moritz-Arndt Universität in Greifswald und an den Offiziershochschulen des Ministeriums für Verteidigung der UdSSR — hier werden z.B. Offiziere für Spezialverwendungen, u.a. Kommandeure von Einheiten des Militärtopographischen Dienstes und Offiziere für Mechanisierung und Automatisierung der Truppenführung, ausgebildet. Dies hat eine fast 65jährige Tradition, da die höheren Panzerkommandeure des Zweiten Weltkrieges — ab 1922 —, die aus der Reichswehr kamen, ebenfalls in Rußland ausgebildet wurden. Weitere Offiziersausbildung findet an der Humboldt-Universität zu Berlin, an

der Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“ in Berlin, an der Deutschen Hochschule für Körperkultur zu Leipzig, an der Karl-Marx-Universität Leipzig, an der Ingenieurschule für Bauwesen Cottbus und an der Technischen Hochschule „Otto von Guericke“ in Magdeburg statt. An der Technischen Hochschule Dresden werden Offiziere für Mechanisierung und Automatisierung der Truppenführung und an der Technischen Hochschule Leipzig Kommandeure von Einheiten des Militärtopographischen Dienstes ausgebildet.

Die „Luftstreitkräfte/Luftverteidigung“ der NVA sind im Militärbezirk II zusammengefaßt. Die Seestreitkräfte der NVA, seit 1960 in Erinnerung an den Kieler Matrosenaufstand von 1918 als „Volksmarine“ bezeichnet, bilden den Militärbezirk IV. Zur NVA gehören verschiedene Spezialverbände, u. a. auch das als Eliteformation geltende Fallschirmjägerbataillon, das auf der Insel Rügen stationiert ist. Zur Offiziersausbildung ist noch zu ergänzen, daß die für höhere Aufgaben vorgesehenen Offiziere die Militärakademie „Friedrich Engels“ in Dresden und gegebenenfalls auch Offiziershochschulen und -akademien in der Sowjetunion besuchen. Alle Politoffiziere erhalten ihre weitere Ausbildung an der Militärpolitischen Hochschule „Karl Marx“.

Die obersten Führungs- und Kontrollorgane der DDR für die Landesverteidigung sind: das Politbüro des Zentralkomitees der SED (Generalsekretär des ZK der SED ist Politbüromitglied Erich Honecker); der Staatsrat der DDR, der Vorsitzende ist ebenfalls Erich Honecker; der Nationale Verteidigungsrat, auch hier ist Erich Honecker der Vorsitzende; der Ministerrat der DDR mit Politbüromitglied Generaloberst Willi Stoph an der Spitze und das Ministerium für Nationale Verteidigung. Minister für Nationale Verteidigung ist seit dem 3. Dezember 1985 — ein Tag nach dem Ableben von Minister Armeegeneral Hoffmann — Armeegeneral Heinz Kessler, der am 26. Januar 1920 in Lauban, Schlesien, geboren wurde. Er wurde im zweiten Weltkrieg zur Wehrmacht eingezogen und lief — als junger Kommunist — am 17. Juli 1941 bei Nowobeliza — in der Nähe von Gomel in Belorußland — zur Roten Armee über. Nach einem Antifa-Lehrgang in Moskau war er einer der Mitbegründer des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD). Stellvertreter des Ministers sind Generalleutnant Klaus-Dieter Baumgarten, Generaloberst Horst Brünner, Admiral Dr. Wilhelm Ehm, Generaloberst Joachim Goldbach, Generalleutnant Manfred Grätz, Generaloberst Wolfgang Reinhold, Generaloberst Horst Stechbart, Generaloberst Fritz Strelitz und Generalleutnant Fritz Peter als Leiter der Zivilverteidigung. Stadtkommandant von Ostberlin ist Generalleutnant Karl-Heinz Drews.

An dieser Stelle dürfte es angebracht sein, zunächst einmal die Dienstgrade der NVA vorzustellen. Wir finden hier in der Rangfolge den Soldaten, den Gefreiten, den Stabsgefreiten, den Unteroffizier, den Unterfeldwebel, den Feldwebel, den Oberfeldwebel und den Stabsfeldwebel. Der Hauptfeldwebel trägt die bekannten Ärmelstreifen — auch Kolbenringe genannt. Dann gibt es Abzeichen für Soldaten auf Zeit und Unteroffiziere, Unteroffizierschüler, Fähnrichsschüler und Offiziersschüler. Bei den Offiziersschülern gibt es besondere Zeichen auf den Achselklappen für das erste und zweite Studienjahr. Eine besondere Ranggruppe bilden in der NVA die Fähnriche. Der Dienstgrad Fähnrich ist hier

nicht mehr die Vorstufe zum Offizier. Er steht als selbständiger Rang zwischen den Unteroffizieren und den Offizieren — etwa so wie im alten preußischen Heer vor 1918 die Offiziersstellvertreter oder die Feldwebelleutnants. Hierbei gibt es die Dienstgrade Fähnrich, Oberfähnrich, Stabsfähnrich und Stabsoberfähnrich. Die Fähnriche haben zusätzlich noch ein besonderes Ärmelabzeichen. Sie tragen ein schmaleres Achselstück als die Offiziere, das von der jeweiligen Waffenfarbe eingefasst ist.

Die Offiziersdienstgrade beginnen mit dem Unterleutnant, den es bei der Bundeswehr nicht gibt. Weiter geht es dann mit dem Leutnant, dem Oberleutnant und dem Hauptmann. Die Stabsoffiziere beginnen mit dem Major, dann kommt der Oberstleutnant und der Oberst. Bei der Generalität finden wir den Generalmajor, den Generalleutnant, den Generaloberst sowie den Armeegeneral. Vor kurzem hat die DDR auch den Rang eines Marschalls eingeführt, der aber bis heute noch nicht verliehen worden ist. Der Rang des Marschalls ist auch alte preußische Tradition — man braucht nur an den Helden des Befreiungskrieges von 1813 zu erinnern, den „Marschall Vorwärts“ Fürst Gebhard Lebrecht von Blücher, der mit der preußischen Armee entscheidend zum Sieg über Napoleon bei Waterloo beitrug.

Bei der Volksmarine der DDR gibt es die Dienstgrade Matrose, Obermatrose, Stabsmatrose, Maat, Obermaat, Meister, Obermeister, Stabsobermeister, Fähnrich, Oberfähnrich, Stabsoberfähnrich, wobei die Fähnriche — wie beim Heer — ebenfalls noch zusätzlich ein Ärmelabzeichen haben. Der Dienstgrad Meister ist ein Feldwebeldienstgrad und in unserer Marine nicht vorhanden. Die Fähnriche stehen auch hier zwischen Unteroffizier und Offizier. Die Dienstgrade der Offiziere sind Unterleutnant, Leutnant, Oberleutnant, Kapitänleutnant, Korvettenkapitän, Fregattenkapitän, Kapitän zur See, Konteradmiral, Vizeadmiral, Admiral und Flottenadmiral, dem früheren Generaladmiral der deutschen Flotte ähnlich. Hinzu kommen die Ärmelstreifen bei den Fähnrichen und Offizieren und die verschiedenen Dienstlaufbahnabzeichen sowie die Abzeichen für Sonderausbildung der Volksmarine.

In der DDR ist die Volkskammer nach der Verfassung das „oberste staatliche Machtorgan“ und das „einzige verfassungs- und gesetzgebende Organ“ — Artikel 48 der Verfassung. Ihr ist auch der Staatsrat — Artikel 66 — der von ihr gewählt wird, ebenso verantwortlich wie der Nationale Verteidigungsrat. Aber entscheidende Rechte im militärischen Bereich können auch vom Staatsrat — Verhängung des Verteidigungszustandes — oder vom Nationalen Verteidigungsrat — Beschluß der allgemeinen oder teilweisen Mobilmachung — ausgeübt werden. Hierbei kann man nach Kenntnis der Verhältnisse in der DDR davon ausgehen, daß einmal beschlossene militärische Maßnahmen nachträglich von der Volkskammer gebilligt werden. Sieht man bei den vorstehend aufgeführten Organen vom Ministerium für Nationale Verteidigung ab, das im Gegensatz zur westlichen Praxis auch in der Spitze militärisch besetzt ist — was jedoch nicht im Gegensatz zu den philosophisch-militärpolitischen Überlegungen von Carl von Clausewitz in seinem grundlegenden Werk „Vom Kriege“ steht —, so handelt es sich hier um politische Instanzen, die nicht nur den Primat der Politik gegenüber den Militärs aufrechterhalten, sondern auch „militä-

risch führen“. Wir haben meines Erachtens diesen Primat der Politik — wie ihn Clausewitz fordert — falsch interpretiert. Bei uns wird die Bundeswehr eigentlich bürokratisch geführt. Was in der DDR unter „militärischer Führung“ verstanden wird, definiert das Grundsatzwerk „Das Moderne Militärwesen“ als „Gesamtheit der Maßnahmen, die zu treffen sind, den Handlungen der Streitkräfte sowie der anderen bewaffneten Organe des Staates zum Schutz der sozialistischen Errungenschaften und zur Vernichtung des Aggressors in einer möglichen bewaffneten Auseinandersetzung ein Ziel zu setzen und der Zielsetzung gemäß die Handlungen dieser Kräfte und Organe zu regeln und zu steuern“. Entsprechend der Struktur des kommunistischen Staates kommt den Richtlinien, Weisungen und Anordnungen des Zentralkomitees der SED in der „militärischen Führung“ die höchste Bedeutung zu. Das Politbüro ist dabei das eigentliche Führungsgremium innerhalb des ZK und bestimmt die Rolle der NVA innerhalb des Systems der Landesverteidigung für die jeweilige Phase. Es kontrolliert und überwacht die Durchführung seiner Beschlüsse in den Streitkräften und richtet die Angehörigen der NVA ideologisch aus. Verantwortlicher Sekretär für Sicherheit ist das Mitglied des Zentralkomitees der SED Egon Krenz. Die Führung und die Kontrolle der NVA durch die Partei ist ein Spezifikum des kommunistischen Staates.

Als Organ der Volkskammer hat der Staatsrat im Hinblick auf die „militärische Führung“ die nachstehend aufgeführten Aufgaben. Er ratifiziert und kündigt Staatsverträge und andere völkerrechtliche Verträge, für die die Ratifizierung vorgesehen ist — Artikel 66 Abs. 2 der DDR-Verfassung —, und er faßt grundsätzliche Beschlüsse zu Fragen der Landesverteidigung und Sicherheit des Landes. Er organisiert die Landesverteidigung mit Hilfe des Nationalen Verteidigungsrates. Er beruft die Mitglieder des Nationalen Verteidigungsrates, der der Volkskammer und dem Staatsrat verantwortlich ist, und er legt die militärischen Dienstgrade fest. Auch stiftet er staatliche Orden, Auszeichnungen und Ehrentitel, die von seinem Vorsitzenden verliehen werden.

Der Staatsrat ist im Dringlichkeitsfall berechtigt, „den Verteidigungszustand zu beschließen“, wenn eine Tagung oder die Herstellung der Beschlußfassung der Volkskammer auf Grund der Lage nicht möglich — § 4 Absatz 2 des Verteidigungsgesetzes — ist. Der Vorsitzende des Staatsrates verkündet den Verteidigungszustand — Artikel 2 Vf. Die Verkündung des Verteidigungszustandes durch den Vorsitzenden des Staatsrates ist an keine Form gebunden. Sie kann mit erforderlichen völkerrechtlichen Erklärungen verbunden werden nach § 4 Absatz 2 des Verteidigungsgesetzes. Der 1960 gebildete Nationale Verteidigungsrat hat mit dem Verteidigungsgesetz von 1978 erweiterte Rechte erhalten. So kann er vor allem „über die allgemeine oder teilweise Mobilmachung“ beschließen, wenn er das „auf Grund einer bedrohlichen Lage im Interesse der Landesverteidigung für erforderlich“ hält. Hat der Vorsitzende des Staatsrates — er ist zugleich Vorsitzender des Verteidigungsrates — im Beschluß des Staatsrates erst einmal in dringenden Fällen — unter Umgehung der Volkskammer — den Verteidigungszustand verkündet, so kann der Nationale Verteidigungsrat praktisch als Notstandsregierung diktatorisch weittragende Entscheidungen treffen. Zur Durchführung der Mobilmachung bzw. im Verteidigungszustand ist der Natio-

nale Verteidigungsrat in Wahrnehmung der ihm übertragenen Aufgaben berechtigt und verpflichtet, alle notwendigen Maßnahmen für die Landesverteidigung und den Schutz der sozialistischen Ordnung zu treffen, einschließlich solcher, die abweichend von Gesetzen oder anderen Rechtsvorschriften erforderlich sind. Die Volkskammer bzw. der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik fassen auf ihrer jeweils nächsten Sitzung die notwendigen Beschlüsse über die Tätigkeit des Nationalen Verteidigungsrates. Wie weit die Landesverteidigung in allen entscheidenden Bereichen bereits im Frieden von dem Nationalen Verteidigungsrat geleitet wird, sagt der Gesetzgeber ebenso eindeutig: „Dem Nationalen Verteidigungsrat der Deutschen Demokratischen Republik obliegt auf der Grundlage und in Durchführung der Gesetze und Beschlüsse der Volkskammer sowie der Beschlüsse des Staatsrates die zentrale Leitung der Verteidigungs- und Sicherheitsmaßnahmen. Er gewährleistet in Zusammenarbeit mit den anderen staatlichen Organen die Landesverteidigung und trifft die dazu erforderlichen Festlegungen, die für alle staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, Kombinate, Betriebe, Einrichtungen, Genossenschaften, gesellschaftlichen Organisationen, Vereinigungen und Bürger verbindlich sind. Dazu erläßt er Rechtsvorschriften in Form von Anordnungen und Beschlüssen.“ Er ist eine Art von Geheimkabinet, von dem nur der Vorsitzende, Erich Honnecker, in der Öffentlichkeit steht. Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates ist Generaloberst Fritz Streletz, einer der Stellvertreter von Armeegeneral Heinz Kessler. Gleichzeitig ist Streletz Chef des Hauptstabes der Nationalen Volksarmee.

Die höchste militärische Führungsspitze für die NVA ist das Ministerium für Nationale Verteidigung — kurz MfNA genannt. Es organisiert und leitet die Land-, Luft- und Seestreitkräfte der DDR. Es ist im wesentlichen nach sowjetischem Vorbild organisiert. So gibt es z.B. keine strenge Trennung zwischen Truppenführung und Wehrverwaltung. Ebenso bezeichnend ist, daß alle höheren Stellen im Ministerium — auch die mit Verwaltungsaufgaben — ausschließlich von Offizieren besetzt sind. So sind im MfNV in Strausberg bei Berlin — einige Dienststellen befinden sich in Ost-Berlin — über 3 200 Armeeangehörige, an die 100 sowjetische Offiziere und nur etwa 1 000 Zivilangestellte beschäftigt.

Das Ministerium gliedert sich in einen Hauptstab, zwei Hauptverwaltungen — die Politische Hauptverwaltung und die Hauptverwaltung Zivilverteidigung — sowie in Verwaltungen und Abteilungen von unterschiedlicher Bedeutung, Größe und Selbständigkeit. Diese Verwaltungen und Abteilungen unterstehen teils dem Minister unmittelbar, teils den Stellvertretern des Ministers bzw. den Chefs der Teilstreitkräfte, Hauptverwaltungen, Verwaltungen und Dienste. Dieses komplizierte Gliederungssystem der obersten Kommandobehörden der NVA ist einmal im sowjetischen Vorbild begründet. Dabei wurde eine vielfältige Überschneidung der Kompetenzen gewählt, um eine Verselbständigung der Streitkräfte auszuschließen — zum anderen spiegelt diese Gliederung die gegenläufigen Strömungen beim Aufbau der NVA wider: Die Verwaltungen und Abteilungen des MfNV lassen sich in verschiedene Gruppen zusammenfassen. Der Aufgabenbereich des Hauptstabes umfaßt alle diejenigen Gebiete, deren Bearbeitung für die Bewältigung der Aufgaben der Gesamtstreitkräfte erforderlich ist. Obwohl es seit einigen Jahren ein eige-

nes Kommando der Landstreitkräfte gibt, werden auch die operativen Aufgaben für die Führung der Landstreitkräfte auf höchster Ebene vom Chef des Hauptstabes bearbeitet. Hierzu unterstehen ihm die folgenden acht Verwaltungen und fünf Abteilungen: die Verwaltung Operativ, die Verwaltung Aufklärung, die Verwaltung Organisation, die Verwaltung Wehersatzwesen, die Verwaltung Nachrichtenwesen, die Verwaltung militärisches Transportwesen, die Verwaltung Militärwissenschaft, die Verwaltung Mechanisierung und Automatisierung der Truppenführung.

Dem Chef des Hauptstabes unterstehen u. a. die Abteilungen Kommandantendienst und Datenverarbeitung. Bei den Verwaltungen und Abteilungen, die den Chefs für Technik und Bewaffnung, für Ausbildung sowie für Rückwärtige Dienste unterstellt sind, ist besonders die Verwaltung, Planung und Koordinierung zu erwähnen. In dieser Verwaltung werden die gesamten Materialplanungen aller Waffengattungen koordiniert und nach Industriezweigen aufgeschlüsselt. Der Gesamtplan wird mit der Staatlichen Planungskommission abgestimmt und dann an die Abteilung Beschaffung im Bereich des Chefs Technik und Bewaffnung weitergegeben, der ihn dann zur Durchführung bringt. Ein besonderes Schwergewicht hat die Politische Hauptverwaltung des Ministeriums. Sie muß die gesamte politische Arbeit innerhalb der NVA leiten und kontrollieren. Da auch die militärischen Leistungen und das Verhalten jedes Soldaten eine „politische Angelegenheit“ ist, kümmert sich die Polithauptverwaltung praktisch um alles. Sie hat eine ganz besondere Bedeutung für den heutigen Charakter der Nationalen Volksarmee.

Das Kommando der Landstreitkräfte mit dem Sitz in Potsdam führt die Landstreitkräfte der DDR in den Militärbezirken III und V. Der Militärbezirk ist „eine höhere administrative territoriale Vereinigung von Verbänden, Truppenteilen, Einheiten und militärischen Einrichtungen verschiedener Waffengattungen, Spezialtruppen und Dienste“. Die in ihm versammelten Truppen und Dienste bilden jeweils ein Armeekorps. Insgesamt bestehen die Landstreitkräfte — wie vorstehend schon erwähnt — aus zwei Panzerdivisionen, 4 Motorisierten Schützendivisionen sowie den Heerestruppen und den Schulen. Die Panzer- und Mot. Schützendivisionen entsprechen in ihren Gunggliederungen den sowjetischen Streitkräften. Die Panzerdivision gliedert sich in 3 Panzerregimenter und ein motorisiertes — mot. — Schützenregiment, die mot. Schützendivision in ein Panzerregiment und 3 mot. Schützenregimenter. Die vier Heeresdivisionen verfügen über 3 100 Kampfpanzer moderner Bauart. Dazu kommen ältere Modelle, die zu Übungszwecken verwendet werden und eine „eingemottete“ Reserve an Kampfpanzern, mit denen die Reservisten im Mobilisierungsfall ausgerüstet werden.

Dem Ministerium für Nationale Verteidigung bzw. dem Kommando der Landstreitkräfte sind unmittelbar unterstellt: 2 Artilleriebrigaden mit operativ-taktischen Boden-Boden-Raketen auf Gleisketten-Selbstfahrlafetten mit dem Nato-Code SCUD, 2 Artillerieregimenter mit Zwillings-Fla-Raketen SA-4, 3 Nachrichtenregimenter, Pionierregimenter und 1 Pionierbataillon, 1 Eisenbahnregiment, 2 Panzerjägerbataillone und ein Luftlande-bataillon sowie verschiedene Heerestruppen. Der Militärbezirk III — Leipzig — umfaßt die 4. Mot.-Schützendivision, Erfurt; die 11. Mot. Schützendivision, Halle, und die 7. Panzer-

division, Dresden, sowie die unmittelbar unterstellten Armeetruppen. Der Militärbezirk V in Neubrandenburg besteht aus der 1. Mot. Schützendivision, Potsdam, der 8. Mot. Schützendivision, Schwerin, und der 9. Panzerdivision, Eggesin. Auch hier gibt es unmittelbar unterstellte Armeetruppen. Dem MfNV unterstehen noch direkt Offiziersschulen und andere Lehranstalten. Die oberste Kommandobehörde der Grenztruppen ist unter dem MfNV das Kommando der Grenztruppen in Pätz mit der Offiziershochschule der Grenztruppen „Rosa Luxemburg“ und einer Unteroffiziersschule. Chef der Grenztruppen ist Generalleutnant Klaus-Dieter Baumgarten, einer der Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung, Armeegeneral Heinz Kessler.

Die Luftstreitkräfte/Luftverteidigung bilden den Militärbezirk II. Das Kommando der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung in Eggersdorf verfügt über: 2 Luftverteidigungsdivisionen mit 6 Jagdfliegergeschwader zu 18 Staffeln, 4 Jagdbomberstaffeln, 1 Aufklärungsstaffel, 2 Fliegerausbildungsgeschwader, 1 Transportgeschwader zu 3 Transportstaffeln, 2 Hubschraubergeschwader mit 6 Hubschrauberstaffeln, 7 Fla-Raketenregimenter in rund 30 Fla-Raketenstellungen und 2 Radar-Nachrichtenregimenter. Hinzu kommen fliegerische Bataillone und Versorgungseinrichtungen der Bodenorganisationen. Die zentrale Aufgabe der NVA-Luftstreitkräfte/Luftverteidigung ist der Schutz des Luftraumes über dem eigenen Territorium gegen das Eindringen von gegnerischen Flugzeugen und Flugkörpern. Die Luftverteidigungsdivisionen und Fla-Raketentruppen sind voll in das Luftverteidigungssystem des Warschauer Paktes integriert. Sie bilden seit 1962 einen Teil des sogenannten Diensthabenden Systems — DHS —, in dem neben sowjetischen Verbänden auch die entsprechenden Kräfte Polens und der CSSR eingegliedert sind. Die zum DHS gehörenden Führungsorgane und Truppen stehen auf einer hohen Stufe der Gefechtsbereitschaft und sollen als erste Kräfte zur Abwehr eines gegnerischen Überraschungsangriffs Tag und Nacht bereitstehen.

Die Volksmarine der NVA verfügt über etwa 150 Schiffe, 2 Küstenraketenabteilungen, die Grenzbrigade Küste, eine Nachrichteneinheit und die Versorgungseinheiten. Dem Kommando der Volksmarine in Rostock unterstehen die 1. Flottille, Peenemünde, mit den vier Abteilungen Minenleg- und Räumarbeit — MLR —, eine Landungsschiffsabteilung, eine U-Boot-Jagdabteilung und eine Hilfsschiffsabteilung. Die 4. Flottille, Warnemünde, besteht aus einer Küstenschutzschiffsabteilung — KSS —, einer Minenleg- und Räumarbeit — MLR —, einer U-Boot-Jagdabteilung und einer Hilfsschiffsabteilung. Die 6. Flottille in Bug verfügt über mehrere Raketen- und Torpedoschnellbootbrigaden. Die Grenzbrigade Küste setzt sich aus 2 Bootsverbänden sowie Landeinheiten in Stärke von 5 Bataillonen und Ausbildungseinheiten zusammen. Dem Kommando der Volksmarine sind die Offiziershochschule „Karl-Liebknecht“ in Stralsund und andere Lehrstätten mit Schnellbootabteilungen unterstellt. Hinzu kommen noch Versorgungseinheiten, eine Baubelehungsabteilung, Hubschrauberkräfte und ein Erprobungszentrum der Volksmarine. Ihre Gliederung und Kräfteordnung zeigen ihre sehr starke Abhängigkeit von der sowjetischen Marine. Dies kommt auch in ihrem offiziellen Auftrag zum Ausdruck. Er lautet: „Die Volksmarine der Deutschen Demokratischen Republik verteidigt im Zusam-

menwirken mit allen Teilen der Nationalen Volksarmee und in treuer Waffenbrüderschaft mit der Baltischen Rotbannerflotte und der Polnischen Seekriegsflotte die Seegrenze der DDR gegen jeden Überfall.“ Sie ist ein Teil der Vereinten Ostseeflotte des Warschauer Paktes.

Zur Zeit beträgt die Gesamtstärke der NVA — Heer, Luftwaffe und Marine — 174 000 Soldaten. Hinzu gerechnet sind hierbei noch nicht die 47 000 Mann der Grenztruppen, die im Ernstfall den übrigen Streitkräften eingegliedert werden. Für den Mobilisierungsfall stehen 400 000 gut ausgebildete Angehörige der Reserve I zur Verfügung, die bei längerem Anhalten eines Konfliktes noch durch die Reserve II aufgestockt werden könnte. Für die Regionalverteidigung stehen die Kampfgruppen der Arbeiterklasse, eine paramilitärische Miliz, bereit. Die Heeresstreitkräfte der NVA betragen in Friedenszeiten 120 000 Mann. Davon sind 71 000 Wehrpflichtige und 49 000 Zeit- und Berufssoldaten. Das gesamte Heer ist vollmotorisiert und auf einen schnellen Bewegungskrieg ausgerichtet. Da die Territorialverteidigung und der Objektschutz im rückwärtigen Bereich weitgehend von den Kampftruppen der Arbeiterklasse — mit etwa 450 000 Mann — abgedeckt werden, steht das Heer in voller Stärke für die Aufgabe des Kampfes zur Verfügung. Die Luftwaffe hat eine Stärke von 39 000 Mann, wovon 15 000 Wehrpflichtige und 24 000 Zeit- und Berufssoldaten sind. Die Seestreitkräfte umfassen 15 000 Mann, davon 8 000 Wehrpflichtige und 7 000 Zeit- und Berufssoldaten.

Man kann die Stärke der Nationalen Volksarmee nicht voll bewerten, wenn man nicht ihr Umfeld einbezieht. Dieses Umfeld ist eine weitgehend militariserte Gesellschaft. Dazu gehören die vormilitärische Ausbildung im Rahmen der Gesellschaft für Sport und Technik — GST, die Reservistenarbeit, die Sicherung des rückwärtigen Gebietes durch die vorstehend schon erwähnten Kampfgruppen der Arbeiterklasse, die eine sehr schlagfertige und schnell mobilisierte Miliz darstellen, und die Zivilverteidigung, die im Ernstfall das Hinterland funktionsfähig halten und die Zivilbevölkerung — soweit dies überhaupt möglich ist — vor Kriegsfolgen schützen soll. Es gibt weder in der Bundesrepublik noch in irgendeinem anderen Nato-Staat eine Armee, die sich auf ähnliche Bedingungen stützen kann. Ein sehr großer Teil der Bevölkerung der DDR ist ständig mehr oder weniger in das militärische Geschehen eingebunden. Dieser Umstand vergrößert die Stärke der Volksarmee gegenüber dem möglichen Gegner von außen und trägt außerdem mit zur inneren Stabilität des Staates bei. Die Gesellschaft für Sport und Technik — GST — erfaßt die Jugend bereits vom 9. Schuljahr an. In den Schuljahren 9 und 10 überwiegen wehrkundliche Unterweisungen. Vom 11. Schuljahr an — erweiterte Oberschule — bzw. vom Beginn der Berufsausbildung — Lehre — beginnt die praktische vormilitärische Ausbildung für Jungen und die Ausbildung in Zivilverteidigung für Mädchen. Diese können jedoch auf Wunsch auch an der vormilitärischen Ausbildung anstatt der Zivilverteidigungsausbildung teilnehmen. In Einzelfällen können Jungen, die den Wehrdienst verweigern und anerkannt sind, anstelle der vormilitärischen Ausbildung in der Zivilverteidigung unterwiesen werden. Der Dienst in der Bautruppe bleibt jedoch hiervon unberührt.

Diese vormilitärische Ausbildung ist von Beginn an laufbahnbezogen, also auf den Waffenteil ausgerichtet, bei dem der junge Mann einmal dienen wird. Das durch Prüfungen kontrollierte Ausbildungsziel besteht darin, dem zukünftigen Soldaten einerseits körperliche Fitneß sowie sportliche Eigenschaften zu vermitteln, wie sie die Armee verlangt, und ihm andererseits bereits auch fachliche Fähigkeiten und Fertigkeiten zu geben, die ihm die Beherrschung von militärischem Gerät und Waffen ermöglichen. Derart vorgebildete Wehrpflichtige können nach ihrer Einberufung besser gefechtsbereit gemacht und den Truppenteilen zugeführt werden. Auch die nach dem aktiven Wehrdienst heimgekehrten Soldaten sollen als Reservisten bei der GST weitermachen, teilweise als Ausbilder für die heranwachsende Jugend, zum Teil aber auch zur Aufrechterhaltung ihrer Fitneß und ihrer speziellen militärischen Fertigkeiten. Während sich die Jugendlichen der GST-Ausbildung nicht entziehen können — sie gehört zum Lehrplan der Erweiterten Oberschulen — 11. und 12. Klasse — gilt, dasselbe nicht für die Reservisten, von denen durch die GST nicht alle erfaßt werden können.

Sie ist „eine sozialistische Massenorganisation in der DDR, deren gesamte Tätigkeit auf die Entwicklung der Wehrbereitschaft und Wehrfähigkeit der Bürger, insbesondere der Jugend, ausgerichtet ist“. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, die Jugendlichen im vorwehrpflichtigen Alter so auf den Wehrdienst vorzubereiten, daß sie diesen als Klassenauftrag erkennen und sich in der vormilitärischen Ausbildung die dafür notwendigen Fähigkeiten aneignen. Die GST erfüllt somit als fester Bestandteil der Landesverteidigung der DDR die Funktion einer Schule der unmittelbaren Vorbereitung der Jugend auf den Ehrendienst in den bewaffneten Kräften. Im Jahre 1977 hieß es in dem Bericht des Zentralvorstandes der GST an den VI. Kongreß: „Indem die GST aktiv bei der Erziehung verteidigungsbereiter sozialistischer Patrioten und proletarischer Internationalisten mitwirkt, den Gedanken der Wehrbereitschaft, der Wehrfähigkeit und der Wehrkrafterhaltung unter den Werktätigen und breitesten Kreisen popularisiert, hat sie sich zur sozialistischen Wehrorganisation der DDR entwickelt.“

Auf dem VII. Kongreß der GST wurde ein präzisiertes Ausbildungsprogramm für alle Laufbahnen der vormilitärischen Ausbildung ab 1. September 1982 beschlossen. Hierzu schrieb Oberstleutnant Rasche in der Zeitschrift „Volksarmee“: „Grundlagen dieser Programme sind die gewachsenen Anforderungen an die sozialistische Landesverteidigung. Sie bauen auf den Ausbildungsprogrammen der NVA sowie den bisherigen Erfahrungen auf und entsprechen den Möglichkeiten der GST. Die vorgenommenen Präzisierungen gewährleisten, alle Teilnehmer an der vormilitärischen Ausbildung noch umfassender und in der geforderten Qualität allseitig auf den Wehrdienst vorzubereiten. Mit den präzisierten Programmen wird in allen Ausbildungseinrichtungen eine zweijährige Laufbahnausbildung eingeführt. Zu deren Beginn werden in einem Ausbildungsabschnitt für alle Laufbahnen bestimmte allgemein-militärische Themen behandelt, um das für alle notwendige Grundwissen und Können zu vermitteln. Die Ausbildungsprogramme garantieren, daß solche Elemente wie Überraschung und Risiko sowie Handlungen, die Schöpferium, Initiative und Kameradschaft fördern, stärker geübt werden. Ein Teil der Ausbildung er-

folgt als Nachtausbildung und wird in einigen Ausbildungszweigen mit der Ausbildungswaffe vorgenommen. Gleichzeitig sind die Ausbildungsinhalte nach den Prinzipien der Stoffwiederholung, der Festigung des Ausbildungsstoffes und der Neuvermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten gestaltet worden. Die oft gestellte Forderung der GST-Ausbilder wurde berücksichtigt, einheitliche Termini, entsprechend den in der NVA gültigen, zu verwenden. Hieß es zum Beispiel bisher in der GST ‚Geländeausbildung‘, sprechen wir jetzt einheitlich von ‚Taktikausbildung‘. Die ‚Körperertüchtigung‘ heißt jetzt ‚physische Ausbildung‘. Präzisierungen wurden insbesondere in den Ausbildungszweigen vorgenommen, die für die zielgerichtete Vorbereitung der künftigen Soldaten auf ihre speziellen Verwendungen in der NVA, z.B. als mot. Schütze, Militärkraftfahrer, Nachrichtenspezialist, Taucher und Fallschirmjäger, bedeutungsvoll sind.“ Die Mitglieder der GST tragen Uniform. Im Jahre 1979 wurde eine neue „Wehrsportbekleidung der GST“ eingeführt. Sie besteht aus einem Trainingsanzug, einem T-Shirt und einer Schirmmütze — für jede Wehrsportart in einer anderen Farbe. Die Richtlinien der GST für die Schießausbildung entsprechen voll den militärischen Dienstvorschriften der NVA. Nach der reinen Waffenausbildung — an allen Waffensystemen — erhalten die Jugendlichen eine Belehrung über die Verhaltens- und Sicherheitsregeln auf dem Schießplatz, sie erlernen die verschiedenen militärischen Anschlagsarten und schießen die wesentlichen Übungen — auch Nachtschießen — aus dem Programm der Grundausbildung der Nationalen Volksarmee. Bis heute hat sich die bundesdeutsche Öffentlichkeit niemals über diese Militarisierung der deutschen Jugend aufgeregt, es ist auch niemals zu einer Protestaktion gegen diese kriegsvorbereitenden Aktionen der DDR auf bundesdeutschem Gebiet gekommen, und auch die bundesdeutschen Medien haben derartige Militarisierungsmaßnahmen niemals angeprangert. Auf die hiergegen gerichteten Protestmärsche der bundesdeutschen Friedensbewegung wartet die bundesdeutsche Öffentlichkeit bisher auch vergebens. Sollte uns das nicht sehr zu denken geben — ganz besonders unseren Bürgern in Uniform, die unseren demokratischen Rechtsstaat mit der Waffe in der Hand gegen jeden Angreifer verteidigen. Ist unsere Friedensbewegung heute deshalb noch so glaubhaft, wie sie uns immer wieder versichert, wenn diese Fakten bisher niemals angeprangert worden sind? Auch unsere Berichterstattung aus der DDR hat hier meines Erachtens ganz erhebliche Defizite.

Die militärische Führungszeitschrift der DDR „Militärwesen“ sieht die künftige Entwicklung so: „Eine der wichtigen Orientierungen des VII. Kongresses besteht darin, mit Beginn des Ausbildungsjahres 1982/83 unter Wegfall der früheren militärischen Grundausbildung ausschließlich eine zweijährige vormilitärische Laufbahnausbildung durchzuführen.“ Die präzisierten Ausbildungsprogramme enthalten eine Reihe neuer Ausbildungsziele und -elemente, ihre Verwirklichung wird einen nahezu nahtlosen Übergang zur Ausbildung in der NVA ermöglichen. Durch eine bessere Ausbildung im Wehrsport sollen eine größere Breite — insbesondere im Schießsport, beim Wehrkampfsport und im Militärischen Mehrkampf — sowie ein höheres Niveau erreicht werden. Neue Anforderungen für die GST ergeben sich aus der gewachsenen Verantwortung der gedienten Reservisten für die Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft der Truppenteile und Einheiten der

NVA. Die zielstrebige Arbeit mit den ungedienten Reservisten bis zu ihrer Einberufung erfordert die Schaffung neuer Sektionen und Grundorganisationen der GST in Betrieben, Einrichtungen, Hochschulen und Universitäten usw., verlangt nach neuartigen Beziehungen der Zusammenarbeit mit dem FDGB, nach neuen Formen und Methoden der bedeutsamen politischen Arbeit.

In diesem Zusammenhang einer Militarisierung des öffentlichen Lebens in der DDR müssen auch die Kampfgruppen gesehen werden. Am 1. Mai 1954 nahmen erstmals unbewaffnete „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ — wie die Betriebskampfgruppen inzwischen offiziell genannt werden — an den Demonstrationen teil. Bekleidet waren die Kämpfer mit einem blauen Oberall und roter Armbinde sowie mit „Thälmann-Mützen“. Später wurde ein erdbrauner Kampfanzug eingeführt, der heute von einer einheitlich steingrauen Montur mit Skimütze bzw. NVA-Stahlhelm abgelöst worden ist. Wenn es gilt, die Leistungen der Kampfgruppen zu würdigen, versäumen es die Festredner nie, auf zwei Bewährungsproben zu verweisen, mit denen man den Kampfgruppen zu einer eigenen Traditionsbildung verhelfen will. Gemeint sind damit das Einschreiten der Kampfgruppen gegen Studenten der Ostberliner Humboldt-Universität im Herbst 1956 — die unter dem Eindruck des ungarischen Aufstandes mehr politische Freiheiten verlangten — sowie die Beteiligung der Kampfgruppen an der Errichtung der Berliner Mauer. So lobte Erich Honecker ausdrücklich auf einem „Kampfpappell“ anlässlich des 20jährigen Bestehens der Kampfgruppen Ende September 1973 ihren Einsatz beim Mauerbau: „Ein Ruhmesblatt fügten die Kampfgruppen mit der exakten Durchführung der Sicherheitsmaßnahmen der DDR am 13. August 1961 in ihre zwanzigjährige Geschichte ein.“ Im Zuge der gewaltsamen Abgrenzungspolitik seit 1961 konnte das SED-Regime schon deshalb begrenzte wirtschaftliche und sozialpolitische Erfolge verbuchen, weil die Massenflucht von ausgebildeten Fachkräften damit abrupt beendet wurde. Gleichzeitig wurden oppositionelle Strömungen in der Bevölkerung aufgrund einer weit verbreiteten Resignation wirksamer zurückgedrängt. Aufgrund dieser Entwicklung veränderte sich auch allmählich der Charakter und die Zweckbestimmung der Kampfgruppen.

Die SED hatte bei der Gründung der Kampfgruppen augenscheinlich zunächst nur eine Parteimiliz im Auge, die als Objektschutztruppe vermutlich weniger vor angeblichen Angriffen des Westens den Schutz der Betriebe übernehmen als vielmehr diese Betriebe vor ihren eigenen unzufriedenen Arbeitern schützen sollte. Die Reden führender SED-Funktionäre in den 50er Jahren drängten aufmerksamen Beobachtern darüber hinaus den Verdacht auf, daß mit den Kampfgruppen eine Bürgerkriegsarmee gebildet werden sollte, die nicht nur bei Unruhen innerhalb der DDR, sondern auch zur „Befreiung der westdeutschen Arbeiter“ eingesetzt werden sollte. Heute zielt der forcierte Ausbau der Kampfgruppen ganz offensichtlich darauf ab, eine wirksame Kampfesreserve der NVA und der Grenztruppen zu bilden, der die Funktion einer schlagkräftigen Territorialarmee zugewiesen werden soll. Diese Armee hat überdies für die DDR den Vorteil, daß die Zahl ihrer Angehörigen — obwohl sie den Kombattantenstatus haben — bei den Wiener MBFR-Ver-

handlungen über die ausgewogene Reduzierung der regulären konventionellen Streitkräfte nicht berücksichtigt werden kann.

Die Kampfgruppen sind eine reine Parteitruppe. Dies wird auch aus dem Gelöbnis deutlich, das die Kämpfer abzulegen haben: „Ich bin bereit, als Kämpfer der Arbeiterklasse die Weisungen der Partei zu erfüllen und mein Leben für sie einzusetzen.“ Der NVA-Soldat muß im Fahneid zwar auch schwören, „den Sozialismus gegen alle Feinde zu verteidigen“, für ihn jedoch gilt zuerst, der DDR „meinem Vaterland, allzeit treu zu dienen und sie auf Befehl der Arbeiter- und Bauernregierung gegen jeden Feind zu schützen“. Die enge Verknüpfung zwischen Kampfgruppen und SED wird auch aus der unmittelbaren politischen und personellen Weisungsbefugnis der Partei ersichtlich, die unmittelbar vom Zentralkomitee unter Leitung seines Generalsekretärs Honecker ausgeht. Von hier gegen die Anweisungen für die Kampfgruppen direkt an die 1. Sekretäre der SED. Diese sind zugleich Leiter des zuständigen Bezirkskampfgruppenstabes. Die 1. Sekretäre der SED-Kreisleitungen befehligen die Kreiskampfgruppenstäbe. Zuständig für die Ausrüstung und die militärische Ausbildung der Kampfgruppen ist die Deutsche Volkspolizei.

An der Seite der Nationalen Volksarmee, der Grenztruppen und der anderen bewaffneten Organe stehen die Kampfgruppen zuverlässig auf Wacht. Sie „spielen bei der Landesverteidigung“ — wie vorstehend schon angeführt wurde — „als Bestandteil der territorialen gebundenen Kräfte eine wichtige Rolle“. Ihnen „als den unmittelbar bewaffneten Organen der Arbeiterklasse obliegt die spezielle Aufgabe, die Betriebe und Einrichtungen vor möglichen Diversionskräften und eingeschleusten Konterrevolutionären zu schützen, wichtige Verkehrsanlagen, Versorgungsanlagen u.a. zu sichern. In enger Waffenbrüderschaft mit den Angehörigen der Nationalen Volksarmee können sie aber auch für Sicherungsaufgaben im rückwärtigen Gebiet und ähnliche Unterstützungsaufgaben herangezogen werden. Sie sind in der Gesamtplanung des sozialistischen Bündnisses mit einbezogen. Dafür spricht die enge Verbindung, die die Kampfgruppen auch zu den Truppen der sowjetischen Streitkräfte in der DDR unterhalten. Mag hierfür zunächst mehr die Ausräumung psychologischer Schwierigkeiten maßgebend gewesen sein — die Beteiligung sowjetischer Berater an der Ausbildung der Kampfgruppen und die Übernahme von Patenschaften durch sowjetische Einheiten gegenüber Kampfgruppeneinheiten sind ein Zeugnis dafür, daß auch an ein praktisches Zusammenwirken gedacht ist. Am Herbstmanöver „Waffenbrüderschaft“ 1970 nahmen zum erstenmal auch die Kampfgruppen teil. „Schon am ersten Manövertag bewährten sie sich beim zerschlagen einer vom „Gegner“ in die Tiefe der eigenen Verteidigung abgesetzten Luftlandeeinheit gemeinsam mit den Bereitschaften der Deutschen Volkspolizei.“

Bei ihrer Gründung wurden die Kampfgruppen — KG — zunächst „Betriebskampfgruppen“ — wie vorstehend schon erwähnt — genannt. Inzwischen haben sie mit ihren rund 500 000 Kämpfern heute mehr und mehr die Aufgabe einer territorialen Truppe übernommen, wobei man jetzt unterstellen kann, daß mindestens die Hälfte von ihnen jederzeit verfügbar ist. Zumindest bei den motorisierten Einheiten — Kampfgruppenbataillone — handelt es sich um bewegliche Truppen, die — mit eigenen Nachrichtenverbindungen und

Versorgungseinrichtungen — auch überörtlich eingesetzt werden können. Laut Angabe des Londoner International Institute for Strategic Studies (IISS) 1982—1983 verfügen die etwa 15000 Einheiten der KG über Schützenpanzerwagen, Panzerabwehrkanonen 75 mm, Granatwerfer 82 mm und Fla-Kanonen 23 und 37 mm. Abgesehen von den leichten Infanteriewaffen — darunter die Panzerbüchse RPG-7 —, sind die KG im wesentlichen mit Waffen und Gerät ausgerüstet, die bei der NVA als veraltet ausgesondert wurden. Das gilt beispielsweise für die Schützenpanzerwagen BTR-152 und BTR-40 (Aufklärungs-panzer), die rückstoßfreien Geschütze RG 82 mm und RG 107 mm und die Flak 57 mm. Die Waffen, Fahrzeuge und Geräte sind bei den sogenannten „Trägerbetrieben“ untergebracht. Die Munition ist bei den Bezirks- und Kreisämtern der Volkspolizei in Verwahrung.

Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre wurde in der DDR damit begonnen, die Landstreitkräfte der NVA zu modernisieren. Im Verlauf dieses Prozesses wurden weitere Versionen des Panzers T-55, neue Fla-Raketen, neue Artilleriesysteme — darunter 100-mm-Panzerabwehrkanonen MT-12, 122-mm-Haubitzen D-30, 40rohrige Geschößwerfer BM-21 und RM-70 sowie 152-mm-Kanonenhaubitzen, Fla-SFL ZSU-23/4 „Schilka“ und neue Pioniertechnik, darunter die Grubenaushubmaschine MDK2M eingeführt. Die bedeutendste Veränderung war die Ausrüstung der Truppe mit dem sowjetischen Schützenpanzer BMP-1 (Bojewaja Maschine Pechoty), dem Gefechtsfahrzeug der Infanterie ab 1973. Er vereinigt in sich die Eigenschaften eines Schützenpanzerwagens mit denen eines leichten Kampfpanzers. Der SPz trägt im Unterschied zum SPW eine stärkere und weitreichendere Bewaffnung, ähnlich der eines Panzers. Im flachen, runden Drehturm sind eine 73-mm-Glattohrkanone und ein mit ihr gekoppeltes 7,62-mm-MG PKT sowie eine Starteinrichtung für Panzerabwehrlenktraketen untergebracht. Der gepanzerte Aufbau schützt die Soldaten vor gegnerischen Handfeuerwaffen und Splintern und mildert die Wirkung von Massenvernichtungsmitteln. Dem Gruppenführer-Kommandanten unterstehen sowohl die Fahrer und der Richtschütze als auch die motorisierte Schützengruppe mit dem stellvertretenden Gruppenführer, zwei IMG-Schützen, zwei Panzerbüchsen-schützen und einem MPi-Schützen. Die mot. Schützen können den Gegner auch während der Fahrt und beim kurzen Halt aus Kampfluken wirksam bekämpfen. Der SPz erreicht trotz seiner 13 t eine Höchstgeschwindigkeit von 65 km/h auf der Straße und von 40 bis 45 km/h im Gelände. Sowohl im Hinblick auf die Geländegängigkeit und den Schutz der Mannschaft als auch in der Feuerkraft begann mit dem BMP-1 eine neue Generation von Gefechtsfahrzeugen. Ende der sechziger Jahre war die Feuerkraft der mot. Schützengruppe mit rund 950 Schuß in der Minute — das 14,5-mm-überschwere-MG nicht mitgerechnet — auf 167 % im Vergleich zu 1956 gestiegen. Diese Entwicklung ist bis heute weiter vorangeschritten. Mit der Einführung neuerer Ausbildungsvorschriften veränderte sich auch das sogenannte Auffüllungsprinzip der NVA. Bis dahin bestanden in den mot. Schützentruppenteilen die Einheiten aus Wehrpflichtigen aller drei Diensthalbjahre. Nach jedem halben Jahr schieden Soldaten aus und neue kamen hinzu. Es dauerte dann eine gewisse Zeit, bis die Truppen in der veränderten Zusammensetzung wieder voll und ganz

einsatzbereit waren. Die „Neuen“ mußten erst die notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten erwerben, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Auch eine Neuverteilung der Funktionen innerhalb der Kampfgruppen war manchmal notwendig. Mit der Trennung der Diensthalbjahre konnten diese Nachteile beseitigt werden. In den mot. Schützeneinheiten gibt es fortan nur noch Teile, die sich in 18 Monaten personell kaum veränderten. Damit waren eine kontinuierlichere und intensivere Ausbildung und Erziehung sowie eine systematischere Entwicklung in den einzelnen Einheiten möglich. Dies gewährleistet eine höhere Kampfkraft und eine bessere Gefechtsbereitschaft. Gemäß den Beschlüssen des Nationalen Verteidigungsrates wurden die Streitkräfte mit allem zur Erfüllung ihrer Aufgaben Notwendigen ausgestattet. Dazu gehörten elektronische Waffenleitsysteme ebenso wie moderne technische Aufklärungsmittel, Panzer vom Typ t-72, BMP und SPW 60 BP, SFL-Artillerie, Kampfhubschrauber, Transportflugzeuge und Fla-Raketenkomplexe. In der Volksmarine wurden moderne U-Boot-Abwehrschiffe der „Parchim“-Klasse in Dienst gestellt. Weitere Maßnahmen trugen den Erfordernissen der funkelektronischen Kampfführung Rechnung. Große Aufmerksamkeit galt der weiteren Automatisierung und rechen-technischen Sicherstellung der Truppenführung sowie den automatisierten Feldführungssystemen. Bei Paraden konnten Beobachter 152-mm-Kanonen-Haubitzen, 130-mm-Kanonen sowie 100-mm-Panzerabwehrkanonen und gepanzerte selbstfahrende Haubitzen der Kaliber 122 und 152 mm feststellen. Auch gepanzerte Führungsfahrzeuge von Truppenteilen der Artillerie auf SFL wurden hierbei vorgeführt. Diese Fahrzeuge mit ihrer modernen Führungstechnik versetzen den Kommandeur in die Lage, sofort die notwendigen Koordinaten für die Feuerführung an die Einheiten zu übermitteln.

In den letzten Jahren sind neue bzw. modernisierte Waffensysteme aus den Waffenfabriken der UdSSR, anderer sozialistischer Staaten und des eigenen Landes hinzugekommen. Hierzu gehören u. a. bei den Landstreitkräften die Maschinenpistole AK-74, der Schützenpanzer BMP-2, ein vervollkommenes Artilleriesystem und ein verbessertes taktisches Raketen-system. Die LSK/LV erhielten ein Jagdbomberflugzeug vom Typ Suchoj und ein weiterentwickeltes Fla-Raketensystem und die Volksmarine Küstenraketen und kleine Raketenschiffe. Mit seiner stärkeren Feuerkraft, guten Manövrierfähigkeit und Schutzausrüstung erhöht der BMP-2 wesentlich die Gefechtsmöglichkeiten der mot. Schützeneinheiten. Die Ausrüstung mit einer genauer und weiter schießenden Kanone ermöglicht eine zuverlässige Bekämpfung sowohl von Land- als auch von Luftzielen. Die Panzerung des Vorderteils der Fahrzeugwanne und des Turms schützt vor der Wirkung von Granateinschlägen, die aus dem Beschuß von SPW und Schützenpanzerwagen der Nato stammen könnten.

Das Jagdbomberflugzeug Suchoj hat ausgesprochenen Mehrzweckcharakter. Das leistungsstarke Triebwerk und die veränderliche Tragflügelgeometrie verleihen dem Flugzeug gute Gefechts- und Manöviereigenschaften. Die komplexe elektronische Ausrüstung ermöglicht auch unter komplizierten Wetterbedingungen ein Handeln in extrem geringen Höhen. Die großen Waffenzuladungen und ein breites Spektrum moderner Bewaffnung versetzen den Flugzeugführer in die Lage, wirksam die Handlungen der DDR-Landstreit-

kräfte auf dem Gefechtsfeld zu unterstützen und erfolgreich feindliche Luftziele zu bekämpfen.

Das kleine Raketenschiff Typ „Albin Köbis“ besitzt eine verbesserte Seetauglichkeit und größere Autonomie im Einsatz. Seine Seezielraketen lassen sich nur schwer durch Radar erfassen. Die mit dieser Schiffsklasse neu ausgerüsteten Einheiten steigern den Kampfwert der Volksmarine.

Auch die Ausrüstung der Führungsorgane bzw. Führungsstellen mit modernen Arbeitsmitteln erfuhr wichtige Veränderungen. Einem vom Minister für Nationale Verteidigung bestätigten und bis 1990 reichenden Plan entsprechend, wurden weitere automatisierte Systeme und Rechnertechnik höherer Leistungsfähigkeit eingeführt sowie vorhandene Rechner durch periphere Geräte mit verbesserter Leistung komplettiert. Es wurde damit begonnen, Arbeitsplätze von Kommandeuren und Stabsoffizieren mit Arbeitsplatzrechnern auszustatten. Zunehmende Bedeutung erlangen komplexe Systeme, die sich auf mehrere Führungsebenen erstrecken. In diesem Zusammenhang kam dem Einsatz der Mikrotechnik auch in den unteren Führungsebenen wachsende Bedeutung zu. Mit ihr wird es möglich, die Informationen am jeweiligen Entstehungsort zu erfassen und mit maschinenlesbaren Datenträgern weiterzuverarbeiten. Zugleich werden damit wichtige Voraussetzungen geschaffen, Führungsprozesse zu rationalisieren und zu intensivieren.

Diesen modernisierten bzw. neuen Waffen-, Aufklärungs- und Führungssystemen sind Zuverlässigkeit und Präzision, eine hohe Reichweite, Feuergeschwindigkeit, Treffsicherheit und Wirkung im Ziel, gesteigerter Automatisierungsgrad und verbesserte Schutzeigenschaften zu eigen. Sie zeigen in der Erprobung bei der Truppe hervorragende taktisch-technische Eigenschaften und sind nach Meinung der NVA-Führung vergleichbaren Systemen der USA, der Bundesrepublik und der Nato ebenbürtig, in manchem sogar besser, oft einfacher und widerstandsfähiger. Die DDR trug entsprechend ihren Möglichkeiten und den von den Staaten des Warschauer Paktes getroffenen Vereinbarungen durch Lizenzproduktion und Eigenentwicklungen zur weiteren Aufrüstung der NVA und der verbündeten Streitkräfte mit moderner Militärtechnik in erheblichem Umfang bei. Dieser Ausstattung mit neuer bzw. modernisierter Technik sowie der technischen Sicherstellung der vorhandenen Mittel wurde bereits 1983 auf Befehl des Ministers für Nationale Verteidigung auch durch strukturelle Veränderungen innerhalb der NVA Rechnung getragen. Die technische Sicherstellung wurde dem Stellvertreter des Ministers und Chef Technik und Bewaffnung übertragen. Im Kommando der Landstreitkräfte und in den Kommandos der Militärbezirke wurde die Dienststellung Stellvertreter des Chefs und Chef Technik und Bewaffnung geschaffen. Entsprechende Schlußfolgerungen ergaben sich auch für die LSK/LV und die Volksmarine. Vor allen Dingen befahl der Minister, daß sich alle Angehörigen der NVA verstärkt mit militärtechnischen und militärökonomischen Fragen befaßten. Unter Verwendung von Vorschlägen aus der NVA entwickelten Angehörige des Militärtechnischen Instituts, der volkseigenen Industrie und des Kommandos der Landstreitkräfte ein neues, hocheffektives Zieltrainingsgerät für die Ausbildung an Schützenwaffen als 100-m- und 500-m-Variante. Mit der Einführung wurde 1985 begonnen. Dieses

auf Laserbasis arbeitende Gerät dient dem Erlernen aller Tätigkeiten zur Abgabe von treffsicheren Schüssen auf unbewegliche, auftauchende und sich bewegende Ziele von der Stelle und aus der Bewegung auf 100, 200, 300 und 500 m Entfernung. Durch den Einsatz von Mikrorechnern ist bei der 100-m-Variante die genaue Anzeige der Trefferlage möglich, wobei die Anzeigen gespeichert und wieder abgerufen werden können. Die 500-m-Variante wird in Verbindung mit einer Schießplatzanlage oder dem funkgesteuerten Zieldarstellungskomplex genutzt. Die Kombination des Zieltrainingsgeräts für Schützenwaffen mit dem funkgesteuerten Zieldarstellungskomplex ermöglicht die Schieß- und Taktikausbildung auf jedem Taktikausbildungsgelände. Werden die mit Empfangseinheiten bestückten Schießscheiben getroffen, klappen diese wie beim scharfen Schuß ab. Bei beiden Varianten können Einzelfeuer bzw. mit Platzpatronen auch Feuerstöße geschossen werden. Zielgerichtet im Ausbildungsprozeß jedes einzelnen Soldaten angewandt, steht der NVA damit ein Gerät zur Verfügung, das es ermöglichen soll, die Aufgabe, ein Ziel mit dem 1. Schuß oder dem 1. Feuerstoß bzw. der 1. Salve zu treffen, in kurzer Zeit und mit großer Sicherheit zu erreichen. Der verstärkte Einsatz von Trainingsgeräten und Simulatoren unter aktiver Mitwirkung der Truppe brachte der NVA auf vielfache Weise meßbaren Gewinn. Die Gefechtsausbildung konnte sichtbar intensiviert und effektiver gestaltet, die Bewaffnung und Ausrüstung geschont, die Führungstätigkeit vervollkommen und die technische und rückwärtige Sicherstellung rationeller gestaltet werden. Es wurde so möglich, bedeutende ökonomische Einsparungen zu erzielen und Wartungs- und Instandsetzungskräfte für neue Aufgaben im Bereich Technik und Bewaffnung freizustellen.

Mit dem Ziel, die Militärtechnik schnell beherrschen zu lernen, beteiligen sich viele Tausende an der von der FDJ ins Leben gerufenen Initiative „Wir beherrschen unsere Technik in kürzester Zeit“. In Zirkeln der FDJ oder durch Patenschaften erwerben bzw. festigen die Soldaten des 1. Diensthalbjahres Kenntnisse über die taktisch-technischen Daten und die Zweckbestimmung der Technik, über die Sicherheitsbestimmungen, die Bedienungsabläufe, den Aufbau und das Zusammenwirken der einzelnen Teile oder Baugruppen. Teilnehmer solcher Zirkel im Truppenteil „Albert Hössler“ nutzten dabei die Erfahrungen der sowjetischen Waffenbrüder des Tschernowitz-Berliner Gardeartillerieregiments, zu dem seit 1964 enge Beziehungen bestanden. Die Lernbewegung wurde in vielen Truppenteilen Bestandteil der Ausbildung in den Batterien und Kompanien des 1. Diensthalbjahres. Sie trugen dazu bei, Kenntnisse über die Spezialausbildung hinaus zu erwerben. Zugleich unterstützte sie das Streben nach gegenseitiger Ersetzbarkeit sowie die Vertiefung der Kenntnisse über Nutzung, Wartung und Instandsetzung der Technik.

Die Kommandeure und andere Offiziere sind jedoch noch mehr gefordert. Da galt es zunächst, weiter entwickelte Ausbildungskomplexe zu realisieren, die u. a. auf größere Gefechtsnähe zielten. Die Nachtausbildung — vor allem in der Taktik-, Schieß- und Fahrausbildung — wurde auf ein Drittel der Ausbildungszeit in den genannten Zweigen erweitert. Der Anteil der Gefechtsausbildung in Trainingszentren und Feldlagern sowie auf See, auch in gemischten Formationen der Teilstreitkräfte der NVA und der Verbündeten, wurde erhöht. Schließlich mußten die Ausbildungsbasen rationeller genutzt werden. Die

Erfüllung all dieser Forderungen setzten völlig neue Überlegungen voraus, alle Probleme und Vorschläge — auch der Truppe — aufzugreifen und zu lösen. Die Kommandeure und Stäbe arbeiteten angespannt, um die Gefechtsausbildung durch gründliche Vorbereitung noch interessanter und lehrreicher zu gestalten. Die Geschlossenheit der Einheit zur Erfüllung der Gefechtsaufgaben wurde verbessert, die Gefechtsausbildung enger mit der politischen Massenarbeit verbunden und die Pflege und Wartung der Technik als Teil der Gefechtsausbildung intensiver geplant und durchgeführt. Sie verstanden das als einen ihrer Verantwortung angemessenen Beitrag zur Vorbereitung des XI. Parteitages der SED. In den zuständigen Politorganen, Partei- und FDJ-Organisationen hatten sie dabei tatkräftige Mitstreiter und Helfer.

Für die rein fachlich-militärische Ausbildung der DDR-Soldaten stehen als Grundlage Dienstvorschriften (DV), Direktiven, Programme und Anordnungen zur Verfügung. Die Grundsätze für die Ausbildung legt der Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung für Ausbildung fest. Hierbei unterstützt ihn die „Verwaltung Ausbildung“ im Ministerium für Nationale Verteidigung. Die Ausbildung wird weitgehend vorgeplant und im einzelnen festgelegt. Darüber hinaus wird von den Kommandeuren ein Umsetzen auf die eigenen Gegebenheiten gefordert. Nach dem Prinzip der „Einzelleitung“ sind die Kommandeure und Einheitsführer für Anlage und Durchführung der Ausbildung in ihrem Bereich voll verantwortlich. In den ersten vier Wochen werden die Rekruten innerhalb ihrer Einheiten, aber in besonderen Gruppen und Zügen ausgebildet. In dieser Zeit soll den jungen Soldaten, wie in allen Armeen der Welt, militärische Disziplin und Ordnung anerkundet werden. In den verschiedenen Ausbildungszweigen werden die Grundkenntnisse vermittelt. Schon in diesem frühen Stadium werden die künftigen Spezialisten und — soweit nicht schon vor der Einstellung geschehen — auch die für die Unteroffizierslaufbahn vorgesehenen Soldaten ausgewählt. Von Anbeginn der Ausbildung an werden zeitlich, geistig und körperlich den Rekruten große Leistungen abgefordert. Das Ausbildungsspensum wird täglich in etwa acht Dienststunden absolviert. Innendienst wie Revierreinigung, Putz- und Flickstunden usw. zählen nicht mit. Nur an Sonntagen gibt es Dienst erleichterungen. Die Sonntage sind meistens dienstfrei. Im Durchschnitt sind an der Gesamtdienstzeit in etwa 15 % Exerzier-(Formal-)ausbildung, 10 % Gelände-(taktische)ausbildung, 12 % Militärische Körperertüchtigung (MKE), 20 % Waffenausbildung und Schießen, 18 % Sonderausbildung und anderes und 25 % Politische Schulung und Unterricht über Verhalten im und außer Dienst enthalten. Der Dienst während der Grundausbildung verläuft in der NVA also bereits anders als in westlichen Armeen. Der Schwerpunkt der politischen Erziehung und die unlösbare Verknüpfung von politischem und militärischem Drill sind unverkennbar. Hier finden wir das Kernstück sozialistischer Truppenführung.

Groß wird in der NVA die preußisch-deutsche Tradition gepflegt. Nach den Uniformen der deutschen Wehrmacht — im Jahre 1956 — wurden 1961 die Denkmäler der preußischen Generale Blücher, Gneisenau und Scharnhorst wieder aufgestellt. Seit 1968 steht am Grabe Gneisenaus eine Ehrenwache der NVA. Auch Friedrich der Große reitet wieder unter den Linden.

Zu dieser Tradition gehören auch die Orden — auch wenn sie an sowjetische Vorbilder anknüpfen. Wir finden hier den Leninorden, die Medaille „Goldener Stern“ des Ehrentitels „Held der Sowjetunion“. Der höchste militärische Orden der DDR ist der am 17. Februar 1966 gestiftete Scharnhorst-Orden. Er ist mit einer Prämie von 5000 Mark verbunden. Am 28. Oktober 1975 wurde der Ehrentitel Held der Deutschen Demokratischen Republik gestiftet. Dann finden wir noch den Karl-Marx-Orden, das Ehrenzeichen für Verdienste in der Reservistenarbeit in Gold, die Verdienstmedaille der Nationalen Volksarmee, den Vaterländischen Verdienstorden, den Kampforden „Für Verdienste von Volk und Vaterland“ und den Militärischen Verdienst-Orden. Fast alle Auszeichnungen sind mit Gelddotationen versehen und werden in den drei Stufen Bronze, Silber und Gold verliehen. Es gibt in der DDR über 4000 staatliche Auszeichnungen, Orden, Medaillen, Preise, Ehrentitel und Leistungsabzeichen. Wir finden zahlreiche Truppenzeitschriften wie „Zeitschrift für Militärgeschichte“, „Militärwesen“, „Militärtechnik“, die „Volksarmee“, das „Flottenecho“, den „Militär-Presse-Dienst“, den „Ausbilder“ — um nur einige wenige zu nennen.

Die Haßerziehung ist auch ein zentraler Punkt der sozialistischen Erziehung. Ihre Bedeutung wurde klar und eindeutig bereits auf dem V. Pädagogischen Kongreß im Jahre 1956 in Ost-Berlin wie folgt definiert: „Wer den Frieden liebt, wer sein Volk liebt und mit ganzer Kraft für seine große Zukunft kämpft, muß zugleich jene hassen, die das Leben und den Bestand der Nation um ihrer Profitinteressen willen skrupellos zu opfern bereit sind. Begreifen wir doch, daß der Haß die Kehrseite echter Liebe ist und nur von solchen Leuten gegen das humanistische Prinzip empfunden werden kann, denen es selbst noch an aufrichtiger Liebe zum Vaterland mangelt oder die aus der Misere ihres eigenen Staates, wie in der Bundesrepublik, im Kosmopolitismus ihr Heil suchen und dabei den Nato-Militaristen auf den Leim gehen.“ Auf die Bedeutung der Haßerziehung wird bei jeder Gelegenheit hingewiesen. In einem Sonntagsgespräch im Rundfunk am 7. Mai 1967 sagte der heutige Minister für Nationale Verteidigung der DDR, Armeegeneral Kessler: „Wir lieben den Frieden und unsere sozialistische Heimat. Daraus ergibt sich unser Haß gegenüber denen, die den Frieden und unsere sozialistische Heimat — beides ist identisch — antasten wollen.“ In der „Volksarmee“ Nr. 48/1968 schrieb Oberst Ditmar im Leitartikel: „Ja, wir hassen die westdeutschen Machthaber vom Schlage Kiesinger und Strauß sowie ihre Erfüllungsgehilfen Brandt und Konsorten, die sich um keinen Preis mit der Existenz des ersten Arbeiter- und Bauern-Staates und der Unverletzlichkeit seiner Staatsgrenzen abfinden wollen. Unser Haß richtet sich gleichermaßen gegen alle diejenigen, die diesem verbrecherischen System bedingungslos dienen und sich gegen den sozialistischen Staat deutscher Nation mißbrauchen lassen.“ In der „Armee-Rundschau — Soldatenmagazin“, Nr. 3/ März 1987 wurde der Artikel „Divisionsartillerie“ von E. Prang veröffentlicht. Hier lesen wir: „Zu berichten ist hier von einer schlagkräftigen Truppe, in deren Sold die bestbezahlten Kanoniere der Welt stehen und die rund um die Uhr im Einsatz sind. Ihr Ziel: die ideologische Bekämpfung und — wenn möglich — Vernichtung des Gegners und seiner politischen und militärischen Kommandozentralen. Ihre Ausrüstung: schwere Geschütze

vom Kaliber 100 kW und mehr. Ihr Zielgebiet: die BRD. Ihre Namen: Deutschlandfunk — DLF —, Sender Freies Berlin — SFB — und RIAS Berlin — Radiostationen besonderer Güte und mit besonderem Auftrag. Sie stört es dabei nicht, daß es eine Helsinki-Schlußakte gibt, in der sich auch die BRD per Unterschrift verpflichtet hat, sich ‚jeder direkten oder indirekten, individuellen oder kollektiven Einmischung in die inneren und äußeren Angelegenheiten (zu) enthalten‘, die in die innerstaatliche Zuständigkeit eines anderen Teilnehmerstaates fallen‘. Ungeachtet dessen schürt diese Diversionsartillerie Hetze und betreibt Irreführung und ideologische Verleumdung. Wer geglaubt hat, sie würde sich nach Helsinki irgendwelche Beschränkungen dabei auferlegen, der irrte. Diese Radiostationen setzen ihre ideologische Wühlarbeit fort, sie verstärken sie sogar. Ihre bevorzugten Zielgruppen sind die Jugendlichen der DDR, die Schüler, Studenten, jungen Werktätigen und Soldaten. Sie sollen politisch-moralisch müde gemacht werden. Dazu stehen diesen Kanonieren des Funks jährlich Mittel in Höhe von einer halben Milliarde DM zur Verfügung — alles im Dienste der Unterwanderung der DDR. Mit der Verabschiedung der ‚Ziele und Grundsätze der Bundesregierung für die Weiterentwicklung der Medienordnung‘ gab die Bonner Führung im Frühjahr 1985 den Startschuß frei für eine weitere Etappe auf dem Weg der ideologischen Kriegführung. Darin wird der Auftrag der BRD-Medien klar formuliert: sie sollen die ‚Einheit der Nation . . . wahren und das Gefühl der Verbundenheit wachhalten‘. Gefragt: . . . Wann und wo in der Geschichte und in der Welt gab und gibt es jemals eine ‚Einheit‘ von bürgerlicher und sozialistischer Nation, wann und wo eine ‚Verbundenheit‘ von Ausbeuter- und ausbeuterfreier Gesellschaft?“

Aber auch die Militärseelsorge der Bundeswehr ist bis heute nicht verschont geblieben von der Agitation und Propaganda der NVA der DDR. Hier schreibt Oberst Günter Döbel in der „Volksarmee“ Nr. 6, Seite 6/Februar 1987 unter der Überschrift: „Die abgesegnete Luft-Land-Schlacht. Die Militärseelsorge der Bundeswehr ist zu einem nicht geringen Anteil an der geistigen Aufrüstung der NATO-Front beteiligt. Die evangelischen und katholischen Militärpfarrer bekräftigen mit ihrem Wirken die von der NATO und der Bundeswehr ausgehende Gewaltandrohung gegen den Sozialismus. Ihr Beitrag zur geistigen Kriegsvorbereitung wirkt auf den ersten Blick unauffällig. Tatsächlich jedoch leisten sie mit ihren ‚lebenskundlichen Unterrichten‘, den Feldgottesdiensten, Rüstzeiten, Werkwochen, Exerzitien einen — so Verteidigungsminister Wörner — ‚unverzichtbaren‘ Beitrag zur ‚Orientierung und Sinngebung‘ der Soldaten, den demokratische Kreise (welche? — Anmerkung der Redaktion) in der BRD als Beitrag zur Schürung von Unfrieden kennzeichnen. Die Militärseelsorge ist integraler Bestandteil der inneren Führung (die die NVA nicht hat — Anmerkung der Redaktion) und damit Wirkungselement des antikomunistischen Manipulationssystems. Die Militärpfarrer sind Angehörige einer Truppe, die darauf gedrillt wird, Raum nach vorne zu gewinnen und in den sozialistischen Feind hineinzustoßen — Partner, die religiöse Bedenken gegen die NATO-Politik der Hochrüstung und Konfrontation mit dem Kreuz auf den Schulterstücken (die Militärpfarrer tragen schlichtes Zivil und deshalb auch keine Schulterstücke — Anmerkung der Redaktion) zudecken.“ Diese aus dem Jahre 1987 stammenden Zeilen - geschrieben trotz Entspannung, „Glasnost“ und „Perestrojka“ — sollten alle Soldaten der Bundeswehr und die Bür-

ger unseres Staates zum Nachdenken anregen. Wir alle sollten jedoch auch Hoffnung haben, daß eine wirkliche Entspannung — ohne Agitation und Propaganda — zwischen Ost und West entstehen kann. Dazu hat ganz erheblich der Besuch von Gorbatschow in Washington im Jahre 1987 beigetragen. Hierbei ist ganz besonders das Abkommen über die Beseitigung sämtlicher landgestützter Atomraketen mittlerer Reichweite von grundsätzlicher Bedeutung. Dieses INF-Abkommen wird als rüstungspolitischer „Durchbruch“ von historischer Tragweite gerühmt, das auch die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR verbessern kann.

Quellen:

- Armee für den Frieden und Sozialismus — Geschichte der Nationalen Volksarmee der DDR, Leiter Autorenkollektiv: Generalmajor Prof. Dr. Reinhard Brühl, 2. Auflage, Berlin-Ost 1987
- „Armeerundschau“, Berlin-Ost, Jahrgänge 1968 bis 1987
- Ausgewählte Reden und Aufsätze von D. F. Ustinow, Berlin-Ost 1981.
- Das Moderne Militärwesen, Berlin-Ost 1968
- Das Potsdamer Abkommen — Dokumentensammlung, Berlin-Ost 1980
- Den Frieden unsere Tat, von E. Honecker, Berlin-Ost, 1982
- „Der Kämpfer“ — Monatszeitung der Kampfgruppen, Ost-Berlin, Nr. 15, Nr. 27, Nr. 38, 1956
- Die bewaffneten Organe der DDR, Bonn, ohne Jahresangabe
- Die DDR, Schriftenreihe der Inneren Führung, Bonn 1977
- Die NVA in der sozialistischen Verteidigungskoalition, Berlin-Ost 1982
- Die NVA — Kernstück der Landesverteidigung der DDR, von Thomas M. Forster, sechste überarbeitete Auflage, Köln, 1983
- Die NVA, Schriftenreihe der Inneren Führung, Bonn, 1971, Die NVA III, Bonn 1974
- Die Volkskammer der Deutschen demokratischen Republik, 8. Wahlperiode, Berlin-Ost 1982
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin-Ost, 19. Oktober 1978 und 2. April 1982
- Handbuch der Kämpfer Ost-Berlin, 1962
- Handreichung zur sozialistischen Wehrerziehung, herausgegeben von Karl Ilter, Albrecht Herrmann und Helmut Stolz, Berlin-Ost 1974
- „Hefte der Kasernierten Volkspolizei“, Berlin-Ost, Nr. 14, 1952
- Innere Führung der Bundeswehr, in Militärlexikon, Berlin-Ost 1971 und 1973
- „Militärgeschichte“, Berlin-Ost, Nr. 2/1975, Nr. 1/1977, Nr. 3/1977, Nr. 4/1981 und Nr. 12/1982
- Militärgeschichte im Klassenkampf unserer Zeit, Potsdam 1983
- „Militärwesen“, Berlin-Ost, Nr. 2/1958, Nr. 11/1978, Nr. 2/1979 und Nr. 4/1980
- „Neues Deutschland“, Berlin-Ost, Jahrgänge 1982 bis 1987
- „Neue Zürcher Zeitung“, 208. Jahrgang, Zürich, Nr. 277, 1987
- Programm für die vormilitärische Ausbildung an den Universitäten, Hochschulen und Fachhochschulen der Deutschen Demokratischen Republik, in „Militärwesen“, Berlin-Ost, Nr. 3/1975
- Soldaten der ersten Stunde, von M. Drews und M. Stoll, Berlin-Ost 1981
- Sozialistische Landesverteidigung, von H. Hoffmann, Berlin-Ost 1979
- Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin-Ost 1982 und 1985
- Strategy in the Missile Age, Bernard Brodie, Princeton 1959
- Taschenbuch der Landstreitkräfte, Band 2, Die Armeen der Warschauer-Pakt-Staaten, herausgegeben von Friedrich Wiener, München 1974
- Thesen des ZK der SED zum Karl-Marx-Jahr 1983, Berlin-Ost 1982

- The Military Balance, London, 1982/83
- Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968, Berlin-Ost 1968
- „Volksarmee“, Berlin-Ost, Jahrgänge 1981 bis 1987
- Wehrdienst — Warum? — Wann? — Wo? — Wie?, Leiter des Kollektivs: Oberst Gesellschaftswissenschaftler Rolf Leuschner, Berlin-Ost 1974
- Wie funktioniert das — Die Bundeswehr, bearbeitet von Brigadegeneral Werner von Scheven, Brigadegeneral Dipl.-Ing. Hartmut Schmidt-Petri und Werner Digel, Mannheim/Wien/Zürich, 1987
- Zeittafel zur Militärgeschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1949 bis 1984, Leiter des Autorenkollektivs: Oberst Doz. Dr. sc. Toni Nellen, Berlin-Ost 1985
- Zuverlässiger Schutz des Sozialismus, E. Honecker, Berlin-Ost 1977

Das INF-Abkommen: ein Risiko für den Frieden?

Norbert M. Schütz

Von seiner Bedeutung her kann das Wort „Risiko“ in zweierlei Hinsicht angewandt werden: „Risiko“ in seiner sprachlichen Bedeutung als ein Wagnis, das kühn zum Nutzen einer wichtigen Sache unternommen werden muß; „Risiko“ im Sinne einer Gefahr, das tunlichst zur Vermeidung eines Schadens vermieden werden sollte. Folgt man den vielen Kommentaren der Medien, die zum INF-Abkommen abgegeben wurden, so läßt sich das Abkommen in seiner Bewertung in beiden Richtungen als eine risikoträchtige politische Entscheidung beurteilen. Davon unterscheiden sich nicht ebenso die Erklärungen des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz (DBK), Bischof Dr. Dr. Karl Lehmann, zur Unterzeichnung des Abkommens wie die der GKS. Letztere wurde vom Sachauschuß Sicherheit und Frieden verfaßt und von anderen Gremien der GKS gutgeheißen.

Das INF-Abkommen: ein Wagnis für den Frieden

Die Erklärung des Vorsitzenden der DBK spricht mehrmals von einem Abkommen, das zur Ermutigung und Hoffnung berechtigt. „Erstmals wird ein wirksamer Schritt hin zur Abrüstung getan. Wir bitten alle Verantwortlichen, auf diesem Weg weiterzugehen, damit der Wille zum Frieden glaubwürdig und überzeugend zum Ausdruck gebracht wird. . . . Das Abkommen ermutigt alle, die jeweils in ihrer politischen Verantwortung oder an ihrem Platz in Gesellschaft und Kirche sich beharrlich und oft mit großer Anstrengung dafür eingesetzt haben, daß die Kette der Vor- und Nachrüstung endlich einmal durchbrochen wird. . . . Es ist bitter nötig, daß auf dem einmal eingeschlagenen Weg weitergegangen wird. . . . Außerdem gilt es eine unkontrollierte Rüstungsdynamik im Weltraum zu verhindern. Schließlich müssen die Gespräche über die weltweite Beseitigung aller chemischen Waffen so bald wie möglich zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht werden.“

Während die Erklärung des Vorsitzenden der DBK auf die heftige Auseinandersetzung um die „Nachrüstung“ verweist und an die aufgekommenen Ängste und schmerzhaftes Polarisierung in unserem Land erinnert, beruft sich die Erklärung der GKS auf die konsequente westliche Politik, die zum Abschluß des INF-Abkommens geführt hat. Zudem macht die GKS-Erklärung aufmerksam auf den Willen beider Großmächte, „ernsthaft die eigene Haltung zu überprüfen und zugleich die Erfahrungen und Ängste, die Interessen, Erkenntnisse und Wertungen der anderen Seite zu würdigen“ (Gerechtigkeit schafft Frieden, S. 50).

Die Erklärung des Vorsitzenden der DBK spricht von neuer Hoffnung, die die weltweite Beseitigung der Mittelstreckenwaffen weckt. Die GKS-Erklärung begnügt sich mit der Feststellung, daß das Abkommen dazu beitragen *kann*, „den konstruktiven Dialog zwischen Ost und West zu verbessern, Spannungen abzubauen, Vertrauen zu schaffen und Impulse für die Fortführung des Rüstungskontrolldialoges zu geben“. Darin liegt vor allem die politische Bedeutung des Abkommens — seine mögliche und zu erhoffende Auswirkung auf die Zukunft. Wenn das Abkommen dieser Art eine auslösende Fernwirkung

bewirkt, „den Einstieg zu einer größeren, umfassenderen Lösung“ (Franz-Josef Strauß), hat sich das Wagnis als ein kühnes politisches Unternehmen wahrhaft gelohnt. Es ist ein Stück jener Sicherheitspolitik, die sich als Gesamtheit der politischen Ziele versteht, Strategien und Instrumente zu kreieren, die der Kiegsverhinderung bei Wahrung der Fähigkeit zur politischen Selbstbestimmung dienen. „Es kann nicht oft genug betont werden, daß die Politik des Friedens viel umfassender ist als das Bemühen um seine bloße Sicherung (GsF, 4.3.1)“, mahnt die bischöfliche Erklärung.

Das IFN-Abkommen: eine Gefahr für den Frieden

Vom sicherheitspolitischen Standpunkt und in diesem Zusammenhang betrachtet, wird das IFN-Abkommen im Sinne politischer Stabilität als begrüßenswert zu betrachten sein. Im Sinne der Stabilität im militärischen Bereich müssen hingegen ernsthafte Zweifel angemeldet werden. Vorsichtig meldet der Vorsitzende der DBK seine Bedenken an: „In Europa kommt es nun vor allem darauf an, die Unterschiede, die im Bereich der nuklearen Kurzstreckensysteme sowie der herkömmlichen („konventionellen“) Waffensysteme bestehen, durch Abrüstung zu beseitigen. . . . Auch Abrüstungsschritte sind ethisch daran zu messen, ob sie der Kiegsverhütung dienen und mehr Sicherheit gewährleisten.“ — „Rüstungskontrolle und Abrüstung dürfen die Sicherheit nicht gefährden, sondern müssen sie stabilisieren“, bringt die GKS-Erklärung in Erinnerung und stellt in diesem Zusammenhang einen Querverweis zu GsF, S. 53, her: „Bereits bestehende oder geplante militärische Mittel dürfen Krieg weder führbarer noch wahrscheinlicher machen.“

Mit dieser ausdrucksvollen Unterstreichung bringt die GKS ihre große Sorge vor, die militärische Überlegenheit der Sowjetunion dürfe auch in Zukunft nicht zur Wirkung kommen, indem die westliche Kiegsverhinderungsstrategie durch Einschränkung ihrer Flexibilität als Folge des IFN-Abkommens eingeschränkt wird. Sie erwartet daher, daß die politische und militärische Wirkung verbleibender Ungleichgewichte durch einen umfassenden Ansatz zur Rüstungskontrolle beseitigt wird.

Die GKS war gut beraten, sich zunächst mit konkreten Forderungen hinsichtlich des Vorbringens von Vorschlägen an Maßnahmen zurückzuhalten, die notwendig sind, um eine gesicherte Verteidigungsfähigkeit als Voraussetzung zur Kiegsverhütung und als Basis für die Fortentwicklung des Ost-West-Dialogs zu gewährleisten. Ihre „besonderen Freunde“ hätten sie schnell zu „kalten Kiegnern“ gestempelt. Sollte es jedoch nach einer geraumen und vertretbaren Zeit zu befriedigenden Vorschlägen auf Grund einer realistischen Abschätzung nicht kommen, wäre sie aus ihrem Selbstverständnis heraus gefordert, sich zu Wort zu melden. Durch die jetzt geschaffene sicherheitspolitische Großwetterlage ist es militärpolitisch durchaus vertretbar, für eine gewisse Zeit eine gravierende Lücke im Verteidigungsspektrum hinzunehmen. Jedoch kann es auf Dauer nicht hingenommen werden, daß es den Sowjets zusätzlich durch das IFN-Abkommen gestattet wird, über eine Disparität zu ihren Gunsten und Optionen zu verfügen, denen nur durch eine adäquate Abrüstung ihrerseits begegnet werden kann. Sollten sie daher in überschaubarer Zeit und entgegen ihren Beteuerungen sich nicht zu entsprechenden Rüstungsreduktionen entschließen

können, wäre die glaubwürdige Bereitstellung atomarer Kampfmittel durch Modernisierung des vorhandenen Potentials an nuklearen Kurzstreckenwaffen (keine Nachrüstung!) und die Sicherung einer ausreichenden Qualität und Quantität bei den konventionellen Streitkräften geboten. Die Frage nach einem europäischen „atomaren Schirm“ mit Hilfe der Franzosen und Briten zum Schutz der Bundesrepublik Deutschland würde sich ebenso stellen wie die nach einer Überzeugungsarbeit, daß ohne Atomwaffen das Ende der Strategie der Flexiblen Reaktion (MC 14/3) und damit die Fähigkeit der Abwehr eines Angriffs mit überlegenen konventionellen Streitkräften besiegelt wird.

Das IFN-Abkommen: ein Wagnis, eine Gefahr für den Frieden? Was wird es wirklich sein?

Diese Frage zuverlässig zu beantworten wird kaum möglich sein. Zuviel Unwägbarkeiten in der derzeitigen politischen Landschaft sind gegeben. In diesem Zusammenhang deutet der Vorsitzende der DBK in seiner Erklärung auf einen gravierenden Punkt: „... beim Ost-West-Konflikt handelt es sich nach wie vor im Kern um einen Wahrheitskonflikt, um gegensätzliche Vorstellungen vom Menschen und seinem Zusammenleben in der Gesellschaft.“

Auf gewaltfreiem Weg — und nicht anders dürfte es geschehen — durch einen friedlichen Wettbewerb ist der „Wahrheitskonflikt“ auszutragen. Und wie steht es mit den Erfolgsaussichten? Gorbatschow selbst sprach's während der Strauß-Visite aus: „Wir sind unserer Struktur und unserem System verpflichtet... Wir werden unser System nicht ändern.“ So wird an der Lebenssubstanz des Marxismus in Zukunft nicht gerüttelt. Der dialektische und historische Materialismus als Programm und in seiner praktischen Form lebt ungebrochen fort. „Perestrojka“ bedeutet nach den Worten von Gorbatschow, daß durch die Propagandisten der Partei noch mehr als bisher die Sowjetbürger in Kindergarten, Schule, auf der Arbeit und selbst in Freizeit mit dem offiziellen Kurs vertraut gemacht werden. Einen Pluralismus, der auf den Prinzipien der Menschenrechte beruht, wird es nicht geben — muß aus den Worten von Gorbatschow gefolgert werden. Also wird es auch kaum eine Diskussion um den Fortbestand der kommunistischen Weltrevolution geben können. Daraus läßt sich der deutliche Hinweis am Ende der Erklärung der GKS schließen: „Auf die Verwirklichung der Menschenrechte darf ebensowenig verzichtet werden wie auf die feste Entschlossenheit, sich der Übermacht des Mächtigen nicht zu unterwerfen; ein solcher Verzicht würde dem Frieden nicht dienen, sondern ihn gefährden. Das Washingtoner Abkommen kann und muß einen Weg weisen, Rahmenbedingungen zu schaffen, die einen dauerhaften Frieden mit weniger Waffen ermöglichen.“

Wie könnten diese Rahmenbedingungen im Gefolge des IFN-Abkommens aussehen? Das Ergebnis des Strauß-Besuchs in Moskau gibt hierfür gewisse Hinweise. Sie sollten auf ihre Verwirklichung mit großer Nüchternheit untersucht werden. Gorbatschow muß beim Wort genommen werden, zumal es nach Bekundung des bayerischen Ministerpräsidenten „glaubhaft dargelegt“ wurde. Demnach trete Moskau für die „Eliminierung von Ungleichgewichten und Asymmetrien“ ein; für die Reduktion auf ein Niveau, das „unzureichend für offensive Aktionen“ sein solle.

Es gibt derzeit keinen Grund, an Gorbatschows Redlichkeit zu zweifeln; auf welcher Überzeugung auch immer sie gründen mag. Seine Absichten verdienen unsere Unterstützung, um die Welt ohne Konfrontation und Angst leben zu lassen. Diese Unterstützung wäre jedoch schnell zu überprüfen, sollte sich eine Diskrepanz zwischen Ankündigung und Umsetzen in die Tat ergeben. „Neues Denken“ und erklärte Absichten lassen sich von heute auf morgen ändern, solange

- die zur Invasionsfähigkeit gerüsteten und strukturierten Streitkräfte einschließlich einer entsprechenden Führungs- und Befehlsstruktur nicht zur reinen Verteidigung umgewandelt wurden;
- die Sowjets nicht aufhören, auffällig mehr Nachschub nach vorn zu bringen und die SS-24-Rakete einzuführen, die praktisch das IFN-Abkommen in seiner Wirkung unterläuft;
- die sowjetische Militärdoktrin nur von der Rechtfertigungsbehauptung her als defensiv bezeichnet werden kann;
- bei militärischen Übungen vom Prinzip des totalen Sieges auf dem Territorium des Westens ausgegangen wird;
- die Räumung der DDR, Polen und der Tschechoslowakei durch die Rote Armee nicht erfolgt ist bzw. sie dort nicht auf ein Minimum reduziert wurde, ohne dabei auf absehbare Zeit die Zugehörigkeit dieser Länder zum Warschauer Pakt in Frage zu stellen;
- der seit acht Jahren geführte Krieg in Afghanistan nicht beendet wird, der den Afghanen bis jetzt eine Million Tote, den Sowjets 25 000 gefallene Soldaten eingebracht hat.

Ob das IFN-Abkommen ein Wagnis oder eine Gefahr für den Frieden sein wird oder „die Morgenröte einer friedlichen Zukunft“ (Kardinal Wetter), muß sich noch erst erweisen! Der Beweis, daß das Abkommen als Wagnis sich gelohnt hat, wird die Zukunft bestätigen müssen. Was wir wollen, wissen wir. Aber zwischen Wunsch und Wirklichkeit klafft noch eine erhebliche Lücke. Die Bewährungsprobe auf den Frieden steht noch aus.

Sind unsere Soldaten potentielle Mörder?

*Gedanken zum umstrittenen „Soldaten-Urteil“ der 14. Strafkammer
des Landgerichts Frankfurt/Main*

Karl-Wilhelm Becker

Das Landgericht zu Frankfurt hat am 8. Dezember 1987 einen Arzt, der Soldaten als potentielle Mörder bezeichnet hatte, von der Anklage der Volksverhetzung und Beleidigung freigesprochen. Eine solche Stellungnahme — so das Gericht — sei vom Grundrecht der freien Meinungsäußerung gedeckt, heißt es in der am 18. Januar 1988 veröffentlichten Begründung dieses Urteils.

Folgender Tathergang war diesem Urteil vorausgegangen. Am 31. August 1984 veranstaltete die Friedrich-Ebert-Schule in Frankfurt/Main einen sogenannten „Friedenstag“ zum Gedenken an den Ausbruch des 2. Weltkrieges. Aus diesem Anlaß fand eine Podiumsdiskussion vor etwa 100 Schülern statt, die von einer Lehrerin geleitet wurde. Als Diskussteilnehmer waren der Angeklagte als Vertreter der Organisation „Ärzte zur Verhinderung eines Atomkrieges“, ein amerikanischer Pfarrer sowie ein Jugendoffizier der Bundeswehr, Hauptmann W., anwesend. Diese Veranstaltung wurde eingeleitet durch eine Filmvorführung. Gezeigt wurde der Anti-Kriegsfilm „Logik des Schreckens, Teil 2“, der sich mit der Verteidigung Europas befaßt und nach der Erklärung des Angeklagten folgenden Inhalt hat: Der Film vergleicht die Waffensysteme des Warschauer Paktes mit denen der Nato. Er beschreibe detailgetreu Kriegsschauplätze nach dem Einsatz konventioneller, chemischer und atomarer Waffen. Auch das Natokonzept des „integrierten Gefechtsfeldes“, des Übergangs vom konventionellen zum nuklearen Gefecht werde vorgestellt. Der Film zeige auch das Verhalten von Soldaten nach dem Einsatz von Atomwaffen. Im Interview mit hochrangigen Militärs werde die „Logik des Schreckens“ deutlich; die angesichts des Einsatzes von Atomwaffen zu erwartenden erheblichen Verluste an Menschenleben würden zum Problem des „Ersatzwesens“ reduziert. Der Film — so gab der Angeklagte an — habe unter den Schülern der Friedrich-Ebert-Schule Entsetzen und Erschütterung ausgelöst. Nach Beendigung der Vorführung habe zunächst beklommenes Schweigen geherrscht, in der ein Junge hineingerufen habe: Da kann man nur noch fortlaufen. Nach einer kurzen Pause zur Sammlung wurde die Podiumsdiskussion eröffnet, deren Verlauf der Angeklagte wie folgt geschildert hat: „Als Hauptmann W. zu Wort gekommen sei, habe er den vorher formulierten Fluchtgedanken des Jungen aufgegriffen. Er habe gemeint, solche Fluchtgedanken seien zwar verständlich, aber unsinnig. Die in dem Film gezeigten Waffensysteme dienten nur der Abschreckung, niemand denke daran, daß diese auch wirklich zum Einsatz kämen. Wenn das passierte, hätte die Bundeswehr ihren Zweck verfehlt. Mit Hinweis auf die Rüstungspotentiale des Warschauer Paktes und statistisches Zahlenmaterial sei es Hauptmann Witt gelungen, die Schüler zu beruhigen.

Nunmehr habe er, der Angeklagte, sich in die Diskussion eingeschaltet. Er habe darauf hingewiesen, daß es realitätsfern sei, angesichts der gezeigten Waffenpotentiale an Flucht zu denken. Auf die Frage aus dem Plenum, was man denn dagegen tun könne, habe er ge-

antwortet, man müsse etwas tun, damit der Rüstungswahn und die Einsatzpläne sich nicht realisierten. Er habe die Schüler aufgefordert, gegenüber den Worten der Politiker und der Militärs mißtrauisch zu sein. Er habe darauf hingewiesen, daß das Thema „Militär“ in der gesellschaftlichen und politischen Diskussion weitgehend tabuisiert und die militärische Gewaltanwendung als ehrenhaft dargestellt werde. Das im Rahmen des Militärs geltende antidemokratische Befehls-Gehorsam-Prinzip werde in der Gesellschaft als notwendiges Übel akzeptiert. Kein Staat verzichte auf Militär, auch liberaldemokratische Systeme nicht. Das hierarchische Befehls-Gehorsam-Prinzip widerspreche aber dem Anspruch des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates. Es gebe auch keine prinzipielle Unterscheidung zwischen den Armeen, z.B. der Roten Armee, der US-Armee, der Volksarmee oder der Bundeswehr. Überall gebe es den „Drill“ zu funktionieren, auch die Bundeswehr habe in erster Linie den traditionellen Soldaten, den funktionierenden Befehlsempfänger im Visier, nicht den mündigen Demokraten.

Dafür gebe es die Kasernierung während der ersten drei Monate, die Reglementierung der Kleidung und Haartracht, Gruß- und Umgangsrituale, die Unterbringung in Mehrbettzimmern. Er habe weiter die persönliche Krisensituation beschrieben, in die junge Soldaten aufgrund des Verlustes sozialer Bindungen, der Einschränkung ihrer persönlichen Privatsphäre und des hohen Konformitätsdrucks gerieten. Er habe kritisiert die Vermittlung hierarchischer Strukturen bei der Bundeswehr, die Demonstration des militärischen Gewaltsystems, die militärische Lebensform insgesamt, und er charakterisierte die dreimonatige Grundausbildung als Gefügigkeitserziehung. Der beschriebene Drill führe zu einer psychischen Dauerbelastung. Zugleich mache er die Soldaten gefügig und unkritisch, er präpariere sie auch zum Töten, wobei das Gewissen ausgeschaltet werde. Mit der gleichen Selbstverständlichkeit, mit der man zur Übung auf die Scheibe schieße, werde später auch auf Menschen geschossen.

Er habe ausgeführt, daß man das als Mord verstehen müsse. Unter direkter Einbeziehung der anwesenden Schüler habe er gesagt, wenn sie später zur Bundeswehr gingen, würden sie potentielle Mörder sein. In dieser Situation fielen die dem Angeklagten zur Last gelegten Äußerungen: *„Jeder Soldat ist ein potentieller Mörder – und Sie auch, Herr Hauptmann“*; *„Ich stehe zu dem, was ich gesagt habe, weil jeder Soldat ein potentieller Mörder ist und weil Sie Soldat sind.“* „Bei der Bundeswehr gibt es einen Drill zum Morden über 15 Monate lang, besonders in den ersten drei Monaten.“ Als sich der Hauptmann daraufhin einschaltete und den Angeklagten zur Zurücknahme dieser Äußerungen bzw. Richtigstellung aufforderte, lehnte der Angeklagte dies ab mit der Begründung, er könne den Hauptmann als hochrangigen Bundeswehroffizier und Scharfschützen nicht von der Beurteilung ausnehmen. Dieser Streit führte zum baldigen Ende der offiziellen Podiumsdiskussion. Die Gespräche wurden aber in kleineren Gruppen fortgesetzt. Von Hauptmann Witt erneut angesprochen, äußerte der Angeklagte: *„Für sie noch einmal zum Mitschreiben, Herr Witt: Die Bundeswehr bildet zum Morden aus, insbesondere in den ersten drei Monaten.“*

Die Kammer sprach den Angeklagten daraufhin frei — für viele unverständlich, aber wahr. Für sie war der sogenannte moralisch-ethische Maßstab, die der Angeklagte in der vorhergehenden Podiumsdiskussion klargemacht habe, Beweis genug, um ihn freizusprechen. Die Kammer hat auch — in ihrer Begründung — berücksichtigt, daß die Verwendung des Begriffs „potentieller Mörder“ durch den Angeklagten als juristischem Laien erkennbar nicht auf einer Beurteilung nach den geltenden Rechtsnormen, sondern nach einem davon abweichenden moralischen Maßstab beruht. Mit dem „Drill zum Morden“ kritisierte der Angeklagte — so die Kammer — gleichzeitig die Erziehung und Gefügigmachung der Soldaten, diese Tötung auszuführen. Unter Berücksichtigung dieses Gesamtzusammenhanges waren die Erklärungen des Angeklagten für die Zuhörer dieser Diskussion als politisches Werturteil eines Pazifisten — so das Gericht — zu verstehen, der die Tötung im Krieg als ungerechtfertigt ablehnt und ethisch mißbilligt.

Durch die Verwendung des Begriffes „potentielle Mörder“ hat laut Kammer der Angeklagte auf einen von ihm empfundenen Mißstand aufmerksam machen wollen: der Differenzierung zwischen rechtlich erlaubtem, sozialetisch gebilligtem Töten im Krieg durch Soldaten und den ansonsten bei Strafe verbotenen Tötungen anderer Menschen, die er von seinem Moralsystem her ablehnte. Hierin kann — laut Kammer — auch wenn es sich um eine besonders scharfe, harte und von den Betroffenen als polemisch empfundene Kritik, die von den anderen moralischen Bezugssystemen auch als offenkundig unberechtigt betrachtet werden mag, noch kein besonders massiver ehrverletzender Angriff gesehen werden. Einen solchen sah das Gericht auch nicht in der Form der Erklärung, insbesondere in der Verwendung des Ausdrucks „potentieller Mörder“ zur Umschreibung der vom Angeklagten inhaltlich gemeinten moralwidrigen Tötungen. Es sei Sinn — so das Gericht — jeder zur Meinungsbildung beitragenden öffentlichen Äußerung, Aufmerksamkeit zu erregen. Deshalb seien auch starke und übersteigerte Formulierungen, durch die der Standpunkt betont werden soll, von der Kommunikationsfreiheit gedeckt und hinzunehmen.

Die Verwendung des Begriffs „potentielle Mörder“ war — so die Kammer — aus der Sicht des Angeklagten besonders plakativ und brachte das Problematische der Differenzierung zwischen erlaubtem Töten im Krieg und ansonsten strafbarer Handlung ins Bewußtsein. Die Kammer vermag den Äußerungen des Angeklagten auch keinen Angriff auf die Menschenwürde der Soldaten zu entnehmen. Die Äußerungen des Angeklagten sind letztlich — so die Richter — auch nicht geeignet, den öffentlichen Frieden zu stören.

Unter Berücksichtigung des von der Kammer ermittelten Erklärungsgehaltes sind die Äußerungen, heißt es abschließend in diesem Urteil, des Angeklagten, gemessen an diesen Maßstäben, noch hinzunehmen. Trotz der überspitzten Formulierung stellen sie keinen Wertungsmaßstab dar. Nach alledem war der Angeklagte unter Aufhebung des angefochtenen Urteils von den Vorwürfen der Volksverhetzung und der Beleidigung freizusprechen.

Dieses Urteil ist nach meiner Auffassung einer der größten Justizskandale seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Jeder in diesem Staate kann unbestraft unsere Soldaten „potentielle Mörder“ nennen. Das amtliche Siegel unter diesem Urteil bringt Millionen von Bürgern, die gerade deshalb Soldaten der Bundeswehr sind oder gewesen sind, um Töten zu verhindern, gedanklich in die Nähe des übelsten Verbrechens, das unsere Zivilisation kennt. Genauso sieht es mit ihren Vätern und Großvätern aus, die ihre Pflicht im ersten und zweiten Weltkrieg getan haben, und mit all den Gefallenen und den Kriegsbeschädigten. Dies ist meiner Meinung nach um so empörender, wenn man den genauen Wortlaut des Mord-Paragraphen des Strafgesetzbuches kennt. Der § 211 StGB besagt: „Der Mörder wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft. Mörder ist, wer aus Mordlust, zur Befriedigung des Geschlechtstriebes, aus Habgier oder sonst aus niedrigen Beweggründen, heimtückisch oder grausam oder mit gemeingefährlichen Mitteln oder um eine andere Straftat zu ermöglichen oder zu verdecken, einen Menschen tötet.“ Wer unsere Soldaten in die Nähe derartiger Verbrechen rückt, begeht nach meiner Meinung eine ganz große Beleidigung vieler Millionen von Bürgern und eine ebensolche Volksverhetzung. Diese richterliche Verkennung der Garantie unserer freiheitlichen rechtsstaatlichen Gesellschaftsordnung gegen äußere Bedrohung durch die Bundeswehr als kriminelles Potential von Individuen muß nach Ansicht des verteidigungspolitischen Sprechers und stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion Uwe Ronneburger wenigstens politisch korrigiert werden. Denn — so Ronneburger —: Es kann ja wohl nicht angehen, daß die Dritte Gewalt ihre eigene Unabhängigkeit nach außen von „potentiellen Mördern“ schützen läßt. „Unverständlich“ hat Bundespräsident Richard Freiherr von Weizsäcker — der selbst Soldat und Offizier im letzten Weltkrieg war, dieses Urteil genannt. Die jetzt vorliegende Begründung macht es nicht verständlicher — nur noch ärgerlicher und schlimmer. Sie ist meines Erachtens eine Vergewaltigung jedweder Logik und ein Eiertanz des schlechten juristischen Gewissens. Wer von uns die Sendung „Der perfekte Mord“ am 14. Januar 1988 um 20.45 Uhr im Fernsehen betrachtet hat, weiß, worum es hier geht: „Um die ‚Massenvernichtung‘ von 32000 bis 50000 Menschen, die im Dritten Reich durch Richter umgebracht worden sind.“ Man kann doch heute nicht aus diesem Grunde von Richtern als „potentiellen Mördern“ sprechen. Und wie war es denn bei den Ärzten — der Angeklagte ist selbst Arzt —, die im Dritten Reich durch Euthanasie und in den Konzentrationslagern ungezählte Menschen getötet haben. Man braucht nur an den berühmt-berühmten KZ-Arzt Dr. Mengele zu denken. Aber deshalb sollte und kann man heute auch Ärzte nicht als „potentielle Mörder“ bezeichnen. Genausowenig kann man aber dann auch Millionen von Menschen unseres Volkes, die alle Soldaten waren, ungestraft als „potentielle Mörder“ bezeichnen. Das ist nach meiner Auffassung die schlimmste Beleidigung, die man damit einem großen Teil unseres Volkes angetan hat, ganz zu schweigen von der für mich damit verbundenen eindeutigen Volksverhetzung allergrößten Grades. Deshalb ist es gut, daß der Bundesminister der Verteidigung Revision gegen dieses Frankfurter Gerichtsurteil eingelegt hat. Man kann nur hoffen und wünschen, daß ihr stattgegeben wird. Urteile in der Weimarer Republik — wie das Urteil gegen Reichspräsident Ebert, den man laut Gerichtsbeschluß einen Verräter nennen durfte — haben mit dazu

beigetragen, diese erste Demokratie auf deutschem Boden bis in ihre Grundfesten hinein zu erschüttern. Deshalb wäre es mehr als gut, wenn dieses Urteil korrigiert würde, damit großer Schaden von unserer freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie so schnell wie möglich abgewendet würde.

Presse — Medien

Arbeitsgemeinschaft Katholische Presse

Ansprachen Rom-Seminar

Heiliger Vater,

wir danken Ihnen für diese Begegnung und bitten um Gottes Segen für Sie und Ihr Petrusamt. Die alte, ewige Wahrheit des Evangeliums in der Sprache unserer Zeit weiterzugeben — ohne Anpassung an den Zeitgeist —, betrachten wir als unsere Pflicht. Die kirchliche Lehre mit ihrer ehrwürdigen Tradition in der Sprache der Menschen von heute zu vermitteln, fühlen wir als unsere Aufgabe. Dadurch wirken wir als Verleger und Redakteure an der ständigen Erneuerung der Kirche mit. Wir tun das in einer schwierigen gesellschaftlichen Situation. Wir schreiben für die Satten und müssen ihnen von den Hungernen berichten. Wir arbeiten für die Menschen in Freiheit und sprechen von den Unterdrückten. Das ist oft schwer.

Wir schreiben — gemäß „*Communio et progressio*“ — in kritischer Liebe zur Kirche und werden — trotz „*Communio et progressio*“ — hier und dort in der Kirche mißverstanden. Wir werden uns mühen, diese Spannungen zu bewältigen — im Interesse unserer Leser und damit im Interesse der Ortskirche und der Weltkirche. Dazu erbitten wir Ihr ermutigendes Wort und Ihren Apostolischen Segen.

Heiko Klinge

Sehr geehrte Damen und Herren!

Als Redakteure und Verleger der katholischen Presse in der Bundesrepublik Deutschland nehmen Sie an einem Rom-Seminar der Arbeitsgemeinschaft Katholische Presse teil. Diese Initiative soll Ihnen Gelegenheit bieten, Ihren Wissensstand zu erweitern, persönlichen Kontakt mit jenen zu pflegen, die mir bei der Wahrnehmung des Petrusdienstes unermüdlich helfen, und Ihre Verbundenheit mit dem Apostolischen Stuhl zu vertiefen. Ich begrüßwünsche Sie zu dieser Initiative und entbiete Ihnen meinen herzlichen Willkommensgruß.

Die kirchliche Presse versteht sich als Instrument im Konzert der Medienkommunikation, vor allem der öffentlichen Meinungsbildung. Mancher mag ihre Stimme für schwach halten, weil sie eher in der Stille wirkt und im allgemeinen selten Schlagzeilen macht, keine spektakulären Ereignisse signalisiert. Dennoch ist sie von großer gesellschaftspolitischer Bedeutung. Ich erinnere nur an die kirchlichen Hilfswerke Misereor, Adveniat und Missio, für die wesentlich durch den Einsatz der Kirchenpresse ein öffentliches Bewußtsein geschaffen werden konnte. Nur dadurch ist es möglich, daß diese Werke ihre weltweite Information und so segensreiche Wirkung entfalten.

Auch für den Dienst, den die Kirche mit der Verkündigung der Frohen Botschaft an den Menschen zu leisten hat, ist die Kirchenpresse ein bedeutsames Mittel. Nur in ihren Publikationen kann die Kirche ihre Lehre und ihren Standpunkt zu den Ereignissen unverkürzt darlegen und sich in angemessener Weise an den Diskussionen beteiligen, die wichtige Fragen der Ethik, des Friedens und der Gerechtigkeit betreffen. Die ständig notwendige Erneuerung der Kirche mit dem Ziel, ihren Verkündigungsauftrag zeitgerecht zu erfüllen, bedarf der Begleitung und Deutung durch die Kirchenpresse. Sie bringt nicht nur das Licht der Wahrheit Christi, sondern auch die Wärme der Liebe Christi zu den Armen, den Kranken, den Verfolgten, den jungen Menschen, die Orientierung suchen und nach dem Sinn des Lebens fragen, sowie zu den Alten, die Trost und Hoffnung erwarten.

Der starke Aufschwung, den die kirchliche Presse nach dem Krieg erlebte, wurde von einer inneren und äußeren Krise abgelöst, die zweifellos mit dem Rückgang des kirchlichen Lebens in der Bundesrepublik Deutschland zusammenhängt. Die Arbeitsgemeinschaft Katholische Presse hat neue Konzeptionen entwickelt und konstruktive Ideen für ein tragfähiges Konzept der Weiterentwicklung eingebracht. Dafür möchte ich Ihnen allen — den Verlegern und Redakteuren und ihren Mitarbeitern — herzlich danken. Die Grundlagen für die Arbeit des katholischen Journalisten und Verlegers sind in der Pastoralinstruktion „*Communio et progressio*“ zutreffend beschrieben. In dieser Instruktion wird auch darauf hingewiesen, daß die Kirche die Eigenständigkeit und Eigengesetzlichkeit der Medien respektieren muß, um ihnen ein Höchstmaß an publizistischer Wirkung zu ermöglichen. Trotz manchen Fortschritts bedarf es noch mancher Geduld miteinander. Jeder muß auf den anderen hören, ohne ihm unlautere Motive zu unterstellen. Ich möchte Ihnen Mut machen, den beschrifteten Weg fortzusetzen und bei allen Enttäuschungen, die es auch in Zukunft geben wird, zuversichtlich und mit dem Einsatz aller Kräfte dazu beizutragen, daß die Menschen in einer Zeit, in der es zunehmend schwerer wird, den Weg des Heils zu finden, hilfreich begleitet werden.

Mit besten persönlichen Wünschen für Ihre wichtige katholische Medienarbeit in Ihrer Heimat, für Ihre Mitarbeiter und Angehörigen erteile ich Ihnen und allen, die Ihnen in Familie und Beruf eng verbunden sind, von Herzen meinen besonderen Apostolischen Segen.

Papst Johannes Paul II.

Anleitung, einen Vortrag zu halten

Johannes Cofalka

Ihnen ist ein Thema „kredenz“ worden, mit der Auflage, darüber einen Vortrag zu halten. Es ist nicht mehr weit bis Weihnachten und Überraschung prägt Ihr Gesicht.

Der Auftrag schmeichelt Ihrer Seele mit dem Erfolg, daß Sie ein wenig aus dem Gleichgewicht geraten.

Sie können an nichts anderes mehr denken. Es geht Ihnen wie einem Windjammer. Sie haben keinen Wind, und Ihre Weihnachtsstimmung hängt schlaff wie ein nasser Lappen.

Das Thema liegt Ihnen überhaupt nicht und der Stoff in weiter Ferne. Sie bewegen sich unsicher, als schwanke der Boden unter Ihren Füßen. Eines ist sicher, Arbeit kündigt sich an. Zusätzliche Arbeit. — Alles halb so schlimm! — Nur: Verlassen Sie sich nicht all zu sehr auf Intuitionen. Intuitionen sind nur so gut, wie das dahinter liegende Wissen. In den ersten Tagen trösten Sie sich mit der Zeit, die Ihnen bis zum Vortrag gesetzt ist. Aber zaghafte Einsichten in die Literatur machen die Aussichten noch trüber. Wohin Sie auch sehen, überall glotzt Sie das Thema aus tiefen Augenhöhlen an: „Die Reduktion der Komponenten auf eine Ebene“.

Die Sachlage ändert sich schlagartig, als Ihr Chef bei einer morgendlichen Konferenz das Thema endgültig aber modifiziert formuliert: „Das Verhalten der Komponenten bei Null“.

Das ist ein schwerer Schlag. Jedoch mit Überraschungen muß man in dieser Welt rechnen. Was Ihnen am meisten weh tut, ist der Begriff Null. Was sagt schon der Faktor Null, wo doch nur unbeschriebene Blätter vor Ihnen liegen!

Am besten, Sie beginnen mit dem ersten Schritt. Man kann auch mit dem zweiten Schritt beginnen. Aber nach kurzer Zeit bemerkt man, daß ein wichtiger Teil fehlt: die Basis. Machen Sie es wie Aristoteles. Der sagte, nachdem er seine großen Werke geschrieben hatte: „Die Einteilung ist die Hälfte vom Ganzen.“

Legen Sie Ihr Thema auf Kiel. Entwerfen Sie eine Gliederung. Eine Gliederung kann ruhig umwerfend sein. Sie können später beliebig umstellen. Aber was geschrieben ist, ist geschrieben und mehr als nichts. Legen Sie sich in den ersten Tagen oder Wochen das Gemüt eines Lumpensammlers zu. Sammeln Sie alles, was Sie brauchen können, so kreisen Sie das Thema ein. Kreis um Kreis in immer größeren Ringen. Sammeln Sie Fakten, und notieren Sie sorgfältig alle Quellen, genutzte Literatur und die Arbeitshilfen. Was Sie gleich auf Karteikarten notieren, haben Sie später schnell bei der Hand, wenn das Suchen los geht.

Und: Schreiben Sie nur nicht ganze Bücher ab! Sie schreiben nur für den Papierkorb. Sie glauben nicht, was das Gedächtnis leisten kann, wenn man es mit Informationen verwöhnt.

Wenn Sie zu den Komponenten kommen, werden Sie wie vor einer Mauer stehen. Keine Angst!

Komponenten können überall liegen, über und unter Null. Die tiefste beim absoluten Nullpunkt. Hier sollten Sie sich diskret vergewissern, wie tief diese Null wirklich ist. Ein Fehlgreifen in der Gradzahl hätte verheerende Folgen. Nicht nur Ihr Chef würde Sie sofort aus seinem Gedächtnis streichen. Der absolute Nullpunkt liegt übrigens bei -273 Grad.

Ein Grad darüber würde man Ihnen nicht so sehr anlasten wie ein oder zwei Grad darunter. Das Übertreiben kann den Ruf kosten.

Haben Sie die Gliederung, die sozusagen das Gerippe Ihres Vortrags darstellt, geht das andere fast wie von selbst. Fast. Ein wenig müssen Sie noch tun. Denken Sie sich einen Künstler, der ein Drahtgestell mit Lehm oder Gips bekleistert, bis ein grinsender Gorilla vor ihm steht. So ähnlich ist es mit Ihrem Vortrag. Sie brauchen nur das filigrane Skelett mit Fleisch füllen. Aber vergessen Sie nicht, daß zu einem guten Vortrag auch eine vielversprechende Einleitung gehört. Danach kommt der Hauptteil mit einigen Konturen, auf den lückenlos der Schluß folgt. Ihr Vortrag steht dann wie ein aufrechter Gorilla vor Ihnen, mit Einleitung, Hauptteil und Schluß bzw. mit Kopf, Rumpf und Beinen. Die Einleitung muß ein rechtes Verhältnis zum Hauptteil haben, sonst fällt der Kopf nach vorn. Das Gebiß deutet auf gewisse Eigenarten, wie Ihre Einleitung auf Schwerpunkte. Im Hauptteil können Sie lostrommeln, wie der Gorilla auf seinem Brustkorb. Den langen Armen entsprechen die Nebenschauplätze Ihres Vortrags.

Im Schluß findet die Zusammenfassung und gelegentlich die Quintessenz ihren Platz. Das Tüpfelchen auf dem i können Sie setzen, wo es Ihnen Spaß macht. Sehen Sie mal auf die Beine des Gorillas: Sie scheinen krumm und fast überflüssig. Aber sie tragen das Ganze, und mitunter hängt der ganze Koloß daran.

Wenn Sie das alles haben und Ihr Werk noch mit Skizzen und Diagrammen krönen konnten, dürfen Sie tief aufatmen, denn nun kommt das, was die Meister Rhetorik nennen, die Kunst, das Geschriebene mit dem Klang Ihrer Stimme und unaufdringlichen Gesten unter Volk zu bringen.

Beginnen Sie Ihren Vortrag nie mit „Äh“. Das ist das Vorrecht des ganz reifen Alters, aber auch nur, wenn der Vortragende eine hübsche Tochter mit in den Saal gebracht hat.

Auch wenn Sie über die Emanzipation der Frau sprechen sollten, dürfen Sie nicht mit: „Meine Herren und Damen“ beginnen. Hieraus ließe sich jedoch gut ein Anfang formulieren, der die Stimmung löst.

Verschlucken Sie nie halbe Worte, so daß Ihr Publikum etwas anderes versteht, als was Sie meinen.

Werfen Sie den Blick nicht zu oft nach oben. Es wäre möglich, daß Ihre Zuhörer enttäuscht sind, falls Ihnen von da keine Hilfe kommt, sollten Sie den Faden verlieren. Gottvertrauen nützt Ihnen nichts, wenn Sie sich nicht vorbereitet haben. Übrigens, wenn Sie wirklich einmal den Faden verlieren, legen Sie sich einen Satz für eine schöpferische Pause über das Wetter zurecht, vielleicht in dieser Art: Die Komponenten verhalten sich gelegentlich wie das Wetter. Erst bei gleichbleibenden Bedingungen ergeben sich klare Verhältnisse. Noch ein Satz, und Sie sind wieder beim Thema.

Gebrauchen Sie nur selten lateinische Zitate. Diese können das Ganze nur würzen, wenn sie gekonnt und an der richtigen Stelle wie von selbst in den Redefluß fallen.

Zitieren sie fremdländische Redewendungen nur, wenn Sie deren Bedeutung kennen. „Sauve qui peut“ heißt zum Beispiel nicht, „saufe in Maßen“, sondern „rette sich, wer kann“. Oder: „cum tempore“ heißt nicht, „nimm dir Zeit“, sondern daß man gern pünktlich beginnt, aber 15 Minuten toleriert.

Falls Sie während des Vortrags gern auf sich selbst verweisen möchten, tun Sie es dezent in Nebensätzen, da sich dort die Hauptsachen scheinbar ganz unauffällig einfügen.

Sollte man bei der Begrüßung versäumt haben, darauf hinzuweisen, daß Sie der Schüler einer berühmten Kapazität sind, dürfen Sie dieses auf keinen Fall am Ende Ihres Vortrags mit einem Seitenhieb auf Ihren Vorredner nachholen.

Sprechen Sie deutlich, langsam und in kurzen Sätzen. Barocke Responsorien finden in der Kirche bessere Resonanz. Von Lenin berichtet man: „Er dachte in Quadern und sprach in Brocken.“ Wenn Sie Ihren Zuhörern aus dem Zusammenhang gerissene Brocken vorwerfen, könnte Ihr Vortrag ein vorschnelles Ende finden, indem Ihr Publikum den Aufstand probt und den Saal verläßt.

Selbstverständlich haben Sie in Ihrem Vortrag nicht nur das Für und Wider und die Interdependenzen berücksichtigt und mit Quellen und Anmerkung belegt, sondern auch Ihre persönliche Meinung zum Ausdruck gebracht. Man erwartet das sogar, weil Ihre Arbeitsergebnisse, wenn Sie nicht gleich eine Bereicherung des Wissens dieser Welt sind, so doch dem innerbetrieblichen Ganzen dienen, auch wenn sich hieran nicht sogleich eine Gehaltsaufbesserung anschließt.

Setzen Sie nichts voraus, was Sie später durch Interpretation herausarbeiten wollen, bringen Sie in abstraktes Dunkel Licht durch konkrete Sachlichkeit. Sich auf Standpunkte zu verlegen, das ist etwas für Fakire, denen Nägel mit Haken nichts ausmachen.

Legen Sie sich ein treffendes Wort für den Anfang zurecht. Aber seien Sie nicht enttäuscht, wenn Ihnen bei der Begrüßung ein ganz anderes Stichwort zugeworfen wird.

Wortgewaltige Redundanz eignet mehr den Politikern, die mit viel Worten wenig sagen. Die Treffsicherheit im Ausdruck wird einem nicht in die Wiege gelegt, sie stellt sich, wenn man gern vor dem Publikum steht, von selbst ein, es sei denn, man hört sich selbst gern reden. Seien Sie tolerant in der Diskussion und beginnen Sie dort nie mit Adam und Eva. Das Publikum wird es Ihnen zu danken wissen.

Wer ein Freund des freien Sprechens ist, notiert sich seine Stichworte auf einer Streichholzschachtel. Das erspart seitenlanges Geschreibe, trägt nicht auf und hat denselben Effekt.

Der beste Wunsch für einen Referenten: Viel Spaß und ein bezauberndes Publikum!

Aus der nahen und fernen Welt

Österreich

AKS-Frühjahrskonferenz 1988

Michael Haubl

Vom 14. bis zum 16. März fand in Payerbach-Reichenau die Frühjahrskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten unter Vorsitz ihres Präsidenten, Divisionär Karl Majcen, statt.

Zu dieser Tagung kamen die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften aus den einzelnen Bundesländern, um gemeinsam über Fragen der Planung, des Budgets und der Organisation zu beraten. Der Militärgeneralvikar Prälat Josef Leban nahm an der gesamten Tagung teil und betonte damit das Interesse und die Verbundenheit der Militärseelsorge mit unserer Laienorganisation.

Thematisches Schwergewicht war diesmal die Frage, wie die Einbeziehung der aus dem aktiven Dienst getretenen Offiziere, Unteroffiziere und zivilen Angehörigen des Bundesheeres verbessert und intensiviert werden kann. Für diese Aufgabe hat sich Divisionär i. R. Carl Hruschka zur Verfügung gestellt und bringt seine Erfahrungen als ehemaliger Personalsachbearbeiter in das Präsidium der AKS dazu ein. Die einzelnen Diskussionsbeiträge zu den von ihm vorgelegten Vorstellungen unterstrichen die Bedeutung dieser Aufgabe, die nicht als „Betreuung“ verstanden werden will, zeigten aber zum Teil recht unterschiedliche Voraussetzungen und Erfahrungen in diesem Bereich auf.

Entsprechend der Tradition der Tagungen der AKS stellte auch diesmal die veranstaltende Arbeitsgemeinschaft ihr Bundesland, heuer das Burgenland, vor. Damit gewinnen die Teilnehmer, die ja aus ganz Österreich kommen, einen Einblick in die spezielle Situation eines Bundeslandes und vermögen sich selbst ein Bild zu machen.

Diesmal fand in diesem Rahmen ein Besuch bei einem Verband im südlichen Teil des Burgenlandes statt. Der Militärbischof Dr. Alfred Kostelecky nahm sich die Zeit, um wenigstens an diesem Teil der Tagung teilzunehmen.

Der Kommandant des Verbandes referierte nach einer kurzgefaßten Darstellung der Garnison und des Regimentes über „Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten und Militärpfarrgemeinderat aus der Sicht eines Regimentskommandanten“.

Ein Abendgottesdienst mit der Gemeinde in Deutschkreuz, zelebriert von Militärgeneralvikar Prälat Leban, beschloß diesen Tag.

Dramatischer Gefangenenaustausch in Maputo

Sechs Staaten bei der Freilassung von 136 Menschen beteiligt

Karl Breyer

In einer dramatischen Gefangenentausch-Aktion, an der sechs Staaten im südlichen Afrika und die Guerilla-Bewegung UNITA in Angola beteiligt waren, wurden am Montag in der mosambikanischen Hauptstadt Maputo insgesamt 136 Gefangene ausgetauscht. Das Unternehmen, das mehrere Monate Vorbereitung erforderte und wiederholt vor dem Scheitern stand, brachte dem Holländer Klaas de Jonge, dem südafrikanischen Major Wynand du Toit, dem Franzosen Pierre-André Albertini sowie 133 Soldaten der MPLA die von der UNITA gefangenengenommen wurden, die Freiheit. Außerdem wurden die sterblichen Überreste von einigen gefallenen Südafrikanern und Angolanern den Behörden übergeben. Die bis in alle Einzelheiten ausgearbeitete Operation wird in den Hauptstädten Lunda, Maputo und Pretoria nicht nur als Geste der Menschlichkeit gesehen, sondern auch als ein erster zaghafter Versuch, ein Gespräch der Versöhnung zwischen den Frontstaaten, Südafrika und den Guerilla-Organisationen in die Wege zu leiten. Man erwartet und hofft, daß die diplomatischen Verhandlungen in Zukunft zu weiteren fruchtbaren Kontakten führen werden, die dazu beitragen könnten, die Krise im südlichen Afrika zu lösen.

Der Holländer de Jonge, der Franzose Albertini und der Südafrikaner du Toit waren zum Teil über Jahre hinweg die Bauern in einem makaberen Schachspiel zwischen den Staaten des Subkontinents. Der 29jährige Hauptmann Wynand du Toit, der inzwischen zum Major befördert wurde, befand sich im Mai 1985 auf einem Kommando-Unternehmen in der angolanischen Enklave Cabinda. In seiner Begleitung befanden sich zwei weitere südafrikanische Soldaten und eine Gruppe der UNITA-Rebellen. Das Ziel waren die Öl-Installationen an der Atlantikküste, die gesprengt werden sollten. Mit den Einnahmen aus den Ölquellen finanziert die MPLA-Regierung die Stationierung des kubanischen Afrika-Corps in Höhe von mehr als 30000 Mann und den Krieg gegen die UNITA. Ein ostdeutscher Großwildjäger entdeckte die eigenartige Spur der Truppe im mannshohen Elefantengras. Er alarmierte die FAPLA-Armee, die sofort mit einer Aktion begann. Die beiden Kameraden starben im Kugelhagel eines Hinterhaltes. Hauptmann du Toit wurde gefangenengenommen und nach Luanda gebracht. Als kranker Mann kehrt er jetzt in den Kreis seiner Familie zurück. Der Aufenthalt in einem angolanischen Gefängnis hat ihn vollkommen zermürbt. Seine Frau Louwna und sein vierjähriger Sohn Klippiess empfangen ihn unter Tränen.

Für die südafrikanische Polizei war der 50jährige Holländer Klaas de Jonge als freier Mann weitaus bedeutungsvoller als im selbstgewählten Gefängnis in der niederländischen Botschaft in Pretoria. Über mehrere Jahre hinweg hatte de Jonge zusammen mit seiner ehemaligen Ehefrau Helen Passtoors für den African National Congress Waffen nach Südafrika geschmuggelt. Außerdem waren beide an einem Bombenattentat am 20. Mai 1983 in Pretoria beteiligt, bei dem 50 kg Sprengstoff zur Explosion gebracht und 19 Menschen verletzt wurden. Helen Passtoors wurde 1986 in Johannesburg zu zehn Jahren Gefängnis ver-

urteilt. De Jonge operierte mit vier verschiedenen holländischen Pässen, darunter zwei Diplomatenpässen, und richtete an verschiedenen Orten Südafrikas größere Waffenlager ein. Die Polizei beobachtete und folgte ihm mehrere Monate lang und war genauestens informiert. Als man ihn schließlich bei einer Routine-Kontrolle verhaftete, verriet er sofort alle Waffenverstecke. „Er sang wie ein Kanarienvogel“, sagten die Südafrikaner später. Unter dem Vorwand, der Polizei ein weiteres Waffenlager zu zeigen, brachte man ihn in das Gebäude der holländischen Botschaft. Klaas de Jonge flüchtete, wurde aber von der Polizei zurückgeholt. Es kam zu scharfen diplomatischen Auseinandersetzungen zwischen Den Haag und Pretoria wegen Verletzung holländischer Hoheitsrechte, bis der Holländer wieder in die Botschaft zurückgebracht wurde. Dort saß er mehr als zwei Jahre als einsamer Gefangener, bewacht von Südafrikanern vor der Tür und holländischen Marechaussee (Militärpolizei) im Gebäude selbst. Jetzt flog der Holländer in Begleitung des Botschafters in einer südafrikanischen Militärmaschine nach Maputo in die Freiheit.

Pierre André Albertini, französischer Staatsbürger und Mitglied der Kommunistischen Partei, ist die dritte zentrale Figur des Gefangenen austausches in Maputo. Er kam als Lektor nach Südafrika. Er unterrichtete schließlich an der Universität von Fort Hare im heutigen Homeland Ciskei. Der 28jährige befreundete sich schon bald mit Mitgliedern der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) und Sympathisanten des ANC. Am 13. Oktober vorigen Jahres wurde er zusammen mit einigen schwarzen Terroristen verhaftet. Die Anklage lautete auf Unterstützung einer terroristischen Organisation, Transport von Waffen und Munition und Kurierdienste für den ANC. In mehreren Transporten hatte Albertini von Botswana aus Gelder, Instruktionen, Schnellfeuergewehre vom Typ AK 47, russische Pistolen und hunderte Schuß Munition in die Ciskei gebracht. Albertini legte zunächst ein Geständnis ab, war auch bereit — in der Hoffnung auf Straffreiheit — als „Kronzeuge“ der Anklage aufzutreten, änderte danach aber wieder aus politischen Gründen seine Rolle. Er erhielt vier Jahre Gefängnis. Eine Propaganda-Welle zugunsten des Gefangenen in der fernen Ciskei machte den jungen Albertini zum Märtyrer der Apartheid. In Paris kam es zu Demonstrationen der Kommunisten, und Staatspräsident Mitterrand weigerte sich, die Beglaubigungsschreiben des neuernannten südafrikanischen Botschafters entgegenzunehmen.

Unter größter Geheimhaltung verhandelten Frankreichs Premier Jacques Chirac, Hollands Ministerpräsident Lubbers, Südafrikas Außenminister Pik Botha, UNITA-Präsident Dr. Jonas Savimbi sowie die Staatschefs Angolas, Mosambiks und der Ciskei über die Freilassung der betroffenen Gefangenen. Verschiedene Male drohte die Vereinbarung durch Indiskretion zu platzen. Auch Frankreichs Staatspräsident Mitterrand galt als „Spielverderber“, weil er aus der Albertini-Affäre aus politischen Gründen und gegen die Auffassung Chiracs ein Anliegen Frankreichs machte. Angola stellte unerwartet weitere Forderungen und die Gespräche mußten von neuem beginnen. Am Montag früh startete die erste Transportmaschine in Luanda mit dem depressiven Wynand du Toit an Bord. Als das Flugzeug auf dem Weg nach Maputo südafrikanisches Hoheitsgebiet erreichte, fiel das Startsignal in der Hauptstadt der Ciskei, Bisho, sowie in Pretoria, Windhuk und Jo-

hannesburg. Südafrikanische Militärmaschinen brachten die 133 Angolaner, die von der UNITA gefangengenommen wurden, Pierre André Albertini und Klaas de Jonge in die Hauptstadt der Volksrepublik Mosambik. Staatspräsident Pieter Wilhelm Botha war voller Lob über die Beteiligung der verschiedenen Regierungen und Politiker. Er empfing noch am gleichen Abend den Major Wynand du Toit. In Maputo sagte Präsident Joaquim Chissano, daß der Gefangenenaustausch ein Beweis für die Friedenspolitik seines Landes sei.

Das aktuelle Buch

Die Umwelt ist uns anvertraut

Martin Rock, Sachbücher zu Fragen des christlichen Glaubens, Matthias-Grünwald-Verlag, 124 Seiten, s/w-Fotos, ISBN 3-8767-1278-6, Mainz 1987.

Mit diesem Buch spricht der Sozialethiker und Beauftragter des Bistums Mainz für Umweltschutz Martin Rock all diejenigen an, die sich für die Umweltproblematik interessieren, die dem verantwortlichen Umgang mit der Umwelt nicht gleichgültig gegenüberstehen. Dem Autor geht es dabei um die Erkenntnis, daß Umweltschutz beim Verhältnis jedes einzelnen Menschen zur Natur beginnen muß. Dabei geht es Rock nicht um einen Verhaltenskodex, sondern um die Bereitschaft, die eigene Verantwortung für die Umwelt auch wahrzunehmen und in entsprechendes Handeln umzusetzen. Aus diesem Grund bietet das Buch nicht nur Anstöße zur persönlichen Reflexion, sondern auch Material für Schulen, Bildungsarbeit und Verkündigung und im letzten Kapitel konkrete Tipps für den Einzelnen.

Insgesamt erscheint das Buch als sehr lesenswert. Es hebt sich angenehm ab von der Vielzahl der zum Thema Umwelt veröffentlichten Bücher und Schriften. Besonders interessant sind die Schaubilder und Statistiken. Die Tipps im letzten Teil sind zwar gemeinhin bekannt und bieten von daher nichts Neues. Da sie aber weitgehend dennoch nicht befolgt werden, wird durch die Wiederholung vielleicht mancher nochmal daran erinnert.

E.A.F.

Was weißt du von dir?

Erkenne dich selbst! Eine kleine Psychologie der Selbsterfahrung, Reinhold Ortner, Verlag Wort und Werk, 120 Seiten, geb., ISBN 3-8050-0166-5, Nettetal 1986.

Mit Hilfe dieses Buches soll der Leser angeregt werden, über sich selbst nachzudenken, sich selbst kennenzulernen, das eigene Selbstverständnis zu vertiefen und das existentielle Dasein in religiöser Sinnfindung zu verankern. So die Intention des Autors. Und das Ziel des Nachdenkens? Harmonische Lebensbewältigung sowie darüber hinaus auch die Vertiefung der Beziehung des Menschen zum Schöpfer allen Lebens, zu Gott. Die Texte möchten dazu die Denkanstöße geben, mögliche Ansätze bieten. Aus diesem Grund wählte der Autor aus der Fülle der psychologisch und existentiell bedeutsamen Themen eine „bunte Themenpalette“ aus.

Positiv: Das Buch ist nicht für Wissenschaftler geschrieben und somit für Laien verständlich. Es verzichtet auf Fachtermini und ist leicht zu lesen.

E.A.F.

In der Nähe des Herrn

Biblische Besinnungen. Josef G. Plöger, Verlag Herder, Freiburg im Breisgau 1986, ISBN 3-451-20738-9, 96 Seiten.

Menschliche Begegnungen mit dem Herrn — wie reagieren wir? Was geschieht? Welche Konsequenzen hat dies für unser Leben? Diese Fragen versucht der Autor Josef Plöger, seit 1975 Weihbischof in Köln, anhand biblischer Beispiele zu analysieren.

Viele Menschen begegnen dem Herrn, nicht nur „Simeon im Tempel“, „die Ehebrecherin“, „ein fragender Gesetzeslehrer“, „Zachäus“, „Stephanus“ und „die Emmausjünger“, sondern auch wir in der heutigen Welt. Darum kann das meditative Bedenken und einfühlsame Betrachten der biblischen Texte Antworten, oder besser: Hilfen und Anstöße für das eigene Betrachten geben.

Vers für Vers geht der Autor auf die Exempla ein und veranlaßt den Leser so durch seine Überlegungen und Interpretationen zu einem eigenen Überdenken der Situationen und eine Reflexion auf sich selbst. Wie handeln wir in ähnlichen Situationen?

Das Büchlein hilft, uns und unsere Mitmenschen ein wenig bewußter zu sehen.

C. S.

Der Zeit gestellt

100 Jahre Verein katholischer deutscher Lehrerinnen 1885—1985, 1985, Verein katholischer deutscher Lehrerinnen (VkdL), Berufsverband lehrender Frauen aller Bildungsbereiche, Hedwig-Dransfeld-Platz 4, 4300 Essen 1.

Diese Festschrift aus Anlaß des 100jährigen Bestehens des VkdL soll Mitgliedern und Außenstehenden einen Einblick in Weg, Ziele und Arbeit des Verbandes und seine vielfältige Zusammenarbeit vermitteln.

Daten und Fakten aus 100 Jahren Vereinsgeschichte verdeutlichen den Weg und die Arbeit des VkdL, die nicht immer leicht waren. Nicht wenige Schwierigkeiten waren zu überwinden, angefangen in der Zeit der großen Auseinandersetzung um die soziale Frage über die Kriegsjahre 1914—1918 und vor allem die schweren Jahre des Nationalsozialismus hinweg — 1937 wurde der VkdL gewaltsam aufgelöst, 1945 wieder neu aufgebaut — bis in die heutige Zeit. Wie diese Schwierigkeiten gemeistert und immer der rechte Weg beschritten wurde, ist aus den VkdL-Stellungnahmen, den Grußworten bekannter Persönlichkeiten wie Joseph Kardinal Höffner, den Interviews und Bildungsprogrammen, die in diesem 120 Seiten umfassenden Band vereinigt sind, leicht herauszulesen.

C. S.

Religiös erziehen — wie?

Eine Hilfe für Eltern und Erzieher. Prof. Dr. Reinhold Ortner, 1985, Verlag Wort und Werk GmbH, 4054 Nettetal 2, ISBN 3-8050-0153-3.

Religiöse Erziehung — fürsorgende, betreuende und begleitende Hilfeleistung für einen anvertrauten Menschen, damit dieser in zunehmender Eigenverantwortung und Freiheit sein Leben in die Hand nehmen kann!

Auf diesen Grundsatz kann man den kleinen Leitfaden bringen, mit dem der Autor Eltern und Erziehern auf 31 Seiten Ratschläge und Anregungen grundsätzlicher Art zur religiösen Erziehung an die Hand geben will.

Eine sehr knappe, aber klare Darstellung, in der die Vorbildrolle der Eltern besonders betont wird.

C. S.

Begegnung mit Menschen

Heinrich Engel, 1986 Verlag Wort und Werk, 5054 Nettetal 2, ISBN 3-8050-0161-4.

„Individuum est ineffabile“ — die menschliche Person ist unergründlich. Menschenkenntnis ist ein Feld, auf dem man nie an ein Ende kommt. Die Begegnung mit Menschen ist ein ewiger Lernprozeß, allein durch den aber man etwas von sich selbst und Gott erfährt.

So argumentiert der Autor Heinrich Engel; 30 kleine Geschichten aus dem persönlichen Leben des Theologen schildern solche Begegnungen mit Menschen und sollen Beispiel geben für alle, die sich ihres eigenen Zusammenlebens und -treffens mit Menschen bewußter werden wollen.

Das 100 Seiten zählende Büchlein bietet zwar nicht sehr tiefgehende Gedanken, ist als Anregung zum Nachdenken über Mensch und Menschlichkeit jedoch zu empfehlen.

C. S.

Wenn Engel kochen

Himmlische Gerichte aus Italiens Küchen. Von Schwester Germana, 252 Seiten. Ehrenwirth Verlag, München 1987, ISBN 3-431-02955-8.

Nudelklöße in Gorgonzolasauce, spinatgefüllte Teighörnchen in Butter-Salbei-Creme, Trenette al pesto, Zwiebel-Zucchini-Omlett, Scampi-Coctail oder Seezunge in Weißwein-Sahnesauce sind nur ein paar wenige Leckereien, die nicht nur in italienische Mündern das Wasser zusammenlaufen lassen. Daß aber längst nicht mehr alle jungen Hausfrauen diese Gaumenfreuden noch selbst zu fabrizieren wissen, alarmierte Ordensschwester Germana.

Speziell für die unerfahrene Köchin oder den Strohwitwer brachte sie ein Rezeptbuch heraus, mit dessen Hilfe die leckersten italienischen Gerichte kein Problem mehr sind. Im ersten Teil findet man Tips und Rezepte für die verschiedensten Gelegenheiten. Gesundes, wenn die Familie Grippe hat, Preiswertes zum Monatsende, Pfliffiges zum Picknick, Nahrhaftes, wenn „die Familie guter Hoffnung“ ist, und vieles mehr. Verwunderlich ist nur, daß die Rezepte für den Strohwitwer immer für zwei Personen berechnet sind. Ob er aus Kummer über die Abwesenheit seiner Frau ihre Portion gleich mitverzehrt oder ob er jetzt endlich mal zuschlagen kann? Im zweiten Teil sind weitere Rezepte im üblichen Kochbuch-Schema verzeichnet: Vorspeisen, Suppen ... Süßspeisen.

Neben den Rezepten gibt Schwester Germana eine ganze Reihe Tips zur gesunden Ernährung, zum Konservieren von Obst etc. Und im Anhang findet man auch die wichtigsten Küchenutensilien und ein kleines Glossar der Fachausdrücke.

Bekannt geworden ist die kochende Schwester in Italien nicht nur durch diesen Bestseller, sondern auch durchs Fernsehen. Wenn es dort ums Kochen geht, zieht man sie zu Rate.

Jetzt erschien das Kochbuch auch in deutscher Sprache.

E. A. F.

Von Wende zu Wende

1962 bis 1982, von Erich Mende, 432 Seiten, 70 Abbildungen, F.A. Herbig Verlagsbuchhandlung, München-Berlin, 1986.

Der Autor — von 1963 bis 1966 Vizkanzler und Minister für gesamtdeutsche Fragen im Kabinett von Ludwig Erhard — hat mit diesem Buch den dritten Band seiner großen zeitgeschichtlichen Autobiographie der bundesdeutschen Öffentlichkeit vorgelegt. Der ehemalige Major und Ritterkreuzträger der deutschen Wehrmacht vermittelt in diesen Büchern sechs Jahrzehnte erlebte Zeitgeschichte — von 1921 bis 1982 — in Wort und Bild. Er hat die politische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland in einer langen Phase ihrer Geschichte mitgestaltet. Er ist für uns alle ein Zeuge der Zeit. Sein Leben ist Beispiel für das Schicksal vieler Menschen dieser Generation. Zwei Jahrzehnte voller Entwicklungen und Spannungen der bundesdeutschen Entwicklung und Geschichte werden hier vorgestellt.

Der Mauerbau in Berlin am 13. August 1961 leitete nicht nur einen neuen Abschnitt in der Deutschlandpolitik ein. Auch die letzten 2 Amtsjahre Konrad Adenauers bis zum Abschied des 88jährigen Bundeskanzlers im Oktober 1963 standen im Zeichen völlig neuer Entwicklungen. Eine Zeit der Bewegung und Wandlung in der deutschen und internationalen Politik hatte begonnen. Sie war für uns alle voller Überraschungen. Die FDP fand nach schweren Rückschlägen und Enttäuschungen an der Seite der SPD nach 13 Jahren den Mut zur Wende. Erich Mende schildert den Ablauf dieser Entwicklungen an Hand seiner Tagebücher und vermittelt so einen interessanten Einblick in den Ablauf der neuesten deutschen Geschichte. Der Autor trägt mit dieser Veröffentlichung dazu bei, die Bemühungen für ein besseres Geschichtsbewußtsein zu intensivieren. Sie ist eine Lektüre, die man jedem jüngeren Deutschen nur empfehlen kann, wenn er an der Nachkriegsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Geschichte interessiert ist.

K. W. B.

Große Begegnungen — aus der Sicht einer Künstlerin

Von Yrsa von Leistner, 388 Seiten, 52 zum Teil farbige Abbildungen, Ganzleinen, Hohenrain-Verlag, Tübingen-Zürich-Paris, 1986.

Die Verfasserin — Professor Yrsa von Leistner — ist als Künstlerin international so bekannt, daß man sie der Öffentlichkeit nicht mehr vorzustellen braucht. Geist und Seele und damit das zutiefst Menschliche in den dauernden Stein und das ehernen Metall zu bannen, ist ihre mehr als außergewöhnliche Begabung. In Indien und Japan, in den USA wie in den Kulturzentren der Alten Welt haben ihre Ausstellungen die Menschen ergriffen. Wir finden hier eindringliche Mahnmale für die Atombombenopfer und die Kriegsgefangenen, für die Vertriebenen und die Heimatlosen, für das Gemeinsame der großen Weltreligionen oder der Weltzeitalter.

Mit ihren Büsten hat Baronin von Leistner eine Reihe herausragender Persönlichkeiten unserer Zeit dargestellt, nachdem sie sich — oft einer inneren Stimme folgend — längere Zeit mit ihnen befaßt hat. Wochen, Monate und Jahre des Kennenlernens der jeweiligen Persönlichkeiten schufen die geistigen Voraussetzungen für die künstlerische Ausformung.

Dieses Buch ergänzt das bildhauerische und malerische Werk der Verfasserin, in dem in eindringlicher Weise europäische Kultur und Geschichte sowie europäischer Geist und christliche Tradition ihren künstlerischen Ausdruck finden. Die Autorin bringt Kulturen und Völker miteinander in Verbindung und öffnet sie für eine gegenseitige Bereicherung. Man kann nur hoffen, daß dieses interessante Buch einen großen Leserkreis findet, da es für den Leser eine große Bereicherung darstellt.

K. W. B.

Reflexionen und Visionen 1946—1986

Von Alfred Birnschein, 96 Seiten, 10 Farb- und 30 Schwarzweiß-Tafeln, mit Beiträgen von Ernst Schremmer und Günther Ott, Format 23×28 cm, gebunden, Verlag Aurel Bongers, Recklinghausen, 1986.

Henry Moore sagte einmal, daß Plastik (Zeichnungen und Malerei) auf den ersten Blick ruhig einiges Unklare und auch verborgene Bedeutungen beinhalten sollte. Die Menschen sollten — so Moore — den Wunsch haben die Skulptur — Kunstwerke — weiter zu betrachten und über sie nachzudenken; sie sollten nie sofort alles über sich aussagen. Sowohl Bildhauerei als auch Malerei müssen zunächst eine gewisse Anstrengung erfordern, um voll gewürdigt zu werden. So stellen sich auch die Reflexionen und Visionen von Alfred Birnschein dem interessierten Beobachter dar.

Bezeichnend für seine große Sensibilität ist der Umstand, daß ihn die Geschehnisse am Ende des Krieges so stark beeindruckt haben, daß sie nach künstlerischer Kompensation verlangten. Verwirklichen ließ sich das allerdings erst, als er nach Entlassung aus zehnmonatiger britischer Kriegsgefangenschaft sich der Tragweite des ihm auferlegten Schicksals und über dessen Konsequenzen voll bewußt geworden war.

Vorausgegangen war die Flucht seiner Familie aus dem letzten Wohnort Posen, gleichbedeutend mit dem Verlust der gesamten Habe, aber auch des gesamten bis dahin geschaffenen Oeuvres. Der Verlust der Heimat an der mittleren Oder, wo er 1908 in Crossen geboren wurde, drückte den Künstler schwer. Erst als er, zwischen 1947 und 1948, wieder „Boden unter den Füßen“ hatte, konnte er daran gehen, Erlebnisse und Vorstellungen, die ihn bedrückten, zum Bild werden lassen. Mit diesem Buch legt Alfred Birnschein eine ebenso ausdrucksstarke wie eindringliche Folge von Darstellungen der Zerstörung und des menschlichen Elends aus dem Umfeld des letzten Weltkrieges vor. Aus der Realität des unmittelbar Erlebten führt Birnschein seine Visionen weit über das Abbildhafte hinaus in die Irrealität eines neugestalteten Bildes. Aus der wesenhaften Gestaltlosigkeit der Zerstörung entwickelte er auch im Bild des Menschen nahezu bis zur Abstraktion gehende Zeichen. Er setzt sie bewußt und mit sicherem Gefühl so ins Bild, daß sie zuweilen gleichsam als Kristallisationen organisch aus

der Welt der Zerstörung zu wachsen scheinen. Ein sehr interessanter Bildband, der einen tiefen Einblick in das Schaffen des Künstlers gibt und von dem man nur hoffen kann, daß er das Interesse vieler Leser findet.

K. W. B.

Handbuch zur deutschen Nation

Herausgegeben von Bernhard Willms, Band 1, Geistiger Bestand und politische Lage, Veröffentlichung der Stiftung „Kulturkreis 2000“, Band IV, 457 Seiten, 1986, Band 2, Nationale Verantwortung und liberale Gesellschaft, Veröffentlichung der Stiftung „Kulturkreis 2000“, Band 5, 685 Seiten, 1987, Hohenrain-Verlag, Tübingen-Zürich-Paris.

Über 40 Jahre nach der Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945 ist es heute an der Zeit, in der Bundesrepublik Bilanz zu ziehen, um die Möglichkeiten und Erfordernisse unserer Politik zu überdenken. Mehr als eine Generation nach dem wohl größten Umbruch in der deutschen Geschichte haben einerseits Wohlstandsmaterialismus und ein deutliches Aussteigen aus der Geschichte zu einem gefährlichen geistigen Vakuum geführt, das den Bestand des deutschen Volkes bedroht. Daher wird die Forderung nach einer grundlegenden geistigen Erneuerung immer dringender. Andererseits zieht seit wenigen Jahren die endlich aufgebrochene Diskussion um ein neues deutsches Selbstverständnis — um die „Identität der Deutschen“ — immer weitere Kreise. Von der Linken bis zur Rechten hat man sich der nationalen Frage wieder zugewandt, und im Ausland erkennt man zunehmend, daß die Spaltung Deutschlands auch eine Teilung Europas ist, die latent den Weltfrieden immer bedrohen wird. Hierbei brauchen wir nur an die Teilung Irlands und Koreas zu denken. Jalta und Potsdam müssen für die Einheit Deutschlands und Europas endlich überwunden werden.

Der vorgelegte erste Band des „Handbuches zur deutschen Nation“ befaßt sich mit den Beständen deutscher Geistes- und Kulturtradition, an die zu erinnern im Hinblick auf die gegenwärtigen Befunde unserer nationalen Lage besonders aufschlußreich ist. Es geht gar nicht darum, einmal mehr daran zu erinnern, was die Welt an kulturellen Unvergänglichkeiten in Kunst, Literatur und Musik den Deutschen zu verdanken hat. Aber eine kurze Übersicht der problematischen Aspekte der nationalen Geschichte muß notwendigerweise am Anfang stehen. Insbesondere die Tradition des deutschen philosophischen Denkens, dessen Wirkung auf das Denken unserer Welt sich nur noch mit der Bedeutung antik-griechischen Geistes vergleichen läßt, muß einer Tendenz gegenüber zur Geltung gebracht werden, die die Sieger von 1945 mit Formulierungen wie der „von Luther zu Hitler“ durchzusetzen versuchten. Die revolutionären Vorgänge, die das deutsche „Wesen“ ebenso zum Ausdruck bringen, wie sie es wiederum geprägt haben, und die man gemeinhin als „Deutsche Bewegung“ zusammenfaßt, werden in ihrer Kontinuität von der Reformation bis zum Dritten Reich aufgezeigt. Im Hinblick auf die gegenwärtige Situation der Deutschen im Verhältnis zu Frankreich im besonderen und zu Europa im allgemeinen ist der Essay geschrieben, der sich mit den Unterschieden der Tradition nationalen Selbstverständnisses in Frankreich und Deutschland befaßt und der die Tradition und die Perspektive des Reichsbegriffes entfaltet. Ein wesentlicher Bestand, dessen Vergegenwärtigung unerlässlich ist, sind Geschichte und Aktualität des nationalen Arguments in der Tradition des deutschen Sozialismus und Neomarxismus von 1848 bis heute, der zeigt, wie sinnlos die herkömmlichen Unterscheidungen von rechts und links werden können, wenn es um die Nation geht.

Der andere Teil des vorliegenden Bandes befaßt sich mit der gegenwärtigen Lage der Nation. Diese Lage wird zunächst in der unausweichlichen und unüberholbaren geostrategischen Dimension vorgeführt. Die methodischen Probleme und Schwierigkeiten, die die „Besiegten von 1945“ mit dem Zugang zu ihrer eigenen Wirklichkeit, also mit der Zeitgeschichte, haben, sind als allgemeine Reflexion diesem Teil vorangestellt. Danach wird die rechtliche und historische Situation, die seit 1945 die Lage der Nation prägt, ausgebreitet. Hierzu gehören die Fragen nach den deutschen Grenzen, nach der Besatzungspolitik und der Behandlung der Reparationen. Die mit so unerhörter Fatalität sich auswirkende Politik der Reeducation — Umerziehung — konnte hierbei nicht ausgelassen werden. Schließlich wird ein Problem behandelt, das schon allein deshalb wesentlich ist, weil es meist überhaupt

nicht mehr gesehen wird, und zwar nicht nur von jenen, die Probleme der Nation ohnehin nicht mehr interessieren; dies ist das Problem Österreichs zur deutschen Nation.

Das zweite Band des „Handbuchs zur deutschen Nation“ befaßt sich mit den grundlegenden Fragen für die Existenz des deutschen Volkes in der Gegenwart. Im Vordergrund stehen geistige Verfassung und praktische Probleme vor allem Westdeutschlands, die gewöhnlich isoliert als „gesellschaftliche“ Fragen angesprochen, hier jedoch in der Verantwortung für das ganze Volk betrachtet werden. Zunächst erfolgt die notwendige Begriffserklärung von Volk und Staat, deren Verbindung in der Idee der Nation und die Gegenüberstellung zur Gesellschaft. Auseinandersetzungen über die Vergangenheitsbewältigung, den Traditionsverlust und die Notwendigkeit von Eliten schließen sich an. Die aktuellen Fragen der Erziehung in der Schule und Familie sowie im Rahmen der politischen Bildung werden behandelt, die der bildenden Kunst in der Moderne angesprochen. Ein umfangreicher Beitrag befaßt sich mit Schicksal, Bedeutung und Aufgabe der Vertriebenen. Als besondere Institution werden exemplarisch die Bundeswehr und die evangelische Kirche betrachtet. Der Beziehung zwischen Ökologie und Volk und den immer drängender werdenden Fragen der Bevölkerungspolitik sind ausführliche Analysen gewidmet. Die beiden abschließenden Beiträge befassen sich mit den Auslandsdeutschen, einmal mit denen in Ost- und Südosteuropa wie in Südtirol, zum anderen mit den Deutschen in Übersee. Ausführliche Anmerkungen und Literaturangaben vervollständigen dieses in seiner Art sehr bedeutende Standardwerk, das sich auch mit dem Konformismus, der sich bis heute in der Bundesrepublik breitgemacht hat, auseinandersetzt. Hierbei zeigt sich aber auch ganz deutlich, daß die sich hierbei ergebenden geschichtlichen Folgerungen und Urteile weder wissenschaftlich-wertneutral noch unpolitisch unverbindlich bleiben können, sondern damit stets die Verantwortung für das deutsche Volk in seiner Gesamtheit angesprochen werden muß. Man kann nur hoffen, daß diese Arbeit sehr viele Leser besonders innerhalb der jüngeren Generation finden wird. Sie hilft Vorurteile abzubauen, bietet eine Fülle von bisher unbekannten Materialien und ist ein Beitrag zur Erneuerung des politischen und nationalen Bewußtseins der Deutschen. Man kann sehr gespannt auf den dritten und letzten Band dieses Werkes sein.

K. W. B.

Theologie und Frieden 1, 2 und 3

ISBN 3-7616-0863-2; 3-7616-0861-6; 37616-0867-5

Alle drei Werke sind im Verlag Bachem verlegt und sind Arbeiten des Instituts für Theologie und Frieden. Ein erster Hinweis erfolgte in Heft 160, Dezember 1986.

Die Autoren

- Band 1: Thomas Hoppe, „Friedenspolitik mit militärischen Mitteln. Eine ethische Analyse strategischer Ansätze“
- Band 2: Ernst Josef Nagel, „Die strategische Verteidigungsinitiative eine ethische Frage“
- Band 3: Ernst Josef Nagel, Franz Furger (Hrsg.), „Die strategische Verteidigungsinitiative im Spannungsfeld von Politik und Ethik“.

Diese Bücher stellen an den Leser hohe Anforderungen hinsichtlich sachlicher Argumentation und logischer Beweisführung. Daher war es nicht möglich diese Werke in kurzer Zeit zu besprechen. Es gilt zu berücksichtigen, daß das Institut in Barsbüttel mit großer Akribie zunächst die einschlägige Literatur gesammelt und für den Friedensforscher aufgeschlossen hat. Nun verfügt diese Stelle über einen Schatz, der es ihr ermöglicht, aus der Erforschung des Materials zu eigenen Aussagen zu kommen. Daß dieser Schritt gelungen ist, beweisen die o. a. Schriften.

In *Band 1* ist es dem Autor gelungen die Grundlinien moral-theologischer Argumentation zum Problem des Krieges seit Augustinus darzustellen. Das „jus ad bellum“ wird ebenso gewürdigt wie das „jus in bello“ und führt weiter zu Papst Pius XII. und den Ergebnissen des II. Vaticanums.

Das klare Fazit des ersten Teils ist für Politiker, Soldaten und alle interessierten Friedensfreunde eine gute Plattform für die Denksätze in der Neuzeit.

Ebenso gründlich werden dann die beiden anderen Kapitel „Kriegsverhütung mit militärischen Mitteln im Atomzeitalter — zu Theorie und Praxis gegenwärtiger Abschreckungsstrategie“ und „Militärstrategische Neuansätze“ anhand vorhandener Darstellungen zusammengestellt und umgesetzt.

Leider sind diese Informationen und ihre Zusammenhänge nur sehr wenigen Fachleuten bekannt.

Mit einer sorgfältigen Lektüre gerade der Kapitel II und III würden auch manchem Zeitgenossen Verknüpfungen deutlich, die seinen Einsatz für Frieden oftmals sachlich überzeugender und weniger von Emotion und Angst geprägt erscheinen ließen.

Die zusammenfassenden Thesen am Ende des Buches erhellen deutlich, welche Kriterien ein Konzept einer Verteidigung *auch* beachten muß, nämlich überschaubare Konsequenzen und Wertung von Randbedingungen als das, was sie sind: spezielle, kaum beständige Imponderabilien am *Rand*.

Es wäre von hohem Nutzen, wenn dieses Buch von Soldaten in breiten Kreisen diskutiert würde.

Viel wichtiger aber wäre noch, wenn alle selbsternannten Friedenswisser sich hier eine ausreichende Wissensgrundlage erarbeiten würden.

In *Band 2* — „Die strategische Verteidigungsinitiative (SDI) eine ethische Frage“ geht der Leiter des Instituts, Prof. Dr. Dr. Ernst Nagel in sehr klarer und logischer Gedankenführung das Problem der SDI an.

Zunächst versucht er das Objekt der Wertung — nämlich SDI — umfassend und vorurteilsfrei darzustellen. In der Analyse der voraussehbaren Folgen werden sowohl die politischen Defizite offengelegt als auch über die technische Entwicklung dem Leser die positiven Seiten der SDI als eine Suche nach neuen umfassenden Konzepten für Sicherheitspolitik vor Augen geführt.

Von der Aufstellung von Maßstäben zur Beurteilung der SDI führt der Autor den Leser zur Erkenntnis, daß Krieg kein Mittel der Politik mehr ist.

Im Kapitel „Aufgaben und Grenzen einer Politik militärischer Friedenssicherung“ werden das Verteidigungsrecht und seine sittlichen Grenzen ebenso abgesteckt wie auch die Beurteilung der Abschreckung.

Nagel läßt sich bei seiner Beurteilung von den theologischen Argumenten leiten, versteht es aber, sie in die praktische Beurteilung der Probleme einzubinden.

Seine abschließende Betrachtung — SDI — sittlich gut?, sittlich richtig? — kommt zwar zu keiner umfassend positiven Würdigung, aber sie macht deutlich, daß sich hier neue politische Gestaltungsmöglichkeiten entwickelt haben, die in hohem Maße auch den genannten Bewertungsnormen entsprechen.

Er zeigt den Wert der politischen Herausforderung dieser Initiative vor dem Hintergrund, daß die gegenwärtige Form der Abschreckung kein Zustand ist — sein darf —, mit dem man sich abfinden kann.

Diese Arbeit sollte als Grundlage für manche Debatte mehr bekannt gemacht werden.

In *Band 3* wird das Problem SDI noch einmal anhand von ausgesuchten Beiträgen namhafter Autoren aus verschiedenen Ländern beleuchtet. Dabei wird deutlich, daß die länderspezifischen Gegebenheiten und Anschauungen sich auch in den Ausführungen niederschlagen.

Und gerade diese spezielle Beurteilung gibt Anlaß, auf die ungenügend geklärten technischen und politischen Belange hinzuweisen. In dieser Gegenüberstellung wird deutlich, daß man neuen Gedanken nicht grundsätzlich als Hemmschuh im Wege stehen darf. So wird vermieden, daß man sich nicht auf die vage Hoffnung auf Erfolg der Rüstungskontrolle allein verlassen darf. Die traditionellen Modelle ethischer Urteilsfindung haben auch in diesen Denkkategorien einen helfenden Wert.

Es war nicht möglich, diese Werke in kurzer Frist durchzulesen, geschweige sie durchzuarbeiten. Es hat sich jedoch ergeben, daß mancher Gedanke auch in Rede und Gegenrede einfließen konnte und so zu einer positiven Beurteilung der dargelegten Gedankenreihen geführt hat.

Es wäre zu wünschen, daß sich alle die, denen der Frieden ein Anliegen ist, mit diesem Werk vertraut machen. Es würden dann weniger einfältige Sprüche — ob für oder wider — geklopft, und es könnte mehr sachliche Arbeit für den Frieden geleistet werden.

H.F.

Der Königsteiner Engel

In der Offenbarung des Johannes, auch Apokalypse genannt, geschrieben gegen Ende der Regierungszeit des römischen Kaisers Domitian (81 bis 96 n. Chr.), wird im 8. Kapitel von den sieben Engeln mit den sieben Posaunen berichtet. Jeder Posaunenton bringt Not und Elend. Der siebte Engel mit der siebten Posaune (11, 15–19) aber ist der Bote der Hoffnung.

So steht im Vers 15: „Der siebte Engel blies seine Posaune. Da ertönten laute Stimmen im Himmel, die riefen:

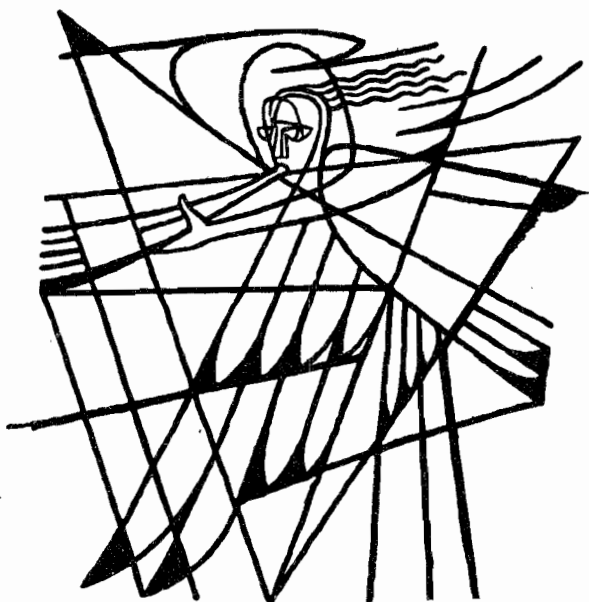
Nun gehört die Herrschaft der Welt
unserem Herrn und Gesalbten;
und sie werden herrschen in alle Ewigkeit.“

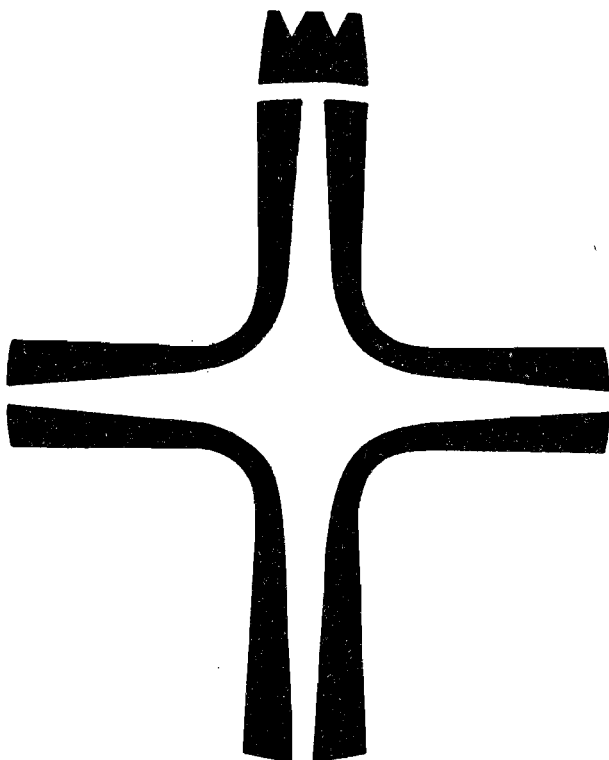
Dieser Engel mit der siebten Posaune, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt, hat den Künstler inspiriert. Er schuf in der schweren Zeit des Aufbaus nach dem Krieg am Haus der Begegnung in Königstein diesen Engel der Hoffnung.

In Königstein begann 1960 die organisierte Laienarbeit katholischer Soldaten.

Der Königsteiner Offizierkreis übernahm diesen Engel, weil auch er sich mit dieser Hoffnung identifizierte. So wurde der Engel zum Zeichen des Königsteiner Offizierkreises (KOK) und auf den Königsteiner Offizierbriefen. „auftrag“ übernahm das Hoffnungszeichen und die „Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)“ wählte es als ihr Symbol.

Der Engel der Hoffnung ist damit Begleiter und Symbol katholischer Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 25 Jahren





„auftrag“ ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

Herausgeber: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

Redaktion:

Helmut Fettweis (Oberst a.D.), Chefredakteur

Wilhelm Lehmkämer (Oberstleutnant a.D.), Gesellschaft und Kirche

Helmut P. Jermer, Hauptmann, Information, Beiträge z. Frieden

Brief-Zuschriften: auftrag, Postfach 200125, 5300 Bonn 2

Überweisungen: auf Konto Nr. 2532786 BLZ 38040007 Commerzbank Bonn, Zweigstelle Adenauerallee oder 165035-506 Postscheckamt Köln — Generalvikariat des Katholischen Militärbischofs — Vermerk: „Spendenkonto der GKS“

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion.

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, 5305 Bonn-Oedekoven, Schöntalweg 5

Nachbestellungen gegen eine Schutzgebühr von 5,— DM an den ausliefernden Verlag.